

„PATENTED NEW WORLD?“

Internationales Geistiges Eigentumsrecht
im Nord-Süd-Konflikt

Materialsammlung des FDCL-Archivs
zur Tagung von hbs/FDCL am 2.-3 Juni 2005

FDCL

FDCL
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Centro de Investigación y Documentación Chile-América Latina
Centro de Pesquisa e Documentação Chile-América Latina
Research and Documentation Center Chile-Latin America
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin, Alemania, Alemanha
Fon: 49-(0)30-693 40 29; -69 81 89 35
Fax: 49-(0)30-692 65 90

email: [fdcl-berlin\(at\)t-online.de](mailto:fdcl-berlin(at)t-online.de)

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von FDCL e.V. wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar

Inhalt:

Seite

1. Einleitung	02
Geistiges Eigentum	06
aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie)	
Trips	08
(aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie)	
Weltorganisation für geistiges Eigentum	11
Voß; globaldefence.net)	
Acordo sobre propriedade intelectual vai ditar rumo da negociação da Alca	13
(Tatiana Bautzer; Valor Econômico)	
Lesehinweise 1	15
2. Brasiliens und Argentiniens Vorschlag für eine Development Agenda in der WIPO	16
Entwicklungsländer fordern Änderung der Un-Konvention zum Geistigen Eigentum	17
(Monika Ermert; heise.de)	
Zähes Ringen um WIPO-Programm	18
(Monika Ermert; heise.de)	
Die Zukunft der WIPO und das Geistige Eigentum: „Menscheit am Scheideweg“	19
(Monika Ermert; heise.de)	
Declaración de Ginebra sobre el futuro de la Organización Mundial de la Propiedad Intelectual	20
Declaração dos movimentos e organizações sociais do Mercosul: „Acordo União Européia-Mercosul: lucro para poucos, ameaça para a maioria	23-a
As transformações do sistema de patentes- da convenção de Paris ao acordo TRIPS Aposição brasileira – Sumário Executivo	23g
Cícero Gontijo	
Parlament übergangen	24
(Ingo Bokermann; Forum Umwelt und Entwicklung)	
Lesehinweise 2	25
3. Wem gehört die Natur?	26
Umkämpfte Natur: Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation	27
(Joscha Wullweber; PROKLA)	
Im Dschungel der internationalen Abkommen: TRIPS, UPOV, CBD, und IT im Wettstreit um den „Schutz“ der Biodiversität	29
(Joscha Wullweber; bukoagrar.de)	
Ansätze zum Schutz von traditionellem Wissen und zur Verhinderung von Biopiraterie	34
(Achim Seiler; Kritische Ökologie)	
Lesehinweise 3	43
4. Research plus statt TRIPS plus: Wissenspolitik für die Pharmaforschung	44
Sozialverträgliche Alternativen zum Patentschutz	45
(Michael Stolpe; aus Kieler Arbeitspapier Nr. 1079)	
Welthandels-Regeln bedrohen Pharma-Industrie Indiens	48
(Richard Gerster; E+Z)	
Tödliche Konsequenzen	51
(Heinz Roland; WOZ Die Wochenzeitung)	
Patentes de medicamentos em evidência Estudo de Caso	53
(Boulet; Garrison; ,t Hoen)	
Wem nützt Forschung	55
(CW; Pharma-Brief)	
Lesehinweise 4	57
5. The end of an illusion: WTO reform, global civil society and the road to Hong Kong	58
(Kwa, Strickner; Focus on trade)	

Einleitung

Ein Patent ist das stärkste geistige Schutzrecht, das derzeit weltweit zur Verfügung steht. Ein angemeldetes Patent verbietet es jedem Dritten eine Innovation zu nutzen, herzustellen oder zu importieren. Die Dauer dieses Schutzes besteht in der Regel 20 Jahre, wenn es nicht zu einer vorzeitigen Beendigung der Ansprüche kommt. Dem Patentinhaber wird zugebilligt die Nutzung der geschützten Leistung von seiner Genehmigung abhängig zu machen. Gegen die Zahlung einer Lizenzgebühr kann es der Patentinhaber erlauben seine Innovation zu nutzen, er muss diese Erlaubnis aber nicht erteilen. Aufgrund ihrer Höhe oder der Bedingungen für die Lizenz kann es dennoch auf eine Nutzungs- und Zugangsverweigerung hinauslaufen.

Das „Übereinkommen zu handelsbezogenen Aspekten der Rechte an geistigem Eigentum“ (TRIPS) umfaßt Urheberrecht, Markenrecht und Patente, geographische Angaben, Gebrauchs- und Geschmacksmuster, Halbleiterschutz und den Schutz nicht offengelegter Informationen (Geschäftsgeheimnisse).

Dieses 1994 in Marrakesch unterzeichnete Abkommen verpflichtet alle WTO-Mitgliedsstaaten zur Harmonisierung ihrer Patentgesetzgebung und zwingt sie somit, innerhalb kürzester Zeit die TRIPS Regeln in nationales Recht umzuwandeln. Im Gegensatz zu anderen Abkommen der WTO werden durch das TRIPS Abkommen keine handelshemmenden Schutzvorkehrungen abgebaut, sondern die Mitgliedstaaten werden darauf verpflichtet, neue Schutzvorkehrungen einzuführen.

Das Abkommen hat zum Ziel, die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung durch die Sicherung von Absatzmärkten zu amortisieren und Gewinne über möglichst lange Zeiträume zu sichern.

Dabei wird außer Acht gelassen, daß die Nachahmung technologischen Wissens eine wichtige Grundlage für den Aufbau vieler Volkswirtschaften war und ist, hierzu gehörte nicht nur die USA, sondern auch Länder wie die Schweiz, das - lange als „Land der Fälscher“ oder „Raubritterstaat“ bezeichnet - erst seit 1978 ein Produktpatent auf Medikamente kennt. Auch die wirtschaftliche Entwicklung vieler asiatischer Länder wie Japan oder Korea und die derzeitige rasante Entwicklung Chinas ist ohne die Nachahmung vorhandenen technologischen Wissens nicht denkbar.

Dabei hat die Übernahme technologischer Entwicklungen für die Länder des Südens nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sondern spielt auch für andere Bereiche wie der medizinischen Grundversorgung und in Fragen der Ernährungssicherung der eigenen Bevölkerung eine wichtige Rolle. Dies kam auch 1993 zum Ausdruck, als mehr als eine halbe Million Bäuerinnen und Bauern mit dem „Marsch auf Bangalore“ (einer der größten zivilen Demonstrationen, die je stattgefunden haben) gegen die Durchsetzung von Saatgutpatenten und damit gegen das internationale TRIPS Abkommen protestierten.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) stellte in einer Resolution fest, daß zu befürchten sei, daß durch das TRIPS-Abkommen die Mitgliedsländer nicht in der Lage sein werden, für die Durchsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und insbesondere des Sozialpakts zu sorgen.

Mit den in dieser Broschüre zusammengestellten Materialien wollen wir Ihnen einige Artikel aus verschiedenen Fachzeitschriften (überwiegend aus dem Bestand des FDCL-Archives) zur Verfügung stellen, die Ihnen die verschiedenen Facetten und Problemstellungen internationaler Patentregime näher bringen.

Neben kurzen Beiträgen zur Erläuterungen der Begriffe „Geistiges Eigentum“ und „TRIPS“ folgt eine kurze Beschreibung der Weltorganisation „WIPO“. Die weiteren Artikel sind in die Themenbereiche

- Geistiges Eigentum und Entwicklung
 - Patente auf Pflanzen und Saatgut, incl. der Divergenzen, die sich aus der Biodiversitätskonvention und des TRIPS Abkommens für den Schutz traditionellen Wissens ergibt
 - Patente und medizinische Grundversorgung
- gegliedert.

Die abgedruckten Artikel geben keine ausführliche Darstellung der jeweiligen Sachverhalte wieder, sondern sollen wichtige Aspekte der aktuellen Diskussion, vor allem aus der Sicht der Zivilgesellschaft beleuchten. Weitere interessante Lesehinweise finden Sie jeweils am Ende der einzelne Abschnitte.

„Handel – Entwicklung – Menschenrechte“ ist das Thema eines Kooperationsprojektes zwischen dem Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile Lateinamerika (FDCL) und der Heinrich Böll Stiftung (HBS), mit dem seit 2003 verschiedene Probleme von Freihandelsverhandlungen beleuchtet werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Begleitung der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosul. Dieses von beiden Seiten angestrebte „Interregionale Assoziationsabkommen“, soll gemäß den WTO Regeln auch die Übernahme des TRIPS Abkommens beinhalten.

Nachdem wir im Jahre **2003** die Fachtagung:

- **„ALCA und EU-MERCOSUR. Lateinamerika und die aktuelle Agenda der Liberalisierung von Handel, Dienstleistungen und Investitionen / Zivilgesellschaftliche Netzwerke und Monitoringprojekte“**,

2004 die Konferenz:

- **"Freihandel zwischen EU und MERCOSUR - Auswirkungen auf Entwicklung und Menschenrechte"**

durchgeführt haben, werden wir uns in diesem Jahr mit einer weiteren Fachtagung

vom **02. und 03. Juni 2005** mit dem Thema:

- **„PATENTED NEW WORLD? – Geistiges Eigentum versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt“**

auseinandersetzen.



Ausblick:

Ein zunehmend wichtiger Streitpunkt bi- und multilateraler Freihandelsverhandlungen sind die Auswirkungen der Liberalisierung auf die industrielle Entwicklung peripherer Ökonomien. Vor allem einige fortgeschrittenere Entwicklungsländer aus Lateinamerika und Asien setzen sich in konzertierterer Form als in früheren Jahren für die Erweiterung ihrer industriepolitischen Handlungsspielräume ein. Im September 2003 hatte sich in Cancún mit der G-20 eine Allianz aus dem Süden gegen die handelspolitische Dominanz des Nordens in der WTO durchgesetzt: dort wehrte sich der „Süden“ (neben den Forderungen nach Öffnung der Agrarmärkte des „Nordens“) gegen die Singapur- und TRIPS-Themen, die potentiell negative Auswirkungen auf die industrielle Entwicklung der sich entwickelnden Länder hätten. In der WIPO wehrt sich seit September 2004 eine Gruppe von 14 Regierungen unter Führung Brasiliens und Argentinens gegen die umfassende Durchsetzung internationaler Patentregime (wie z.B. durch das Substantive Patent Law Treaty (SPLT), einer – so Kritiker – Art „Weltpatentrecht“) mit der Forderung nach einer kontext-sensitiven Anerkennung internationalen „Geistigen Eigentumsrecht“ durch die zu installierende „Development-Agenda“. Diese Initiative richtet sich zugleich gegen die mit dem TRIPS-Abkommen der WTO forcierte Globalisierung des geistigen Eigentumsschutzes nach dem Vorbild des US-amerikanischen und europäischen Patentrechts. Diese zwischen „Nord“ und „Süd“ extrem konfliktiven Streitpunkte um „Freihandel und industrielle Entwicklung“ finden nun ihre Fortsetzung in den aktuellen Verhandlungen (2005) im Rahmen der Doha-Agenda der WTO, in welcher die Industriestaaten von den sich entwickelnden Ländern eine deutliche Absenkung ihres Außenschutzes gegen Industriegüterimporte fordern, - eine Auseinandersetzung, die in der WTO unter dem Stichwort NAMA, Non-Agricultural Market Access, firmiert.

„Freihandel und industrielle Entwicklung“ ist das Schwerpunktthema des FDCL und seiner Partner/innen für die kommenden Monate. Mit einer Reihe von Publikationen und Veranstaltungen wollen wir uns stärker mit diesem Thema auseinandersetzen. Die Daten für die Veranstaltungen finden sie auf unser Homepage: www.fdc1-berlin.de



Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005



Geistiges Eigentum

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Geistiges Eigentum oder Immaterialgüter beziehen sich auf durch den Staat gewährte Exklusivrechte auf immaterielle Güter. Dabei werden jedem außer dem Rechteinhaber oder Lizenznehmer Verbote bezüglich Verwendung, Nachahmung oder Kopie auferlegt. Solche Rechte entstanden größtenteils erst in der Neuzeit, vor allem ab dem 18. Jahrhundert.

Von Kritikern wird der aus dem US-amerikanischen übersetzte Begriff Geistiges Eigentum (engl.: Intellectual Property), der von der WIPO geprägt wurde, als irreführende Propaganda angesehen, weshalb von ihnen der Begriff immaterielle Monopolrechte verwendet wird. In der juristischen Lehre wird von Immaterialgüterrecht gesprochen. Üblich ist auch der Terminus Exklusivrechte (übertragen von engl. exclusivity rights).

Folgende sehr unterschiedliche und miteinander konkurrierende Rechte werden unter geistigem Eigentum vereinigt:

- Urheberrecht, das dem Inhaber u.a. ein Exklusivrecht zur Kontrolle der Vervielfältigung von Werken wie Büchern oder Musik für einen bestimmten Zeitraum gewährt.
- Patente, staatlich verliehene Monopolrechte, die dem Erfinder oder in anderen Rechtsordnungen dem ersten Anmelder ein Exklusivrecht zur Benutzung einer Erfindung für einen bestimmten Zeitraum gewähren.
- Marken (Handelsmarken, -namen oder Phrasen), die zur eindeutigen Identifikation von Produkten und Dienstleistungen durch Konsumenten eingesetzt werden.
- Geschütztes Design (in Deutschland: Geschmacksmuster)
- Geschäftsgeheimnisse, bei denen ein Unternehmen Informationen geheim hält, etwa aufgrund eines Vertrages, der die Weitergabe von Informationen an Dritte untersagt.

Diese Rechte oder sich daraus ergebende Rechte, die teilweise durch Gesetze und internationale Abkommen geschützt sind, werden in der Regel lizenziert, manchmal auch auf andere Weise weitergegeben, was den Vorgängen Verkauf, Vermietung oder in manchen Ländern sogar Erbe nahe kommt. Typischerweise unterliegen diese Rechte Einschränkungen durch Rechte der Allgemeinheit, wie etwa das Zitierrecht für urheberrechtlich geschützte Werke, das Recht, Forschung ohne patentrechtliche Einschränkungen betreiben zu dürfen, das Recht von Künstlern auf Parodien oder das Grundrecht der Informationsfreiheit.

Einfache Verdeutlichung des Unterschieds

- Wenn jemand etwas Materielles stiehlt, hat es der vorherige Besitzer nicht mehr.
- Wenn man etwas kopiert, hat es der andere, der es vorher hatte, halt nicht mehr allein.
- Hat man etwas Materielles verloren, ist es weg.
- Hat man was Immaterielles verloren, kann es sein, dass man es wiederbekommen kann, wenn es noch jemand hat.
- Geistige Werke gehen nach einer bestimmten Zeit ins „Eigentum“ der Allgemeinheit über, genauer: sie werden gemeinfrei. Patente laufen nach maximal 20 Jahren aus. Materielle Besitztümer werden dagegen nicht nach Ablauf einer Frist Allgemeingut (abgesehen von Erbschaftssteuer).
- Technische Schutzrechte und Marken gelten nicht weltweit, sondern nur dort, wo der Anmelder Schutz haben will und entsprechend Gebühren dafür zahlt.

Die Schutzrechte des geistigen Eigentums knüpfen an eine individuelle Leistung an, die mit dem ausschließlichen Nutzungsrecht belohnt werden soll. Der Originalitätswert dieser Leistung vermindert sich aber mit der Zeit, z.B. bei Patenten durch technischen Fortschritt. Der Patentinhaber hat es in der

Hand, sein Patent, wenn es technisch überholt ist, auch vor Ablauf von 20 Jahren erlöschen zu lassen, statt bis zum Ende Gebühren zu zahlen.

Die territoriale Begrenzung insbesondere von Patenten ist damit begründet, dass der Anmelder sich rechtzeitig – maximal ein Jahr nach der ersten Anmeldung – überlegen soll, in welchen Ländern er seine Erfindung vermarkten will. In den anderen Ländern soll seine Erfindung – die in jedem Fall veröffentlicht wird – der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Nachträgliche Schutzausdehnungen sind im Interesse der Rechtssicherheit für die Öffentlichkeit nicht möglich.

Einfache Verdeutlichung der Gemeinsamkeiten

- Was jederzeit frei verfügbar ist, unterliegt keinem Eigentum: Atemluft, grundsätzlich. Ebenso allgemeines Fachwissen, allgemeine Erkenntnisse.
- Was jemand durch besonderen Aufwand verfügbar macht, kann privatem Eigentum unterliegen: Atemluft in Druckbehältern, die Dritten gegen Entgelt zur Verfügung gestellt wird. Ebenso spezielles technisches Know-how, auf das zuvor noch niemand gekommen ist, dessen Nutzung Dritten gegen Entgelt zur Verfügung gestellt wird.
- Was zwar dem Privateigentum unterliegt, kann dennoch Beschränkungen unterliegen: „Notwegerecht“ bei Grundstücken, wenn ein Nachbar sein Eigentum nur über das eines anderen erreichen kann; Zwangslizenzen und Benutzungsanordnungen, wenn ein patentgeschütztes Know-how im Interesse der Allgemeinheit genutzt werden muss (zum Beispiel bestimmte Medikamente).
- Materielles wie geistiges Eigentum geben kein unbeschränktes Nutzungsrecht, sondern vor allem das Recht, andere von unberechtigter Nutzung auszuschließen: Mein Auto darf ohne meine Erlaubnis niemand außer mir benutzen – aber ich darf trotzdem keine gesperrte Straße befahren. Ich muss die allgemeinen Gesetze beachten. Meine patentierte gentechnische Methode darf ohne meine Erlaubnis niemand außer mir verwenden – aber ich darf trotzdem nicht gegen Gentechnik- und Embryonenschutzgesetz verstoßen. Ich muss die allgemeinen Gesetze beachten.

Reflexion des Begriffs: Geistiges Eigentum

Die Grundlage jeder rationalen Diskussion sind klare Begriffsdefinitionen. Der Begriff des geistigen „Eigentums“ hat sehr wenig mit dem klassischen Eigentumsbegriff zu tun.

Eigentum im klassischen Sinne bedeutet Verfügungsgewalt über einen konkreten Gegenstand. Ein Haus oder ein Auto zu besitzen heißt nicht, dass man jedem anderen Menschen den Besitz eines identischen Hauses oder Autos verwehren kann (selbst wenn der Plan gestohlen wurde oder das Haus nachgebaut wurde, kann man höchstens Schadenersatz verlangen, aber nicht, dass der andere sein Haus einreißt). Klassisches Eigentum ist also keine besonders große Einschränkung der Freiheit von anderen Menschen, ist in gewissen Grenzen in allen menschlichen Kulturen der Geschichte anerkannt gewesen und lässt sich auch relativ einfach durchsetzen. Immaterialgüter werden dagegen nicht-rivalisierend konsumiert.

Dagegen ist ein Immaterialschutzrecht wie beispielsweise ein Patent ein staatlich gewährtes Monopol, z.B. auf eine Idee, einen Namen/Slogan oder ein Verfahren. Wenn jemand z.B. eine Idee oder ein Verfahren besitzt, darf jemand, der unabhängig auf die gleiche Idee kommt oder dasselbe Verfahren ausarbeitet, dieses nicht kommerziell verwenden.

Begriffe wie „geistiges Eigentum“ oder „Piraterie“ werden häufig im politischen Bereich nicht gemäß der juristischen Verwendung gebraucht. Mitunter diffundieren solche rechtsfremden Begriffe aber auch in die Gesetzgebung.

Der zweite Grund, warum der Begriff kritisch gesehen werden kann ist, dass er suggeriert, dass es sich um „eine Sache“ handelt, die man wie jede andere Sache auch besitzen kann; dabei handelt es sich aber eben nicht um eine Sache, sondern um Monopolrechte.

Im Bereich des Urheberrechts wird von Medienkonzernen gerne von „Piraterie“ statt von „Urheberrechtsverletzung“ gesprochen, obwohl echte Piraterie (natürlich) ein Gewaltdelikt ist, was bei einer Urheberrechtsverletzung ebenso offensichtlich nicht der Fall ist.

Rechtsgelehrte sprechen, wenn sie diese Art Rechte global ansprechen, von Immaterialgüterrecht. Im Englischen spricht man von Intellectual Property Rights oder von Intellectual Appropriation Rights (appropriation heißt Aneignung).

Die Dauer der verschiedenen Monopolrechte ist stark unterschiedlich: während in den meisten europäischen Ländern das Urheberrecht 70 Jahre nach dem Tod des Autors und der Patentschutz nach 20 Jahren in das Gemeingut (-> Allgemeinheit) übergeht, ist die Schutzdauer bei Marken und Designs beliebig verlängerbar.

Da sich diese Rechte erleblich voneinander unterscheiden, ist es, wann immer möglich, am besten über die konkreten Rechte, z.B. Patente, Urheberrecht, Markenrecht, geografische Kennzeichnungen, Gebrauchsmuster, Schutz von Pflanzenzüchtungen usw. zu sprechen.

In den USA gibt es im Bereich von Software sogar einen Konflikt zwischen Copyright und dem Software-Patent, z.B. kann ein unabhängig entwickeltes und damit voll dem Copyright des Autors unterstehendes Programm Patente eines Wettbewerbers verletzen, was es illegal und damit wertlos machen kann. In Europa konnten Software-Patente bisher größtenteils durch diverse öffentlichkeitswirksame Aktionen von Freiwilligengruppen verhindert werden, die Lobby der großen und sehr großen Computerfirmen drängt aber weiterhin das Europaparlament, solche Patente zu erlauben.

TRIPS

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Das TRIPS-Abkommen (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums bzw. Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) ist eine internationale Vereinbarung auf dem Gebiet der Immaterialgüterrechte. Es legt minimale Anforderungen für nationale Rechtssysteme fest, um "sicherzustellen, dass die Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums nicht selbst zu Schranken für den rechtmäßigen Handel werden".

Bedeutung des TRIPS

Das TRIPS regelt Rechtsgebiete wie:

- Urheberrecht, Markenrecht und Patente
- geographische Angaben
- Geschmacksmuster
- Halbleiterschutz
- den Schutz nicht offengelegter Informationen (Geschäftsgeheimnisse)
- die Bekämpfung wettbewerbswidriger Praktiken in vertraglichen Lizenzen.

Das TRIPS fordert von den Mitgliedsstaaten Minimal Kriterien u.a. in den folgenden Bereichen:

- Urheberrechtsbestimmungen müssen mindestens 50 Jahre lang ab dem Tod des Autors aufrecht erhalten werden
- Urheberrecht muss automatisch zugestanden werden und bedarf keiner Formalität wie einer Registrierung oder eines Verlängerungsantrages
- Computerprogramme müssen unabhängig von ihrer Form als "Werke der Literatur" im Sinne des Urheberrechts angesehen werden und daher auch den gleichen Schutz erhalten
- Nationale Ausnahmen des Urheberrechts (wie "fair use" in den USA) müssen stark begrenzt werden

- Patente müssen auf allen technischen Gebieten bewilligt werden (unabhängig davon, ob dies auch im allgemeinen Interesse ist)
- Die Ausnahmen des Patentgesetzes müssen fast genauso streng begrenzt werden wie die Ausnahmen des Urheberrechtsgesetzes
- In jedem Staat dürfen Gesetze über geistiges Eigentum den eigenen Einwohnern nicht mehr Rechte oder Vorteile gewähren als Bürgern anderer TRIPS-Staaten (dies wird auch Inländerbehandlung genannt). Das TRIPS-Abkommen besitzt auch eine Meistbegünstigungsklausel.

Viele der TRIPS-Bestimmungen auf das Kopierverbot wurden von der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst übernommen. Auch darf nicht unerwähnt bleiben dass sehr viele TRIPS-Bestimmungen in Europa nur eine Bestätigung bestehendes Rechts bilden, und dass in Europa das Recht oft weitergeht als TRIPS: in Europa dauert z.B. das Urheberrecht 70 Jahre ab dem Tod des Autors, wo TRIPS nur minimal 50 Jahre vorschreibt.

Geschichte

GATT

Das TRIPS-Abkommen wurde zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) am Ende der Uruguay-Runde 1994 hinzugefügt. Die Einbeziehung des TRIPS-Abkommens erfolgte vor allem auf Drängen der Vereinigten Staaten, gestützt durch die EU, Japan und andere Erste-Welt-Länder. Weiteren Einfluss hatten die Kampagnen der einseitigen ökonomischen Ermutigung (unter dem Allgemeinen Präferenzsystem) und des Zwangs (unter Abschnitt 301 des "Trade Act"). Die amerikanische Strategie zur Verknüpfung von Handelsrichtlinien mit Richtlinien des geistigen Eigentums hat ihren Ursprung in den achtziger Jahren in der Führungsetage von Pfizer Inc., einem globalen Pharmazeutik-Unternehmen. Pfizer mobilisierte 12 weitere internationale US-Unternehmen und schloß sich mit diesen im "Intellectual Property Committee" (IPC) zusammen. Das IPC machte durch Lobbyarbeit die Maximierung von Privilegien an geistigem Eigentum zur Top-Priorität der US-Handelspolitik.

Nach der Uruguay-Runde wurde das GATT zur Grundlage der Welthandelsorganisation (WTO). Nachdem die Ratifizierung des TRIPS-Abkommens für eine WTO-Mitgliedschaft verpflichtend ist, muss jeder Staat, der Zugang zu den Märkten der WTO-Mitglieder erlangen will, die sehr strengen Regelungen des geistigen Eigentums des TRIPS-Abkommens in nationales Recht umsetzen.

WTO

Darüber hinaus besitzt das TRIPS-Abkommen im Gegensatz zu anderen internationalen Vereinbarungen einen mächtigen Durchsetzungsmechanismus. Staaten, die ihr Rechtssystem für geistiges Eigentum nicht TRIPS-konform gestalten, können durch den WTO-Streitschlichtungsmechanismus diszipliniert werden, der es ermöglicht, Handelssanktionen gegen abtrünnige Staaten zu verhängen.

Kritik

Seit das TRIPS-Abkommen in Kraft getreten ist, muss sich die WTO mit zunehmender Kritik von Entwicklungsländern, Wissenschaftlern und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) auseinandersetzen. Aufgrund der Entscheidungsprozesse in der WTO ist es aber sehr unwahrscheinlich, dass selbst eine enorme politische Opposition viel dazu beitragen könnte, das TRIPS-Abkommen zu entschärfen.

Von Lobbyisten in Sachen Urheberrecht werden häufig politische Sachzwänge mit Verweis auf angebliche Obligationen aus dem TRIPS Abkommen verbreitet und zur Durchsetzung nationaler Regelungsvorhaben verwendet.

Es zeigt sich, dass ein Vertrag, der zur Handelsregulierung gedacht war, für eine ökonomisch nicht mehr zu fundierende Ausweitung des Rechtsschutzes zugunsten der am Rechtsschutz verdienenden

Gruppen ausgeweitet werden soll. Als Grund für die Ausweitung wird von Seiten der Befürworter die Refinanzierung der Entwicklungskosten genannt.

AIDS-Medikamente

Die bisher heftigste Auseinandersetzung fand über AIDS-Medikamente für Afrika statt. Trotz der unvertretbaren Rolle, die Patente in Afrika bei der Aushöhlung des öffentlichen Gesundheitswesens spielten, wurde das TRIPS-Abkommen nicht abgeändert. Stattdessen wurde im November 2001 die "Doha Declaration", eine erläuternde Stellungnahme, herausgegeben. Diese weist darauf hin, dass Staaten durch das TRIPS-Abkommen nicht daran gehindert werden sollen, Krisen im öffentlichen Gesundheitswesens zu bewältigen. Seit diesem Zeitpunkt arbeiten die Vereinigten Staaten (und in geringerem Ausmaß auch andere entwickelte Nationen) auf Geheiß der PhRMA (Vertretung der pharmazeutischen Industrie in den USA) daran, die Auswirkungen dieser Erklärung so gering wie möglich zu halten.

Hierbei darf aber nicht übersehen werden, dass die Mehrheit der Medikamente nicht (mehr) patentiert ist, und dass auch diese nicht-patentierten Medikamente wegen der mangelhaften Infrastruktur nicht überall in Afrika ausreichend verfügbar sind. Weiterhin gilt selbstverständlich dass wenn Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen nicht wieder hereingebracht werden können, es keine Investitionen mehr geben wird. Ein anderes Problem ist, dass wegen des grossen Ausmasses der Korruption in manchen Entwicklungsländern es nicht unüblich ist dass Medikamenten die relativ billig dort verfügbar gemacht werden, nie die dortigen Patienten erreichen und stattdessen nach entwickelten Ländern exportiert werden.

Software-Patente

Die amerikanische EU Delegation hat anlässlich der Debatte um die Einführung von Softwarepatentierung die Behauptung lanciert, TRIPS Artikel 27 fordere Software-Patente. Dies wurde auch von Patentanwaltsverbänden verbreitet.

Text der einschlägigen TRIPS-Bestimmung: "Article 27 (Patentable Subject Matter)

1. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, patents shall be available for any inventions, whether products or processes, in all fields of technology, provided that they are new, involve an inventive step and are capable of industrial application. Subject to paragraph 4 of Article 65, paragraph 8 of Article 70 and paragraph 3 of this Article, patents shall be available and patent rights enjoyable without discrimination as to the place of invention, the field of technology and whether products are imported or locally produced."

Von europäischen Industrie-Organisationen wird hierbei akzentuiert dass zwar ein Patent erteilt werden muss für jede Erfindung in jedem technischem Gebiet die neu, nicht-naheliegend und gewerblich anwendbar ist, aber das Patentschutz ebenso klar nicht erwünscht ist für naheliegende Erfindungen (keine "inventive step") und/oder für nicht-technische Neuerungen.

Microsoft

Die Europäische Kommission verhängt am 24. März 2004 wegen Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung bei PC-Betriebssystemen eine Strafe von 497,2 Mio Euro gegen den Microsoft-Konzern; er will sowohl vor dem Europäischen Gerichtshof als auch vor der WTO mittels dem TRIPS-Abkommen dieses Urteil anfechten.

Hierbei hat Microsoft aber zwei Probleme:

1. Nur TRIPS Mitglieder (wie z.B. die Vereinigten Staaten) können WTO Verfahren anhängig machen; individuelle Unternehmen können das nicht.

2. Artikel 40 TRIPS enthält die folgende Bestimmung: "2. Nothing in this Agreement shall prevent Members from specifying in their legislation licensing practices or conditions that may in particular cases constitute an abuse of intellectual property rights having an adverse effect on competition in the relevant market. As provided above, a Member may adopt, consistently with the other provisions of this Agreement, appropriate measures to prevent or control such practices, which may include for

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

example exclusive grantback conditions, conditions preventing challenges to validity and coercive package licensing, in the light of the relevant laws and regulations of that Member."

Es ist nicht auszuschließen, dass Microsoft nicht beweisen kann, dass die EU Artikel 40 TRIPS verletzt hat.

Weltorganisation für geistiges Eigentum

Autor dieses Artikels: **Christian Voß**

www: globaldefence.net 01.03.2004

World Intellectual Property Organization (englische Bezeichnung, Abkürzung WIPO)
Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (französische Bezeichnung, Abkürzung OMPI)
Sitz: 34, chemin des Colombettes, CH-1211 Geneve 20, Schweiz; Tel.: (0041) 22-7309111, Fax - 7335428

Gründung:

Die Weltorganisation für geistiges Eigentum wurde 1970 durch das „Übereinkommen“ zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum“, das in Stockholm 1967 unterzeichnet wurde, gegründet. Die Anfänge der Organisation reichen in die Zeit der „Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Rechts“ (1883) und der „Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst“ (1886) zurück. WIPO gehört als Sonder-Organisation zum System der Vereinten Nationen. Das gewerbliche Eigentum umfaßt zwei Hauptgebiete:

- Das gewerbliche Eigentum, das sich vor allem auf den Schutz von Erfindungen, Warenzeichen und gewerblichen Mustern und Modellen bezieht;
- Das Urheberrecht, das hauptsächlich den Schutz von Werken der Literatur, der Musik, der bildenden Kunst, der Photographie, der Filmkunst und Audiovision umfaßt.

Ziele:

Weltweite Förderung des geistigen Eigentums durch internationale Zusammenarbeit (Staaten, internationale Organisationen).

- Gewährleistung der verwaltungsmäßigen Zusammenarbeit der Verbände für geistiges Eigentum.

Strukturen:

Die Generalversammlung setzt sich aus den Mitgliedstaaten der WIPO zusammen, die Mitglieder der Pariser und / oder der Berner Versammlungen sind. Sie tritt alle zwei Jahre zusammen und kann zu Sondersitzungen einberufen werden. Die Generalversammlung verabschiedet einen Zweijahreshaushalt für die gemeinsamen Ausgaben der Verbände.

Die Konferenz vereint die Mitgliedstaaten der WIPO, gleichgültig, ob sie Mitglied eines der Verbände sind oder nicht. Sie verabschiedet den Zweijahreshaushalt der Konferenz. Die Konferenz erörtert Fragen von allgemeinem Interesse auf dem Gebiet des geistigen Eigentums und kann Empfehlungen beschließen, wobei die Zuständigkeit und die Unabhängigkeit der Verbände zu wahren sind.

Der Koordinierungsausschuß besteht aus 58 Mitgliedstaaten der WIPO, die Mitglied des Exekutivausschusses des Pariser Verbandes, des Exekutivausschusses des Berner Verbandes oder beider Ausschüsse sind und der Schweiz (ex officio). Der Ausschuß äußert sich zu allen Verwaltungs- und Finanzfragen, bereitet die Tagesordnung der Generalversammlung die Entwürfe der Tagesordnung für die Konferenz und deren Haushaltsplan vor, empfiehlt der Generalversammlung einen Kandidaten für das Amt des Generaldirektors und nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm im Rahmen des WIPO-Übereinkommens übertragen werden.

Der Ständige Ausschuß der WIPO für Informationen über das gewerbliche Eigentum fördert und gewährleistet im Rahmen der WIPO eine enge Zusammenarbeit der Staaten, insbesondere ihrer nationalen und regionalen Patentbehörden auf allen Gebieten der Patentinformation. Dem Ausschuß gehören die Mitgliedstaaten des PCT- und IPC-Verbandes sowie diejenigen Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft an, die dies ausdrücklich wünschen.

Das Internationale Büro, das von einem Generaldirektor (von der Generalversammlung für sechs Jahre gewählt, verlängerbar) geleitet wird, ist das Sekretariat der WIPO und der Verbände. Es

untersteht der Aufsicht der Mitgliedstaaten. Es bereitet die Tagungen und Sitzungen vor, arbeitet die Tagungsberichte und Arbeitsdokumente und Pläne für die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit aus, führt die Projekte durch, sammelt und verbreitet Informationen und unterhält fünf internationale Registrierungsdienste (Patente, Marken, gewerbliche Muster oder Modelle, Ursprungsbezeichnungen, audiovisuelle Werke). Der Generaldirektor übt die Funktion der Hinterlegungsstelle für die Mehrzahl der von der WIPO verwalteten internationalen Verträge aus.

Aktivitäten:

WIPO verwaltet Verbände (Staatenzusammenschlüsse, auch „Union“ genannt und Verträge auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes u.a.

- den Pariser Verband (Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums), 1883;
- das Madrider Abkommen (Bekämpfung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren), 1891;
- den Madrider Verband (die internationale Registrierung von Warenzeichen), 1891;
- den Haager Verband (die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle), 1925
- den Nizzaer Verband (die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken), 1957;
- den Lissabonner Verband (Schutz von Ursprungsbezeichnungen und ihre internationale Registrierung), 1958;
- den Locarno-Verband (die internationale Klassifikation gewerblicher Muster oder Modelle), 1968;
- den PCT-Verband (Patent Cooperation Treaty – internationale Anmeldung, Recherche und Prüfung von Patentanmeldungen), 1970;
- den IPC-Verband – International Patent Classification – weltweite Vereinheitlichung der Klassifikation von Patenten), 1971;
- den Wiener Verband (internationale Klassifikation der Bildbestandteile von Marken), 1973;
- den Budapester Verband (die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren), 1977;
- den Vertrag von Nairobi (zum Schutz des olympischen Symbols), 1981;

auf dem Gebiet des Urheberrechtes und der angrenzenden Rechte

- den Berner Verband (Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst), 1886;
- das Rom-Abkommen (zum Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen), 1961;
- das Genfer Übereinkommen (zum Schutze der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger), 1971;
- das Brüsseler Übereinkommen (über die Verbreitung der durch Satelliten übertragenen programmtragenden Signale), 1974;
- den FRT-Verband – Filmregistervertrag – (über die internationale Eintragung audiovisueller Werke), 1989.

WIPO unterstützt im Bereich des gewerblichen Eigentums die Entwicklungsländer durch Beratung, Ausbildung, Information und Materialien, um die Möglichkeiten für Erfindungen durch eigene Staatangehörige und Unternehmen nach Umfang und Qualität zu fördern;

günstige Bedingungen für den Erwerb patentierter Technologien zu schaffen;

die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel durch einen besseren Schutz der Handels- und Dienstleistungsmarken zu verstärken;

den Zugang zu dem technischen Wissen, das in den Patentdokumenten enthalten ist, zu erleichtern. Im Bereich des Urheberrechts ermutigt WIPO zur Schaffung literarischer und künstlerischer Werke und versucht zur Verbesserung der Bedingungen für den Erwerb von Rechten hinsichtlich der Nutzung und Verwertung literarischer und künstlerischer Werke, deren Urheber Ausländer sind, beizutragen.

Acordo sobre propriedade intelectual vai ditar rumo da negociação da Alca

Tatiana Bautzer De Washington

(Valor Econômico 18.02.2005)

Allgeier: sem interesse em qualquer negociação que se restrinja a acesso a mercado

O sucesso da retomada das negociações da Área de Livre Comércio das Américas (Alca) dependerá principalmente de um acordo sobre propriedade intelectual. Os Estados Unidos vão propor ao Brasil a inclusão de cláusulas que exijam o cumprimento da legislação anti-pirataria. O assunto é espinhoso para o Brasil, mas os EUA não aceitam discutir uma Alca puramente de acesso a mercados, sem menção à propriedade intelectual.

A tentativa de retomar as negociações ocorrerá na semana que vem, numa reunião entre os co-presidentes da Alca, o americano Peter Allgeier e o embaixador brasileiro Adhemar Bahadian, nos dias 22 e 23.

O sub-representante comercial dos EUA, Peter Allgeier, já deu sinais sobre a importância do assunto. Diante uma platéia de executivos numa palestra na Câmara de Comércio dos EUA, disse que não é do interesse dos americanos discutir um acordo bilateral ou outra negociação que se restrinja a acesso a mercados. A intenção americana, explicou, não é pedir ao Brasil compromissos maiores do que os que já foram assinados no acordo de proteção intelectual da Organização Mundial do Comércio (OMC), o chamado acordo de TRIPS. "Queremos apenas cláusulas que determinem o cumprimento das obrigações do TRIPS", disse Allgeier.

Os EUA já informaram que não pressionarão o Brasil para incluir no texto básico da Alca medidas adicionais de proteção à propriedade intelectual, como estão fazendo no caso da Guatemala em relação a patentes de remédios. Querem apenas incluir texto sobre o cumprimento da legislação. A simples menção de cláusulas adicionais de propriedade intelectual causa arrepios nos brasileiros.

Segundo fonte diplomática brasileira, incluir a obrigatoriedade do cumprimento de TRIPS no texto do acordo da Alca pode dar margem a retaliações comerciais. "O problema é a maneira como esse compromisso estará expresso e a vinculação a possíveis retaliações", diz essa fonte.

Outro diplomata brasileiro diz que o país "precisa estar seguro de que consegue fazer cumprir o compromisso, ou fica vulnerável a cobranças". De qualquer forma, sabe-se que violações a direitos de propriedade intelectual não resultariam em retaliações imediatas, mas teriam que passar por um painel de solução de controvérsias.

Para Kelly Meimann, diretora-executiva da consultoria Kissinger McLarty, "se não houver nada no acordo além do que já está na OMC, é difícil conseguir apoio no Congresso". O envio ao Congresso do acordo entre EUA e América Central, por exemplo, está parado por uma discussão sobre propriedade intelectual na Guatemala.

Grupos empresariais querem que os EUA exijam da Guatemala um prazo mínimo de 5 anos antes da abertura a produtores de medicamentos genéricos dos dados de testes clínicos. Sem estes dados, as fabricantes de genéricos não conseguem a aprovação para os medicamentos com base no mesmo princípio ativo. A Guatemala extinguiu recentemente esse prazo.

No Nafta e no acordo bilateral acertado com o Chile, os capítulos de propriedade intelectual exigem que os países signatários forneçam dados sobre o importador do produto falsificado ao dono dos direitos sobre o produto pirateado. O dono dos direitos também tem que autorizar a doação de produtos pirateados apreendidos. O Judiciário dos dois países precisa ter o poder de impor multas ou pena de prisão a falsificadores, e indenizações às companhias afetadas.

Mas é verdade também que ao fazer parte da OMC o Brasil já tem o compromisso de fazer cumprir a legislação de propriedade intelectual. Há um capítulo inteiro no acordo de TRIPS só sobre a forma de assegurar o cumprimento da legislação de propriedade intelectual. Um dos itens determina que os países coloquem à disposição dos donos dos direitos os dados dos

processos judiciais contra pirataria e falsificação. Em alguns casos, os acordos bilaterais assinados pelos EUA apenas repetem cláusulas de TRIPS, como a de que a Justiça tenha autoridade para impor indenizações pagas ao detentor dos direitos da patente ou penas de multa e prisão a falsificadores.

Uma das cláusulas afirma que os governos só ficarão isentos de medidas de compensação à parte prejudicada se comprovarem ter agido de boa fé. O texto é idêntico a uma cláusula do capítulo de propriedade intelectual do acordo Chile-EUA.

O TRIPS tem um texto menos detalhado que os acordos bilaterais e há algumas salvaguardas para países em desenvolvimento. No texto da OMC, por exemplo, afirma-se que o Judiciário dos países nem sempre é obrigado a decretar uma apreensão, especialmente se o comprador não souber que o produto infringe direitos de propriedade intelectual.

O segundo assunto polêmico é a agricultura, e neste caso o Brasil terá que primeiro assegurar a unidade do Mercosul. Nas últimas reuniões de negociação da Alca, no ano passado, a Argentina continuava exigindo dos EUA algum compromisso de redução de subsídios agrícolas ou compensação dentro da Alca. Os EUA só vão tratar de subsídios nas negociações da Rodada Doha. Desde a última negociação da Alca, as relações comerciais entre Brasil e Argentina deterioraram-se, com a adoção de medidas protecionistas contra produtos industriais brasileiros.

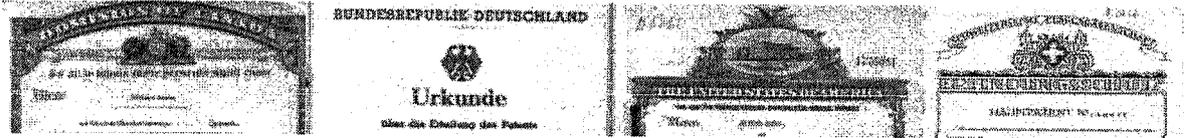
Os analistas acreditam que a Alca terá melhores chances quanto melhor for o acordo de redução de subsídios na Rodada Doha. Na primeira reunião do grupo negociador na OMC, o representante americano sugeriu acelerar o ritmo das negociações para que até julho haja progresso substancial, e que já se chegue à reunião ministerial de Hong Kong, em dezembro, com um texto final.

Um observador das negociações diz que os americanos estão "esperançosos, mas céticos" em relação à possibilidade de um acordo para concluir a Alca. Também há desconfiança do lado brasileiro, com mais uma negativa dos EUA em negociar acesso a mercados de maneira bilateral.

Siehe auch

- <http://ffs.or.at>
 - <http://vibe.at>
 - <http://twinside.org.sg>
 - <http://streifzweige.org>
 - <http://www.iisd.org>
 - www.bilaterals.org
 - BRIDGES Weekly Trade NewsDigest
 - globaldefence.net
 - www.grain.org
 - www.unctad.org
 - www.aippi.org
 - Die attac-Arbeitsgruppe für Geistiges Eigentum zu TRIPS (<http://www.attac.de/geig/trips.php>)
 - Georg Jakob's Papier über die zwangsweise Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Europa(pdf (http://www.rechtsprobleme.at/doks/ipenf_comments-jakob.pdf))
 - WTO: Originaltext auf einzelne Webseiten aufgeteilt, als Word und pdf (http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/27-trips_01_e.htm)
 - WIPO Definition: Definition von Intellectual Property (<http://www.wipo.int/about-ip/en/>)
 - Beispiel für die falsche Verwendung der Begriffe: Die Richtlinie zur Durchsetzung des Geistigen Eigentums (<http://wiki.ael.be/index.php/EnforcementDirectiveGerman>) – Auch Piracy: sie verwendet diesen Begriff, meint aber Urheberrechtsverletzung.
 - Hauke Möller: Art. 14 Grundgesetz und das „geistige Eigentum“ (<http://www.jurpc.de/aufsatz/20020225.htm>) – betrachtet in erster Linie Urheberrecht
 - Stefan Meretz: Geistiges Eigentum – Rechtsfetisch sui generis (http://www.streifzuege.org/str_04-31_meretz_imwo_geistiges-eigentum.html) – linker Kritiker
 - Der Kampf ums geistige Eigentum (<http://heise.de/tp/deutsch/special/copy/>), Telepolis Special zum Thema „Copyright“
-
- <http://privatkopie.net>
 - FFII: TRIPS und Softwarepatente (<http://swpat.ffii.org/analyse/trips/index.de.html>)
 - Der Kampf ums geistige Eigentum (<http://heise.de/tp/deutsch/special/copy/>), Telepolis Special zum Thema „Copyright“
 - Netzwerk neue Medien e.V. (<http://www.nnm-ev.de/9791.htm?pic=0>)
 - Die Brüsseler Patentschlacht, Der Streit um EU-Softwarepatente in der vorletzten Runde, c't 12/2004, S. 60
 - Ein Interview mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Ministerialdirektor Elmar Hucko über Softwarepatente, Urheberrecht und geistiges Eigentum veröffentlichte c't in Ausgabe 16/2004: "Das Urheberrecht kennt kein Recht auf Privatkopie", c't 16/2004, S. 158
 - Lischka, Konrad
Goofy kassiert noch lange Informationskontrolle: Streckung des Urheberrechts und digitale Codes; in WOZ Nr. 45 * Seite 23
 - Christian Beauprez: TRIPS und Softwarepatente (<http://www.beauprez.net/softpat/summary.html>)





Brasiliens und Argentinens Vorschlag für eine Development Agenda in der WIPO

Seit mindestens zwei Jahrzehnten wird auf internationaler Ebene in verschiedenen Foren um den Versuch gestritten, Patentrechte international durchzusetzen: Aktuelle Verhandlungen werden in der Welthandelsorganisation (WTO) im Rahmen der TRIPS-Verhandlungen in der Doha-Agenda geführt, in der World Intellectual Property Organization (WIPO) werden derzeit schwerpunktmäßig drei Verhandlungen geführt: das Patent Law Treaty (PLT) zielt auf die internationale Harmonisierung der Patentanmeldungsformalitäten, das Patent Cooperation Treaty (PCT) zielt auf den Aufbau einer zentralen Patentinformationsstelle und in den Verhandlungen über das Substantive Patent Law Treaty (SPLT) geht es um die "Harmonisierung" der international gültigen Patentregeln, im Sinne eines umfassenden "Weltpatentrechtes". Gleichzeitig wird in der WIPO der Entwurf Brasiliens und Argentinens für eine "Development Agenda" diskutiert. Auf der bilateralen Ebene werden Patentbestimmungen (Intellectual Property Rights - IPR) beispielsweise sowohl in die regionalen Verhandlungen über die "Grosse Freihandelszone der Amerikas" (ALCA) als auch in die EU-MERCOSUR-Verhandlungen aufgenommen. Eine Reihe von bilateralen Investitionsverträgen (BITs) ergänzt das Bild umfassender Patentrechtsdurchsetzung.

Die Verfechter der Ausweitung internationalen Patentrechts verweisen mit dem Fortschrittsargument auf den Schutz innovativer Kreativität und Erfindungs- und Forschungsgeist und warnen vor den wirtschaftlichen und entwicklungshemmenden Schäden, die die Nicht-Durchsetzung dieser Rechte zeitigten. "Produktnachahmung und Markenpiraterie gefährden Innovation und Kreativität. Sie machen heute zwischen 5 % und 7 % des internationalen Handels aus; der [Europäischen] Gemeinschaft entsteht dadurch ein Schaden, der auf mehr als 2 Mrd. Euro geschätzt wird" (EU-Kommission IP/03/1059, 22.Juli 2003).

Brasilien und Argentinien haben auf der 40. Versammlung der Mitgliedstaaten der WIPO, 27. September bis 5. Oktober 2004 in Genf (Tagungsagenda in A/40/1 Prov.4), einen Antrag für die Erarbeitung einer "Entwicklungsagenda" in der WIPO eingebracht. Dieser Antrag, "Proposal for Establishing a Development Agenda for WIPO" (WO/GA/31/11) stellt der Durchsetzung internationaler Patentrechte das "Recht auf Entwicklung" entgegen. Angesichts der "wachsenden Schere zwischen armen und reichen Nationen" dürften demnach Geistige Eigentumsrechte weder "als Zweck an sich" behandelt werden noch die internationale Durchsetzung dieser Rechte unhinterfragt bleiben, sondern bedürften vielmehr der kontext-sensitiven und mithin flexiblen Anwendung. Der WIPO als Organisation der Vereinten Nationen obliege die Pflicht, die Erreichung der UN-Entwicklungsziele prioritär zu behandeln. Ferner schlägt der Text eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft in der WIPO vor, bei gleichzeitiger strikterer Differenzierung zwischen NGOs und Interessengruppen:

Entwicklungsländer fordern Änderung der UN-Konvention zum Geistigen Eigentum

heise.de 15.09.2004

Die argentinische UN-Gesandte Marta Gabrieloni hat bei der Konferenz "Zukunft der World Intellectual Property Organisation (WIPO)" des Transatlantic Consumer Dialogue (TACD) die Forderung ihrer Regierung für eine Grundsatz-Reform der Organisation bekräftigt. Zusammen mit Nachbar Brasilien hat das südamerikanische Land der in zwei Wochen tagenden Generalversammlung Änderungsvorschläge vorgelegt, darunter vor allem die Aufnahme entwicklungspolitischer Ziele in die Agenda der WIPO. "Die WIPO darf sich in ihrer Arbeit nicht allein auf die Durchsetzung der Ansprüche aus Sicht der westlichen Welt beschränken", sagte Gabrieloni. Dazu sollen die Mitgliedsstaaten eine Deklaration unter dem Motto "Geistiges Eigentum und Entwicklung" verabschieden.

Alle zukünftigen Abkommen der WIPO sollen grundsätzlich den Technologietransfer und flexible Regelungen zur Sicherung des öffentlichen Interesses verankern und mögliche wettbewerbsfeindliche Praktiken verhindern. Zwei neue WIPO-Gremien, vor allem ein "Standing Committee on Development", sollen sich analog zu den bestehenden Ausschüssen um entwicklungspolitische Fragen und den Transfer von Technologie kümmern. An Stelle des geplanten Broadcasting Treaty hätten die Südamerikaner lieber ein neues internationales "Abkommen über Zugang zu Wissen". Auch das soll die Chancen der Entwicklungsländer im Monopoly um die Urheberrechte verbessern.

Weitere Forderungen im Acht-Punkte-Plan betreffen eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft, also der jenseits von Parteien, staatlichen Organisationen und Industrieverbänden organisierten Gruppen. Aus Sicht der Autoren des Vorschlages ist dies eine Voraussetzung für einen echten Interessensausgleich. Derzeit verzeichnet die WIPO nominell 174 Nicht-Regierungsorganisationen. "Dies zeigt, dass wir eine offene Organisation sind," sagte Deniz Croze von der WIPO. Allerdings sind diese Organisationen fast ausnahmslos Unternehmen und Verbände, wie etwa die International Federation of the Phonographic Industry (IFPI) oder die Business Software Alliance. "Regeln für eine echte Mitarbeit der Zivilgesellschaft fehlen noch", sagte der US-Rechtswissenschaftler Brian Kahin.

"Solange die WIPO sich nicht neu erfindet, solange sie nicht genau analysiert, was überall in der Welt Innovation schafft und was sie verhindert, solange nicht ein Ökonom innerhalb der WIPO mitentscheidet und nur Anwälte dort arbeiten, ist die so genannte technische Unterstützung der Entwicklungsländer doch

eher eine gut getarnte Durchsetzung ureigenster Interessen der westlichen Länder", kritisierte der indische UN-Vertreter die WIPO. Indien dürfte mit dem Vorschlag der lateinamerikanischen Länder sympathisieren. Offiziell dem brasilianisch-argentinischen Papier angeschlossen haben sich vorerst einmal Bolivien, Kuba und Ecuador. "Wir werden auch von einer Reihe weiterer Entwicklungsländer unterstützt", sagte Gabrieloni in Genf. Zurückhaltend, aber positiv kommentierte so etwa Luis Villarroel vom chilenischen Bildungsministerium den Vorschlag. Villarroel kritisierte im Übrigen den Trend zur einseitigen Harmonisierung auf der Seite der Ansprüche zum Geistigen Eigentum: "Warum haben wir keine klaren Ausnahmen, so wie wir auch klare Ansprüche haben?" Westliche Länder haben sich bislang mit Stellungnahmen zu der lateinamerikanischen Initiative zurückgehalten. "Wir haben aber bislang keine ablehnenden Stellungnahmen gehört." Die Generalversammlung selbst wird entscheiden, ob sie den Vorschlag auf die Tagesordnung setzen wird.

Auf der Tagesordnung wird dagegen ein gemeinsamer Vorschlag der USA, der EU und Japans zur internationalen Harmonisierung des Patentrechts stehen. Mit dem "Substantive Patent Law Treaty" sollen einheitliche Standards bei der Prüfung der Neuheit einer Erfindung geschaffen werden, die in einer Patentschrift beschrieben wird. Während ein US-Vertreter betonte, dass es nicht zuletzt darum gehe, das Patentsystem einfacher und gerade auch "für den kleinen Mann" zugänglicher zu machen, warnten Kritiker wie Kahin davor, dass vereinfachte Standards eher zu einem Mehr an Trivial-Patenten führen. Die Kosten für einen Rechtsstreit um ein Patent könne sich, mindestens in den USA, kaum ein kleines Unternehmen leisten. Vertreter der Open-Source-Bewegung, allen voran GNU-Guru Richard Stallmann, warnten einmal mehr vor den Auswirkungen von Softwarepatenten auf die Softwareentwicklung. Die vielbeschworene Harmonisierung von Urheber- und Patentansprüchen führe im Übrigen dazu, dass die jeweils strengsten Bestimmungen weltweit durchgesetzt würden, eine der aus Sicht der Patentkritiker negative Folge der WIPO-Copyrightvereinbarungen im TRIPS-Abkommens, das flexible nationalstaatliche Regelungen stark eingeschränkt hat.

Die TACD-Organisatoren sympathisieren daher mit dem lateinamerikanischen Vorschlag und bereiten nun selbst eine Deklaration vor, die an die WIPO-Generalversammlung gehen soll. Allerdings geht laut James Love vom Consumer Project for Technology (CPTech) der Vorschlag möglicherweise noch nicht weit genug. Immerhin enthält er durchaus auch die Forderung, die nationalen Patentbehörden in den Entwicklungsländern zu stärken. Die Bürger- und Verbraucherschutzorganisationen befürworten nicht uneingeschränkt die Übertragung rigider Systeme zum Schutz Geistigen Eigentums in die Entwicklungs- und Schwellenländer.

Vielleicht würden aber in 10 Jahren die USA und die EU zu den eigentlichen Kritikern der bestehenden Systeme zum Schutz Geistigen Eigentums werden, prophezeite Graham Dutfield vom Queen Mary Intellectual Property Research Institute, Autor einer aktuellen Studie zur WIPO: "Dann, wenn die meisten Patente von China und Indien gehalten werden."

Zur Diskussion um die Reform der World Intellectual Property Organization siehe auch:
(Monika Ermert) / (jk/c't)

Zähes Ringen um WIPO-Programm

heise.de02.10.2004

Bis in die späten Abendstunden rangen die Diplomaten der 181 Mitgliedsländer der World Intellectual Property Organisation (WIPO) in Genf gestern um die Grundsatzausrichtung für die Organisation. Auf Initiative von Brasilien und Argentinien hatte eine Reihe von Entwicklungsländern die 15. Generalversammlung aufgefordert, der Organisation eine stärkere entwicklungspolitische Ausrichtung zu verleihen. Seit ihrer Gründung 1970 aus der Vorläuferorganisation "Bureaux for the Protection of Intellectual Property" verfolgt die WIPO die Harmonisierung und Durchsetzung von Ansprüchen auf "Geistiges Eigentum" in Form von Patenten, Urheber- und Markenrechten. "Überwältigende Unterstützung aus dem Süden, entschiedene Opposition aus dem Norden", so fasste James Love, Beobachter für die US-Bürgerrechtsorganisation Consumer Project of Technology

(CPTech), die Debatten rund um den Vorschlag Brasiliens und Argentiniens zusammen. Bis unmittelbar vor der Versammlung, die noch bis Dienstag kommende Woche geht, hatten sich Bolivien, Cuba, Ecuador, Iran, Kenia, Sierra Leone, Tansania und Südafrika dem Vorschlag formal angeschlossen. Unterstützung erhielten die Entwicklungsländer auch von einer Reihe von Bürgerrechtsorganisationen und Wissenschaftlern, die in einem Aufruf an die Generalversammlung einen Völkerrechtsvertrag über den Zugang zu Wissen und Information forderten.

Entschieden gegen die Aufnahme einer entwicklungspolitischen Agenda hatte sich dagegen laut einem Beobachter der deutschen UN-Vertretung in Genf allen voran die USA gezeigt. Gemeinsam mit Japan und der EU wollen sie in erster Linie eine rasche Wiederaufnahme der Arbeit an einer internationalen Harmonisierung des Patentrechtes in Form eines "Substantive Patent Law Treaty (SPLT)" (als PDF-Dokument) erzwingen.

Bemühungen um eine solche Harmonisierung waren bereits einmal im Jahr 1991 gescheitert. Nach insgesamt über zwanzig Jahren fruchtloser Diskussion will die Troika USA, Japan und Europäisches Patentamt nun zumindest ein erstes Paket von Fragen nun schnellstens einheitlich geregelt sehen: die Definition von Stand der Technik (prior art), Neuheitsschonfrist (grace period), Neuheit (novelty) und Nicht-Offensichtlichkeit/Erfinderischer Schritt (non-obviousness/inventive step). Aspekte des Technologietransfers und der Ausnahmeregelungen für die im "Rechtsgeschäft" zurückliegenden Entwicklungsländer blieben dabei unberücksichtigt, warnt das brasilianisch-argentinische Papier. Die brasilianisch-argentinische Initiative sei letztlich bereits eine Reaktion auf den Druck der Patentinteressierten Länder, sagte einer der westlichen Beobachter, um Verhandlungsmasse im Streit um die SPLT zu haben.

In einem zähen Ringen wird nun um die beiden Vorschläge gefeilscht. Bis gestern abend lag noch kein Kompromiss vor. Sicher ist schon jetzt, dass die WIPO am Broadcasting Treaty, einer Erweiterung der Rechte für Rundfunk- und Sendeanstalten und an dem Ausbau des Schutzes von audiovisuellen Darbietungen weiterarbeiten wird. Ein festes Datum haben die Mitgliedsstaaten auch bereits für die Verabschiedung einer neuen Version des Trademark Law Treaty vereinbart. Die Konferenz bei der Völkerrechtsvertrag über die Markenrechte "an neue technologische Entwicklungen in der Telekommunikation" angepasst werden soll, soll im März 2006 stattfinden.

(Monika Ermert) / (jo/c't)

Die Zukunft der WIPO und das Geistige Eigentum: "Menschheit am Scheideweg"

Heise.de23.09.2004

"Die Menschheit steht an einem Scheideweg, vor Alternativen unseres moralischen Codes und dem Test, ob wir anpassungs- und entwicklungsfähig sind. Werden wir die besten neuen Ideen herausfinden, von ihnen lernen und profitieren, oder werden wir in einer höchst einfallslosen Weise all diese Ideen zu Gunsten eines intellektuell schwachen, aber ideologisch rigiden und manchmal brutal unfairen Regelwerks aufgeben?" Diese starken Worte veröffentlichten jetzt die Organisatoren der Konferenz zur Zukunft der World Intellectual Property Organisation (WIPO). Von der Zukunft der WIPO hänge viel ab, schreiben die fast hundert Erstunterzeichner. Die Wissenschaftler und Bürgerrechtler aus aller Welt rufen weitere Organisationen und Personen auf, sich der Erklärung anzuschließen.

In ihrer Situationsbeschreibung geht die Erklärung schonungslos mit den immer rigideren Regimen zum Schutz des Geistigen Eigentums (Intellectual Property, IP) ins Gericht. Man stehe vor einer Krise durch den fehlenden Zugang zu existenziell notwendigem medizinischen Wissen, durch "moralisch verwerfliche" Unterschiede beim Zugang zu Wissen und Technologie und durch wettbewerbswidrige Praktiken in der Wissensindustrie. Diese erlegten Konsumenten enorme Kosten auf und schützten dabei die Kreativen nicht wirklich. Güter, die der Gesellschaft als Ganzes gehören, würden der Öffentlichkeit zur Befriedigung von Privatinteressen entzogen; der öffentliche Raum werde abgeriegelt, so das Fazit der Unterzeichner.

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

Die WIPO habe ihren Anteil daran, indem sie zur Ausbreitung von Monopolkulturen beigetragen habe. Sie müsse sich daher dringend ändern, die verschiedenen Ansprüche besser ausbalancieren und globale Regeln nur unter der Bedingung verabschieden, dass sie wirklich allen -- und nicht einigen wenigen -- dienlich sind. Bereits bei der Konferenz in der vergangenen Woche in Genf hatte ein Podiumsgast die WIPO-Beamten aufgefordert, sich als "Diener der Weltöffentlichkeit" zu verstehen.

Die Autoren unterstützen außerdem den Vorschlag von lateinamerikanischen Ländern, die von der kommende Woche an tagenden WIPO-Generalversammlung eine neue entwicklungspolitische Ausrichtung der Organisation fordern. Laufende Verhandlungen zu neuen Verträgen, etwa über die Ausweitung der Rechte von Sendeanstalten an ihrem Material, sollten gestoppt und stattdessen ein völkerrechtlicher Vertrag über den Zugang zu Wissen und Technologie ausgehandelt werden. Den Entwicklungsländern sollten vor allem die volle Nutzung flexibler Regelungen im TRIPS-Abkommen (*Trade related Aspects of Intellectual Property Rights*) der Welthandelsorganisation WTO eröffnet werden, etwa die in der so genannten Doha-Erklärung verabredeten Erleichterungen für den Zugang zu medizinischem Wissen.

Siehe dazu auch:

(Monika Ermer) / (jk/c't)

Declaración de Ginebra

Am 04. Oktober 2004 hat die Generalversammlung der „World Intellectual Property Organization“ (WIPO) beschlossen, einem Vorschlag Argentiniens und Brasiliens zu folgen, der die Ausarbeitung einer Entwicklungsagenda durch die WIPO – als eines zu diskutierenden Vorschlags - vorsieht (oft auch als "Item 12" bezeichnet, da es sich um den 12 Punkt der Tagesordnung handelte). Dieser Vorschlag wurde vor allem von den Entwicklungsländern und von einer großen Zahl von Vertreter/innen der Zivilgesellschaft unterstützt.

Vor der Generalversammlung haben hunderte von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler/innen, Akademiker/innen und unabhängige Einzelpersonen die "Geneva Declaration on the Future of WIPO," unterzeichnet, mit der die WIPO aufgefordert wird, ihren Blickpunkt stärker auf die Erfordernisse der Entwicklungsländer zu legen und die Auseinandersetzung über geistige Eigentumsrechte nicht nur als ein Zweck an sich, sondern stärker als ein Instrument für die weitere Entwicklung der ärmeren Länder zu begreifen.

Im folgenden dokumentieren wir diese Deklaration: [auf spanisch]

(eine englische und französische Fassung findet sich unter [www: CPTech](http://www.CPTech.org); Bürgerrechtsorganisation Consumer Project of Technology)

Declaración de Ginebra sobre el futuro de la Organización Mundial de la Propiedad Intelectual

* Traducción del documento, del inglés al castellano:
Sofía Beltrán (UN Volunteers) y Phol Páucar (Cuzco, Perú).
CPSR-Perú
<http://peru.cpsr.org>

La humanidad enfrenta una crisis mundial de gobernanza del conocimiento, la tecnología y la cultura. Esta crisis se manifiesta de diferentes maneras:

- Al no tener acceso a medicamentos esenciales, millones de personas sufren y mueren;
- Una desigualdad moralmente criticable de acceso a la educación, al conocimiento y a la tecnología socava el desarrollo y la cohesión social;
- Prácticas anticompetitivas en la economía del conocimiento imponen costos enormes que recaen sobre los consumidores y retardan la innovación;
- Los autores, artistas e inventores afrontan crecientes barreras para seguirle los pasos a la innovación;
- La concentración de la propiedad y el control del conocimiento, tecnología, recursos biológicos y cultura, perjudican el desarrollo, la diversidad y las instituciones democráticas;
- Las medidas tecnológicas diseñadas para poner en vigor los derechos de propiedad intelectual en medios digitales, amenazan excepciones básicas a las leyes de derecho de autor establecidas para beneficiar a personas discapacitadas, bibliotecas, educadores, autores y consumidores, y socavan la privacidad y libertad;
- Mecanismos importantes para recompensar y apoyar a los individuos y comunidades creativos son injustos, tanto para los creadores como para los consumidores;
- Los intereses privados malversan los bienes sociales y públicos, y cierran el acceso al dominio público.

Al mismo tiempo, existen innovaciones asombrosamente promisorias en tecnologías de la información, medicina y otras tecnologías esenciales, así como en movimientos sociales y modelos de negocio. Somos testigos de campañas altamente exitosas para el acceso a medicinas para combatir el SIDA, revistas científicas, información referente al genoma humano y otras bases de datos, así como de cientos de esfuerzos colaborativos innovadores para crear bienes públicos, incluyendo la Internet, la World Wide Web, la Wikipedia, el Creative Commons, GNU Linux y otros proyectos de software libre y de código abierto, así como de herramientas de educación a distancia y de investigación médica. Tecnologías tales como Google proveen a decenas de millones con poderosas herramientas para encontrar información. Se han propuesto sistemas alternativos de retribución para expandir el acceso y el interés en trabajos culturales, al mismo tiempo que se proporciona tanto a los artistas como a los consumidores sistemas eficientes y justos de compensación. Hay un renovado interés en reglas de responsabilidad compensatoria, premios a la innovación o intermediarios competitivos, como modelos de incentivos económicos para la ciencia y tecnología, que puedan facilitar la innovación continua y evitar abusos monopólicos. En el año 2001, la Organización Mundial del Comercio (OMC) declaró que sus países miembros deben "promover el acceso universal a los medicamentos". La humanidad se halla en una encrucijada, una bifurcación en nuestro código moral y una prueba de nuestra capacidad para adaptarnos y crecer. ¿Evaluaremos, aprenderemos y aprovecharemos lo mejor de estas nuevas ideas y oportunidades, o responderemos a los menos imaginativos alegatos de suprimir todo esto en favor de una política intelectualmente débil, ideológicamente rígida y a veces brutalmente injusta e ineficiente? Mucho dependerá de la dirección futura de la Organización Mundial de la Propiedad Intelectual (OMPI), un cuerpo mundial que fija los estándares que regulan la producción, distribución y uso del conocimiento.

Una Convención en 1967 buscó fomentar la actividad creativa al establecer la OMPI para *promover* la protección de la propiedad intelectual. Su misión se amplió en 1974, cuando la OMPI pasó a ser parte de la Organización de las Naciones Unidas (ONU), bajo un acuerdo que solicitaba a la OMPI tomar las

“acciones apropiadas para promover la actividad intelectual creativa” y facilitar la transferencia de tecnología

a los países en vías de desarrollo, con el objetivo de “acelerar el desarrollo económico, social y cultural”.

Como una organización intergubernamental, sin embargo, la OMPI

adoptó una cultura de creación y expansión de los privilegios monopólicos, a menudo sin considerar las consecuencias. La continua expansión de estos privilegios y de sus mecanismos de ejecución nos ha conducido a graves costos sociales y económicos, ha obstaculizado y amenazado otros importantes sistemas de creatividad e innovación. La

OMPI necesita capacitar a sus miembros para que entiendan las consecuencias sociales y económicas reales de una excesiva protección de la propiedad intelectual y la importancia de alcanzar un balance entre el dominio público y la competencia, por un lado, y la esfera de los derechos de propiedad, por el otro. Las doctrinas de “más es mejor” o “lo poco nunca es bueno” son falsas y peligrosas, han comprometido seriamente la posición de la OMPI, especialmente entre los expertos en políticas de propiedad intelectual. La OMPI debe cambiar.

No pedimos que la OMPI abandone sus esfuerzos para la promoción de una adecuada protección de la propiedad intelectual o abandone todos los esfuerzos para armonizar y mejorar estas leyes. Pero insistimos en que la OMPI trabaje desde el marco más amplio descrito en el acuerdo de 1974 con la ONU y se decida por una visión más balanceada y realista de los beneficios y costos sociales de los derechos de propiedad

intelectual como una herramienta, pero no como la herramienta única, para apoyar la actividad intelectual creativa.

La OMPI debe además expresar una visión más equilibrada de los beneficios relativos de la armonización y la diversidad, y tratar de imponer una obediencia mundial sólo cuando ésta beneficie realmente a toda la humanidad. Un enfoque en el que se impone las mismas políticas a todos los países y que implica los más altos niveles de

protección de la propiedad intelectual para todos, nos conduce a resultados injustos y agobiantes para los países que luchan por cubrir las necesidades más básicas de sus ciudadanos.

A la Asamblea General de la OMPI se le ha pedido establecer una agenda de desarrollo. La propuesta inicial, puesta a consideración por los gobiernos de Argentina y Brasil, podría reformar profundamente la agenda de la OMPI hacia el desarrollo y nuevos enfoques que apoyen la innovación y la creatividad.

Este es un primer paso largamente esperado y necesario hacia una nueva misión y programa de trabajo de

la OMPI. No es perfecto. La Convención de la OMPI debería reconocer formalmente que es necesario tener en cuenta las “necesidades de desarrollo de sus Estados miembros, particularmente los países en vías de desarrollo y los países menos desarrollados,” como se había propuesto, pero esto no es suficiente. Algunos han argumentado que la OMPI debe sólo “promover la protección de la propiedad intelectual”, y no considerar política alguna que revierta los títulos de propiedad

intelectual o que proteja y mejore el dominio público. Esta visión limitante reprime el pensamiento crítico.

Mejores formas de expresar la misión pueden encontrarse, incluso de aquella condición del acuerdo de 1974 ONU/OMPI de que la OMPI “promueva la actividad intelectual creativa y facilite la transferencia de la tecnología relacionada con la propiedad industrial”. Las funciones de la OMPI no sólo deben ser las de promover “la protección eficiente” y la “armonización” de las leyes de propiedad intelectual, sino que deben acoger formalmente las nociones de equilibrio, adecuación y estimulación de los modelos competitivos y colaborativos de actividad creadora dentro de los sistemas de innovación nacionales, regionales y transnacionales.

La propuesta para elaborar una agenda de desarrollo ha creado la primera oportunidad real para debatir el futuro de la OMPI. No solamente es una agenda para los países en vías de desarrollo. Es una agenda para todos, Norte y Sur. Debe ir hacia adelante. Todas las naciones y personas deben unirse y expandir el debate sobre el futuro

de la OMPI.

Debe haber una moratoria sobre nuevos tratados y la armonización de estándares que expanden y refuerzan los monopolios y que luego restringen el acceso al conocimiento. Por generaciones la OMPI ha respondido primordialmente a las estrechas preocupaciones de poderosas editoriales, empresas farmacéuticas, productores de

vegetales y otros intereses comerciales. Recientemente la OMPI se ha vuelto más abierta a la sociedad civil y a los grupos de interés público, y dicha apertura es bienvenida. Pero la OMPI debe ahora abordar

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):

„PATENTED NEW WORLD” – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

las preocupaciones substantivas de estos grupos, tales como la protección de los derechos del consumidor y los derechos humanos. Se debe dar prioridad entonces a las largamente desatendidas preocupaciones por los pobres, enfermos, discapacitados visuales, entre otros.

La agenda de desarrollo propuesta apunta a la dirección correcta. Al detener sus esfuerzos por adoptar nuevos tratados sobre leyes de patentes substantivas, derechos de los que producen medios y bases de datos, la OMPI creará un espacio para atender necesidades muchísimo más urgentes.

Las propuestas para la creación de comités permanentes y grupos de trabajo en transferencia de tecnología y desarrollo son bienvenidas. La OMPI debería además considerar la creación de uno o más cuerpos que sistemáticamente se ocupen del control de prácticas no competitivas y de la protección de los derechos del consumidor.

Apoyamos el llamado a un Tratado para el Acceso al Conocimiento y la Tecnología. El Comité Permanente de Patentes y el Comité Permanente de Derechos de Autor y Derechos Conexos deben solicitar las opiniones de los países miembros y del público respecto a los elementos de dicho tratado. Los programas de asistencia técnica de la OMPI deben ser fundamentalmente reformados. Los países en vías de desarrollo deben tener herramientas para implementar la Declaración de Doha de la OMC sobre Aspectos de los Derechos de Propiedad Intelectual relacionados con el Comercio (ADPIC) y Salud Pública, y "usar al máximo" las flexibilidades de los ADPIC para "promover el acceso a las medicinas para todos". La OMPI debe ayudar a los países en vías de desarrollo a abordar las limitaciones y excepciones en las leyes de patentes y derechos de autor que son esenciales para la equidad, el desarrollo y la innovación. Si la Secretaría de la OMPI no puede entender las preocupaciones y representar los intereses de los pobres, el programa de asistencia técnica debe ser trasladado, en su totalidad, a un cuerpo independiente que sea responsable ante los países en vías de desarrollo.

Las enormes diferencias en la capacidad de negociación conducen a resultados injustos entre individuos y comunidades creativas (tanto modernas como tradicionales) y las entidades comerciales que venden cultura y conocimiento como bienes. La OMPI debe honrar y apoyar a los individuos y comunidades creativas investigando la naturaleza de prácticas comerciales injustas, y promover modelos de buenas prácticas y reformas que protejan a los individuos y comunidades creativas en esas situaciones, consistentes con las normas de las comunidades pertinentes.

Se le ha pedido a las delegaciones que representan a los Estados miembros de la OMPI y a la Secretaría de la OMPI que escojan un futuro. Queremos un cambio en la dirección, nuevas prioridades y mejores resultados para la humanidad. No podemos esperar a que esto suceda en la siguiente generación. Es tiempo de tomar al toro por las astas y avanzar.

Acordo União Européia-Mercosul: lucro para poucos, ameaça para a maioria

Declaração dos movimentos e organizações sociais do Mercosul

30 de setembro de 2004

Publicada em: 01/10/2004 às 19:16

www.Rebrip

Resumo

Enquanto as negociações da ALCA (Área de Livre Comércio das Américas) seguem em compasso de espera em relação às eleições nos Estados Unidos, os governos dos países do Mercosul, negociam a toque de caixa um acordo também nocivo para a região só que com a União Européia (UE). A pressão é grande entre os negociadores porque o prazo para a conclusão do acordo termina em 31 de outubro - é nesta data que os representantes da Comissão Européia serão trocados e, caso o acordo não esteja concluído, o processo negociador terá que ser reiniciado.

As organizações e movimentos da região que fazemos a Campanha Contra a ALCA no Cone Sul queremos tornar pública e fundamentar nossa oposição a este acordo nocivo com a União Européia, que coloca em jogo nossa soberania, nosso futuro e as possibilidades de fazer avançar uma verdadeira integração sustentável no âmbito sub-regional e com os povos europeus.

Como veremos, em troca de supostos ganhos para alguns poucos setores agroexportadores, nossos governos dos países do Mercosul estão oferecendo a entrega de setores chave de nossas economias à competição desigual com as grandes empresas transnacionais européias, em áreas como bens industriais, pesca e transporte marítimo, seguros, serviços ambientais - inclusive água e saneamento -, serviços financeiros e de telecomunicações, compras governamentais, normas mais restritas de propriedade intelectual que impedirão a transferência de tecnologia e facilitarão a biopirataria e a apropriação indevida do conhecimento associado ao uso da biodiversidade, garantias jurídicas adicionais aos investidores europeus, etc.

Declaramos que esta barganha é absolutamente inaceitável, bem como a total falta de transparência com a qual estão sendo conduzidas as negociações.

Portanto, exigimos dos negociadores e dos governos do Mercosul que:

- não assinem o acordo com a União Européia;
- parem imediatamente as negociações;
- realizem consultas populares e setoriais antes de reiniciar as negociações;
- envolvam os parlamentos nacionais plenamente em todas as etapas das novas negociações, antes da assinatura de qualquer acordo;
- avaliem os impactos sócio-ambientais e econômicos da liberalização ocorrida nas últimas décadas na região.

1. Acesso a mercados em agricultura - a sobrevivência da agricultura familiar e camponesa está em jogo

A maior aposta dos governos do Mercosul está traduzida na tentativa de obter acesso ao mercado europeu para algumas produções agropecuárias e agroindustriais da região (em particular, carnes, soja e etanol). Porém, para que isso ocorra, o acesso aos mercados deve ser uma concessão mútua, ou seja, nós teremos que abrir ainda mais nossos mercados aos produtos processados europeus feitos com matéria prima subsidiada (por exemplo, queijo, chocolate, café solúvel) e que ao ingressar nos nossos países poderão afetar a demanda dos agricultores familiares e camponeses da região.

Um dos casos mais preocupantes nesta área de negociações é o caso do leite, que é considerado produto sensível pelo Mercosul, e tem hoje uma tarifa de impostos de 27% para a entrada do leite europeu no nosso mercado. Entretanto, a lista de exceção para produtos reconhecidamente sensíveis

do Mercosul não está sendo aplicada ao acordo UE-Mercosul. A agricultura familiar/camponesa, por exemplo, no caso do Brasil, é responsável por 82% dos 1,8 milhões de estabelecimentos produtores de leite e por, pelo menos, 80% da produção. Se o acordo fosse assinado hoje, a alíquota de importação do leite, que é de 27% seria reduzida gradualmente a 0% em dez anos, exceto para o leite em pó, o que não excluiria a agricultura familiar e camponesa de sofrer sérios impactos porque haveria significativas reduções tarifárias (cerca de 50%). A importação, que atualmente já é alta, seria desastrosa e afetaria muito os preços nacionais e a vida de milhões de pequenos agricultores. Seguramente mais de um milhão de pequenos agricultores que produzem hoje, ao redor de 30 litros por dia cada um, não estariam em condições de produtividade para competir com os europeus, e iriam à falência, perdendo trabalho e engrossando as filas do êxodo rural. O mesmo se aplica para a produção de cebola, alho, vinhos, pêssegos, entre outros. Todos eles produzidos em pequenas propriedades.

Para além do que este acordo significa em termos de abertura de nossos próprios mercados, a aposta de nossos governos em sustentar esta suposta integração econômica no aumento das exportações de origem agropecuária e agroindustrial supõe dar, a nível nacional e regional, prioridade para a agricultura para exportação, no lugar da agricultura camponesa voltada à satisfação das necessidades alimentares e outras de nossa população. A agricultura para exportação beneficia somente uma ínfima minoria dos agricultores da região (os grandes produtores latifundiários). De fato, toda a cadeia produtiva agroindustrial na região - desde as sementes até os alimentos processados - já está em grande medida transnacionalizada e em mãos de grandes empresas transnacionais, muitas delas de origem européia. Esta priorização da agricultura para exportação ameaça a soberania alimentar de nossos povos, já que corremos o risco, como já ocorre na Argentina, que a produção (de soja) para exportação tome o lugar da produção nacional de alimentos, como o leite para consumo local, ou no Uruguai onde as plantações florestais para exportação estão invadindo zonas tradicionalmente agropecuárias, expulsando em um ou em outro caso os pequenos e médios agricultores que suprem o mercado interno. Também ameaça nossa soberania alimentar, porque a agricultura para exportação é majoritariamente de natureza altamente contaminante do solo, da água e do ar e se baseia no princípio da uniformidade, no lugar na rica diversidade da agricultura camponesa. Estes aspectos ambientais e sanitários se verão ainda mais agravados com a proliferação de cultivos transgênicos para exportação.

Nas negociações deste capítulo agrícola está claro como são enganosas as supostas ofertas européias em matéria de acesso. No setor de carnes os europeus nos oferecem cotas menores do que já exportamos atualmente, isto é, 116 mil toneladas, quando já exportamos 275 mil toneladas. Como se isso não bastasse, esta cota não é oferecida de uma só vez, mas em etapas ao longo de 10 anos, para os quatro sócios do bloco. Ou seja, mesmo entregando nossos mercados na ilusão de que os europeus vão abrir seu mercado para cotas maiores de exportações agropecuárias, onde temos melhores condições de produção, mesmo aí eles seguem se protegendo, enquanto nossos governos oferecem tudo.

Além disso, a UE ainda propõe um mecanismo que aumenta a tarifa à medida que as exportações vão crescendo. Isto significa que, quanto mais exportarmos, maior será a tarifa. O interesse não é o aumento de exportações, mas a desgravação de cotas, situação que só beneficia quem já exporta carnes para a Europa, que ganhará mais para exportar menos, não havendo real abertura de mercados para novos produtores e nenhuma diferença na quantidade exportada em função do acordo.

A proposta da UE nas negociações vem acompanhada de algumas condicionalidades, que consideramos absurdas: que o Mercosul dê garantias de proteção adicional à propriedade intelectual ligada às indicações geográficas da produção de vinhos, queijos e presuntos - o que poderia levar à proibição do uso de expressões tais como queijo parmesão, roquefort, mortadela, champagne etc, pois estas identificações geográficas já seriam patentes européias - e só conceder as cotas ao longo de dez anos e divididas em duas etapas, dependendo a segunda dos resultados das negociações na Organização Mundial de Comércio (OMC).

2. Ameaças ao direito do Mercosul a ter políticas industriais autônomas

Em bens industriais o Mercosul já aceitou abrir mais de 90% de seu mercado, e os europeus (que abririam 100%) querem que esse percentual chegue também a cem. Essa é uma equação desigual,

pois se analisarmos os itens de nosso intercâmbio comercial com a UE, veremos que os países do Mercosul exportam produtos primários, minerais e manufaturados de baixos preços e importam basicamente bens industriais. Com esta abertura aos bens industriais, o desequilíbrio seria pior.

O último informe da UNCTAD alerta para o fato de que entre 1980 e 2003, apesar do volume de produtos exportados pelos países em desenvolvimento ter crescido fortemente, o poder de compra obtido pelos países com estas exportações cresceu muito menos. Isto se dá porque aumentaram muito mais os preços das mercadorias compradas por estes países e fornecidas pelos países desenvolvidos nos mercados internacionais, tais como máquinas e equipamentos, bens de informática, industrializados de maior grau tecnológico e de pesquisa (medicamentos, por exemplo), que tiveram crescimento de mais de 9% em 2003. E inclusive os produtos manufaturados exportados pelo Brasil, como calçados, têxteis, produtos de aço ou de alumínio também apresentaram "deterioração dos termos de troca", apesar do crescimento de seus volumes.

Esta deterioração dos termos de troca, que se acentuaria com este acordo, implica além de tudo em uma deterioração inaceitável do meio ambiente, uma super-exploração dos recursos naturais e a perpetuação do papel da região na divisão internacional do trabalho como exportadora de matérias primas cada vez mais baratas.

No caso dos automóveis, a indústria de autopeças está denunciando os enormes prejuízos que teria com a abertura proposta, tendo em vista principalmente que boa parte das montadoras instaladas na região são européias e que readequariam suas estratégias de produção de modo a privilegiar o comércio intra-empresas e seus fornecedores europeus. A eliminação das restrições propostas contribuirá para facilitar a circulação de produtos dentro das cadeias produtivas das grandes empresas transnacionais.

3. O acordo transformaria a água, o saneamento ambiental e nosso mar territorial em mercadorias

Nas negociações sobre serviços está em jogo a abertura de setores como telecomunicações, bancos, seguros, "serviços culturais e educacionais", "serviços ambientais" (água, saneamento, e controle da poluição ambiental), serviços postais, construção civil e turismo. Merece menção especial a água, e particularmente o Aquífero Guarani, compartilhado pelos países do Mercosul. Ainda que não faça parte HOJE do que demanda a EU, na medida em que se trata de um acordo aberto a compromissos maiores de liberalização, não cabe a menor dúvida que, uma vez assinado o acordo marco inicial, as grandes transnacionais da água, em sua maioria européias, vão querer ter acesso irrestrito ao Aquífero Guarani.

Nas discussões sobre pesca e navegação de cabotagem, a UE está exercendo pressão para reduzir nosso mar territorial de 200 para 12 milhas; desta forma, os navios com bandeira européia poderiam considerar de sua propriedade tudo o que fosse pescado fora do limite das 12 milhas. Este seria o primeiro passo para a privatização dos mares! Como se não bastasse, o Mercosul está oferecendo aos investidores europeus tratamento igual ao que é concedido aos nossos investidores e empresas.

4. O Mercosul oferece preferência à Europa nas compras do setor público

Nas negociações sobre compras governamentais, o Mercosul está oferecendo preferência aos europeus, em relação a outros países e regiões. Isso significa que depois do acordo assinado, todas as compras públicas federais, acima de certo valor, dariam direito aos europeus de terem preferência internacional na disputa. E, obviamente, em diversas áreas de fornecimento eles podem competir em melhores condições do que nossa indústria e assim disputar os investimentos públicos em infraestrutura, com a perda do potencial de geração de empregos em nossos países que isto significa.

5. O acordo é ilegítimo e nocivo para nossos povos

O mais grave é que há pressão pela aceitação do acordo por parte de alguns setores agropecuários (e de dentro dos governos; por exemplo, no caso brasileiro predominam os interesses representados pelos Ministérios da Agricultura e do Desenvolvimento, Indústria e Comércio) quando sequer se tem

uma avaliação da proposta global européia. A UE diz que está fora de cogitação tratamento assimétrico em setores específicos, como por exemplo o de têxteis. Nos preocupa muito o desequilíbrio dessas negociações e o fato de estar sendo desconsiderado pelos nossos governos um princípio caro que defenderam nas negociações da ALCA, de não aceitarem uma negociação onde as diferenças de desenvolvimento econômico, produtivo e comercial não sejam levadas em conta.

As concessões que vierem a ser feitas neste acordo abrem um precedente, que torna muito difícil não oferecer o mesmo em outros acordos. Isto significa que, tendo feito ofertas tão generosas à UE, o Mercosul terá que partir deste mesmo patamar, ou acima dele, quando houver a retomada das negociações da ALCA. Não há dúvida que o governo dos Estados Unidos reiniciará as negociações com a exigência de que os países do Mercosul sejam tão generosos com os Estados Unidos quanto tem sido com a UE.

Na perspectiva de viabilizar um Mercosul reformulado que sirva a uma estratégia de criação de uma comunidade econômica e política na América do Sul, os termos do acordo hoje em negociação com a UE são inaceitáveis.

Se a nossa diplomacia soube parar as negociações da ALCA porque estavam longe de atender aos anseios e necessidades em relação a um projeto de desenvolvimento sustentado e independente, por que deixam que siga adiante o acordo com os europeus? Esse acordo coloca em risco setores importantes da agricultura familiar, da nossa indústria e serviços, e o emprego de milhões de cidadãos do Mercosul. Para não ganharmos nada? Apenas mais um acordo de livre comércio que aumentará os lucros das transnacionais européias e de poucos setores do agronegócio.

A assinatura do acordo representaria uma imposição não só à próxima Comissão Européia, que será renovada em novembro que vem, como também a um dos Estados membros do Mercosul que elegerá novo presidente no mesmo dia que seria assinado o acordo (31 de outubro, eleições presidenciais no Uruguai). Um fechamento às pressas como o que está sendo pretendido sem dúvidas burlaria a vontade dos povos de ambos lados do Atlântico.

6. Conclusões

Não entendemos e não aceitamos as razões pelas quais os governos e os interesses dos capitais por eles defendidos tenham tanta pressa em celebrar acordos de livre comércio. A própria União Européia nos deu o exemplo de paciência, tendo levado os últimos cinquenta anos construindo seu acordo entre os países europeus, e agora querem nos impor um acordo tão abrangente em tão pouco tempo.

Diante da ameaça de assinatura de um acordo tão nocivo para a grande maioria da sociedade, é crucial que os movimentos sociais que nos mobilizamos contra a ALCA resistamos e pressionemos nossos governos para que:

- não assinem o acordo com a União Européia;
- parem imediatamente as negociações;
- realizem consultas populares e setoriais antes de reiniciar as negociações;
- envolvam os parlamentos nacionais plenamente em todas as etapas das novas negociações, antes da assinatura de qualquer acordo;
- avaliem os impactos sócio-ambientais e econômicos da liberalização ocorrida nas últimas décadas na região.

Assinam:

Argentina

- Autoconvocatoria No ALCA
- Barrios de Pié

Brasil

- ABONG - Associação Brasileira de ONGs
- Campanha Brasileira de Luta contra a ALCA
- CONTAG

- Coordenação de Movimentos Sociais
- CUT - Central Única dos Trabalhadores
- FBOM
- FETRAFSUL
- Jubileu Brasil
- PACS
- REBRIP - Rede Brasileira Pela Integração dos Povos
- Via Campesina Brasil (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra- MST, Movimento dos Pequenos Agricultores- MPA, Movimento das Mulheres Camponesas- MMC, Movimento dos Atingidos por Barragens - MAB, Comissão Pastoral da Terra- CPT)

Paraguai

- Consulta Popular Paraguay
- MCNOC

Uruguai

- Campaña Nacional por la Soberanía y Contra el ALCA

Chile

- Alianza Chilena por un Comercio Justo y Responsable (ACJR)

Peru

- Aliança Social Continental - Capítulo Peruano

Colômbia

- Recalca

Venezuela

- Aliança Social Continental - Capítulo Venezuelano
- Fuerza Bolivariana de Trabajadores
- Unión Nacional de Trabajadores

Equador

- Equarunari - CONAIE

Bolívia

- Movimiento Boliviano de Lucha contra el ALCA

Trinidad e Tobago

- Federation of Independents Trade Unions and NGO's (FITUN) of Trinidad and Tobago

Canadá

- Polaris Institute

Europa

- ATTAC Alemanha
- FDCL - Centro de Investigación y Documentación Chile-América Latina
- Forschungs und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.v. Alemanha
- SOMO (Foundation of Research on Multilateral Companies)-- Amsterdam - Holanda

Redes Continentais

- Aliança Social Continental
- Marcha Mundial de Mulheres
- ALOP
- Consumers International
- OXFAM Internacional

Powered by Socid

Ein zunehmend wichtiger Streitpunkt bi- und multilateraler Freihandelsverhandlungen sind die Auswirkungen der Liberalisierung auf die industrielle Entwicklung peripherer Ökonomien. Vor allem einige fortgeschrittenere Entwicklungsländer aus Lateinamerika und Asien setzen sich in konzertierterer Form als in früheren Jahren für die Erweiterung ihrer industriepolitischen Handlungsspielräume ein, die durch das auf reziproke Liberalisierungsverpflichtungen abzielende internationale Handelsregime immer stärker eingeeengt werden. Diese Bemühungen blieben nicht gänzlich erfolglos. So vereitelte eine breite Koalition aus dem Süden bei der Konferenz der Welthandelsorganisation 2003 in Cancún den Versuch der Europäischen Union, ein globales Investitionsabkommen zu verhandeln, das nach der WTO-Logik auf erleichterten Marktzugang und eben nicht den Schutz der „Infant Industries“ im Süden ausgelegt wäre. Ebenso gehen Entwicklungsländer beim Thema der Industriezölle in Stellung. Sie wehren sich gegen die von Industriestaaten geforderte deutliche Absenkung ihres Außenschutzes gegen Industriegüterimporte, eine Auseinandersetzung, die in der WTO unter dem Stichwort **NAMA** firmiert – **Non-Agricultural Market Access**. Schließlich ergriff eine Gruppe von 14 Regierungen unter Führung Brasiliens und Argentinens die Initiative für eine Entwicklungsagenda bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum WIPO. Ihr Ziel ist eine entwicklungsorientierte Reform der internationalen Normsetzung beim geistigen Eigentum, die durch Beschränkungen von Copyrights und Patenten einen Technologie- und Wissenstransfer in Richtung Süden ermöglichen würde. Diese Initiative richtet sich zugleich gegen die mit dem TRIPS-Abkommen der WTO forcierte Globalisierung des geistigen Eigentumsschutzes nach dem Vorbild des US-amerikanischen und europäischen Patentrechts.

Die auf multilateraler Ebene ausgetragenen Kämpfe im Spannungsfeld „Freihandel versus industrielle Entwicklung“ finden ihre Fortsetzung im Kontext bilateraler und interregionaler Liberalisierungsverhandlungen. Diese Verhandlungsebene verdient weit höhere Aufmerksamkeit als es derzeit der Fall ist. Bilaterale und interregionale Verhandlungen ermöglichen wesentlich tiefere Eingriffe in nationale entwicklungs- und industriepolitische Steuerungen als es im multilateralen Rahmen jemals möglich wäre.

In einem Publikations- und Diskussionsprojekt des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika – FDCL e.V. soll die Diskussion einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden.

Im Mittelpunkt dieser Publikation stehen die möglichen Auswirkungen der interregionalen Liberalisierung auf die industrielle Entwicklung in den vier Mitgliedstaaten des MERCOSUR – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. In drei Beiträgen werden die Debatten aufgegriffen, die auch die multilateralen Verhandlungen zunehmend dominieren: souveräne Steuerung von Investitionen, Zollschutz für Infant Industries sowie entwicklungsorientierte Patentregeln. Auf all diesen Gebieten droht der geplante Freihandelsvertrag mit der EU industriepolitische Handlungsspielräume in den Ländern des MERCOSUR einzuengen.

Der Band erscheint im September 2005 auf Deutsch und Englisch.

Der Beitrag zum TRIPS-Abkommen der WTO Cícero Gontijo kann bereits in einer portugiesischen Fassung auf der Internetseite des FDCL unter „Handel-Entwicklung-Menschenrechte“ eingesehen werden. Im folgenden drucken wir eine Zusammenfassung des Beitrages:

AS TRANSFORMAÇÕES DO SISTEMA DE PATENTES - DA CONVENÇÃO DE PARIS AO ACORDO TRIPS

A posição brasileira - Sumário Executivo

Desde o período da Revolução Industrial, até o final do século XIX, quando se instituiu a Convenção de Paris, o sistema de Propriedade Intelectual tinha três objetivos

1. Recompensar os inventores, de forma a estimular a atividade inventiva;
2. Disseminar as informações técnicas contidas na invenção, para uso futuro;
3. Estimular a produção local do país concedente do monopólio.

Pode-se dizer, pois, que, desde sua origem, uma patente corresponde a um contrato entre o Estado e o inventor, pessoa física ou jurídica, mediante o qual o Estado assegura ao titular o monopólio temporário de produção e comercialização da invenção, exigindo, em contrapartida, o desvendamento integral da invenção realizada e a exploração local da invenção patenteada.

A exigência de exploração local esteve incluída em todas as legislações de países hoje industrializados. A exploração local era considerada o principal objetivo do sistema de patentes, à época em que eles ainda buscavam fomentar sua industrialização. Concediam-se patentes porque se desejava desenvolver recursos naturais, aumentar o número de técnicos e operários qualificados; o propósito era o estabelecimento de uma nova indústria ou de novos métodos para as indústrias existentes. Nos Estados Unidos, a lei de 1886 dispunha que as patentes de estrangeiros deveriam ser exploradas dentro do país. Inglaterra, França e Alemanha tinham a mesma exigência.

Com o passar do tempo e a ampliação de sua participação no comércio mundial, esses países diminuíram a aplicação dessa exigência, embora a maioria tenha mantido alguma disposição sobre a exploração local em suas leis, com exceção dos Estados Unidos.

A Convenção de Paris, firmada em 1883, estabelecia como deveres dos titulares das patentes o desvendamento integral da invenção e, consagrando a experiência histórica dos principais países, a exigência de uso efetivo das patentes.

A Convenção não tenta uniformizar as leis nacionais. Prevê ampla liberdade legislativa para cada país, exigindo apenas paridade de tratamento entre nacionais e estrangeiros e o cumprimento do princípio de prioridade. Quanto às patentes, embora o texto original não o mencione, entende-se seja independente cada uma em relação às outras, concedidas pelo mesmo invento em outros países. A caducidade aparece como instrumento principal de pressão aos titulares para que realizem a exploração local da invenção. Consiste na revogação da patente, por falta de uso efetivo, após um prazo razoável concedido pela lei. A patente cai em domínio público, extingue-se o monopólio, o que permite a qualquer pessoa ou empresa explorar o objeto da invenção.

Nas revisões da Convenção de Paris, ocorridas de 1883 a 1967, observou-se a substituição da caducidade pela licença compulsória e o enfraquecimento da licença compulsória pela exigência de não-exclusividade e remuneração obrigatória.

Com a criação da OMC, aprovou-se o acordo Trips, que reforça os mecanismos de proteção aos direitos dos titulares. O acordo é estruturado em três pontos:

- a definição de regras-padrão mínimas muito elevadas (art. 9 a 40)
- a introdução de mecanismos de aplicação (art. 41 a 61) para os países membros (procedimentos administrativos e judiciais-*enforcement*) e
- a criação de um forte sistema internacional de solução de controvérsias (art. 63 e 64).

Embora os objetivos anunciados em Trips incluam a transferência e a difusão de tecnologia ao lado da promoção da inovação tecnológica (art. 7) e um equilíbrio entre direitos e obrigações, observa-se no corpo do acordo que a quase totalidade das disposições (com exceção do art. 29, 30 e 31) destina-se a ampliar e promover os direitos dos titulares. Nenhuma consideração às diferenças entre países e aos interesses dos consumidores. Todos os setores econômicos passam a ser patenteados, e surgem restrições ao direito de exigir-se o dever de exploração local.

Com Trips, o sistema internacional de patentes torna-se um sistema de reserva de mercado, o que vai muito além do objetivo de recompensar os inventores pelo seu esforço. A produção é centralizada, pela não exigência de exploração local, e os preços tendem a ser similares aos cobrados em dólar nos países mais ricos.

Os Países em Desenvolvimento não têm mais qualquer benefício com o sistema de propriedade intelectual. Sem exploração local garantida, não usam seus insumos nem seus recursos humanos; com isso, não aprendem com as patentes. Com o estabelecimento de preços aproximadamente iguais aos dos demais mercados, seus preços internos se distanciam da renda disponível no país. Nos setores em que não há produtos similares, como Alimentos e Medicamentos, os produtos patenteados tendem a mostrar-se inatingíveis para a maioria dos consumidores e exagerados para os orçamentos públicos.

Nesse contexto, veja-se a situação do Brasil. É signatário original da Convenção de Paris. Recusou-se a firmar a revisão de Estocolmo, de 1967, porque ela acabava, na prática, com o instituto da caducidade. Aderiu a Trips em 1994, mas sua interpretação do texto, no que se refere à possibilidade de exigência de exploração local é diferente da de certos países, como os Estados Unidos. Entende que a leitura conjunta dos art. 27.1 e 2.1 do acordo permite aos países membros considerar a falta de exploração local como um abuso do titular.

Neste momento, o governo brasileiro vem negociando aspectos da propriedade Intelectual em vários foros internacionais.

Com o **Mercosul**, tem um projeto de harmonização de legislação entre os países membros e uma análise de pontos de interesse comum para serem levados a outras negociações. A base do entendimento é que Trips deve ser visto como limite máximo de proteção de direitos dos titulares, evitando-se concessões que sejam vistas como Trips *plus*.

Nos entendimentos que visam a formar a **Alca** (Área de Livre Comércio das Américas), o Brasil busca centralizar as negociações nos temas de acesso a mercados. Em 2003 o Mercosul manifestou seu entendimento de que o tema Propriedade Intelectual deve ser excluído da negociação global, encaminhando-se para um consenso entre as partes no sentido de que ele deve ser tratado preferencialmente na OMC.

Com a **OMC**, o país acompanha os trabalhos de revisão previstos em Trips. Além do disposto no art. 27.3.b, referente à proteção para plantas e animais, que deverá ser objeto de revisão quatro anos após a entrada em vigor do acordo da OMC, a organização já foi requerida a manifestar-se sobre a forma de assegurar aos países mais pobres, com insuficiente ou nenhuma capacidade de fabricação no setor de farmacêutico, solução que lhes permita reduzir os preços de medicamentos para as graves doenças que afligem aqueles países (Declaração de Doha).

São temas de interesse brasileiro a serem propostos oportunamente, para discussão no âmbito de Trips:

1) Exploração Local: uma definição clara de que os Países-Membros podem considerar, em suas legislações, que a produção local dos processos e produtos patenteados é um dever dos titulares de patentes. Seu não cumprimento deve ser considerado como um abuso do titular, como já é previsto nas disposições que tratam da licença compulsória.

2) Definir que a revogação por meio da Caducidade pode ser declarada pela Administração sem necessidade de haver sido concedida, previamente, uma licença compulsória, como meio de fortalecer o dever de exploração local das patentes.

3) Desenvolvimento tecnológico dos países em desenvolvimento. Estabelecer medidas e disposições concretas visando a estimular a transferência de tecnologia e o

aumento da produtividade das empresas licenciadas como meio de ampliar o desenvolvimento tecnológico e econômico dos países em desenvolvimento.

Com a **União Européia**, o tema Propriedade Intelectual foi incluído por iniciativa da delegação Européia. A última reunião entre as duas delegações se deu em março de 2004, em Buenos Aires. Foi o 12º Encontro do Comitê Bi-Regional de Negociações. No relatório de conclusões, na parte referente a IPRs, cada delegação expôs suas prioridades.

Há dois pontos preferenciais por parte da União Européia: a pressão para que o Mercosul venha a firmar e aplicar os novos tratados da OMPI ((Tratado sobre Direito de Autor - WCT e Tratado sobre Interpretações, Execuções e Fonogramas - WPPT), e uma proposta de acordo sobre vinhos (ampliação dos direitos ligados a apelações de origem e indicações geográficas).

Da parte do Mercosul, nota-se o interesse em buscar um equilíbrio adequado entre direitos e obrigações dos titulares, assim como melhorar a capacitação tecnológica dos países receptores. Observa-se uma clara preocupação, por parte do Mercosul, com o fato de que concessões em tratados bilaterais ou regionais na área de Propriedade Intelectual criam um conjunto de precedentes na linha *trips plus* que acabará por confluir para a OMC, onde o país se verá forçado a fazer mais concessões, além daquelas já existentes no acordo.

Embora o governo brasileiro prefira que discussões sobre os IPRs se realizem no âmbito da OMC, as negociações com a União Européia continuam. Seu ritmo vem sendo lento, porque estas negociações esbarram na discussão maior entre as partes sobre subsídios à produção agrícola nos países europeus.

Na **OMPI**, (Organização Mundial da Propriedade Intelectual) uma Agenda para o Desenvolvimento. Esta organização, substancialmente esvaziada com o advento de Trips, no âmbito da OMC, buscou aprofundar-se em programas paralelos de grande relevância. Entre eles, vem coordenando discussões no âmbito do Comitê Permanente do Direito de Patentes (Standing Committee on the Law of Patents - SCP), para estabelecer o texto de um Tratado sobre o Direito Substantivo de Patentes (Substantive Patent Law Treaty – SPLT).

O texto em discussão eleva consideravelmente os padrões de proteção das patentes e cria obrigações que dificilmente poderiam ser cumpridas por países em desenvolvimento. Mais do que isso, a iniciativa tem em mente apenas os direitos dos titulares de patentes, buscando defini-los, ampliá-los e assegurar-lhes aplicação, sem, em nenhum momento, se aprofundar nas necessidades dos países onde se aplicarão tais patentes, particularmente os países em desenvolvimento.

Um grupo de quatorze países, liderado por Brasil e Argentina, apresentou, em agosto de 2004, uma proposta a ser submetida à Assembléia Geral da OMPI, com vistas ao estabelecimento de uma agenda de desenvolvimento para a OMPI.

O documento reclama que a Propriedade Intelectual deveria atuar como instrumento de promoção da inovação tecnológica, mas também de transferência e disseminação de tecnologia. Na prática, entretanto, sua aplicação tem sido desequilibrada, dando-se pouco relevo à necessidade de transferir e disseminar tecnologia.

Para corrigir este desequilíbrio, a proposta requer que a OMPI incorpore a preocupação com o desenvolvimento em todas as suas atividades, com base no reconhecimento das diferenças estruturais que separam os países em desenvolvimento dos países industrializados, em vez de limitar-se a promover a proteção da propriedade intelectual, adotando assim o compromisso de desenvolvimento previsto pela ONU.

Como medidas práticas, pede que o projeto de Tratado Substantivo de Lei de Patentes (SPLT) leve em conta as sugestões oferecidas pelos países em desenvolvimento, como meio de reduzir os custos que teriam em sua implementação. A inclusão da dimensão do desenvolvimento no Comitê Permanente deveria procurar preservar as flexibilidades ligadas ao interesse público, aproveitando o disposto nos art. 7 e 8 do acordo Trips.

Pede, também, que a transferência de tecnologia, considerada um objetivo importante no acordo Trips, seja objeto de trabalho da OMPI, por meio de medidas que assegurem efetiva transferência de tecnologia aos países em desenvolvimento, buscando disseminar, por exemplo, os resultados de pesquisas financiadas por fundos públicos realizadas nos países desenvolvidos.

A Assembléia Geral aceitou a proposta para futuras discussões e realizou uma primeira discussão de 11 a 13 de abril de 2005, na sede da OMPI e decidiu-se realizar mais duas sessões antes do prazo de 30 de julho de 2005, data na qual um relatório final sobre os resultados das discussões deverá ser entregue para apreciação a Assembléia Geral da OMPI, em agosto/setembro de 2005.

O Brasil tem autoridade para fazer essa proposta. Partiu de sua iniciativa, no âmbito da ONU, o estudo denominado "The role of patents in developing countries", que deu origem aos trabalhos de revisão da Convenção, iniciados em 1975, e que tinham por objetivo adequar e flexibilizar os termos da Convenção às condições dos países em desenvolvimento.

O tema deverá, no momento oportuno fazer parte das discussões da OMPI, nas próximas revisões de Trips.

Em conclusão, nesses últimos 150 anos, a Propriedade Intelectual sofreu mudanças constantes e profundas, sempre na direção de confirmar e ampliar os direitos dos titulares, reduzindo-se quase ao desaparecimento a preocupação com os seus deveres. Em nenhum momento histórico buscou-se, com sucesso, um balanceamento rumo ao equilíbrio, que levasse em conta os interesses diretos dos países em desenvolvimento, e dos seus consumidores. (A tentativa de mudar a Convenção de Paris para reservar um tratamento diferenciado aos países em desenvolvimento fracassou, depois de cinco anos de negociação, na conferência de Nairobi, em 1982).

Pior que isso, as transformações ocorridas vieram em prejuízo maior aos países em desenvolvimento. A padronização obrigatória em níveis elevados não levou em consideração que a renda desses países é menor. Que em vários deles as invenções novas não dispõem de similares, o que amplia o efeito do monopólio. Que suas indústrias e centros de pesquisa são limitados em relação aos países desenvolvidos, o que aumenta a cada dia a distância entre eles. E que, sem o direito de exigência de exploração local, o sistema de patentes atua sobre eles como uma pura e simples reserva de mercado.

Está claro que sem a possibilidade de exigência de exploração local, o sistema de patentes não interessa aos países em desenvolvimento. Está claro que, sem flexibilidade, o sistema atua em prejuízo dos países em desenvolvimento. Conceder monopólio por vinte anos sem qualquer contraprestação, apenas para atender o princípio de recompensar os inventores e estimular a promoção da atividade inventiva não é razoável. Conceder reserva de mercado para produtos que só vêm para o país por meio de importações, sem nenhum benefício específico, atenta contra a razoabilidade.

Os próximos anos demonstrarão se um tratado tão desigual quanto Trips, num setor tão sensível quanto o das inovações tecnológicas, e tão importante para os países em desenvolvimento, pode ter longa duração.

Brasília, maio de 2005
Cícero Gontijo



Parlament übergangen

EU-Handelspolitik muss transparenter werden

Das Parlament ist nicht immer ausreichend beteiligt, wenn es um multilaterale Abkommen geht. Oft fehlen den Abgeordneten wichtige Basisinformationen und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Langsam scheint das Bewusstsein hierfür zu wachsen. Ein Blick auf Skandinavien zeigt, wie mehr Transparenz geschaffen werden könnte.

Außenpolitik wird als Regierungsge-
schäft betrachtet. Geht es um genaue
Grenzverläufe in Flüssen oder um Über-
flugsrechte über nationales Territorium,
handeln Regierungen miteinander Pakete
aus. Die nationalen Parlamente können
dann nur das ganze Paket annehmen
oder ablehnen, sie können keinen Einfluss
auf ein- oder zwei Zentimeter mehr oder
weniger nehmen. In diesem Fall muss das
auch so sein, denn sonst wären die Re-
gierungen handlungsunfähig.

Etwas anders stellt sich die Lage aber
dar, wenn es um multilaterale Abkommen
geht, deren Verabschiedung nationale
Gesetzgebung nach sich zieht. Hier, so
sollte man meinen, ist die gesetzgebende
Gewalt, das Parlament, frühzeitig am
Prozess beteiligt. Das dies keineswegs der
Fall ist, bestätigten gerade mehrere Mit-
glieder des Deutschen Bundestags in Ex-
perten-Gesprächen, die für eine Studie
über die Transparenz der EU-Handelspoli-
tik gegenüber dem Deutschen Bundes-
tag, geführt wurden. Nach der gängigen
Praxis werden Fragen der Außenhandels-
politik, also z.B. im Welthandelsabkom-
men WTO, von dem federführenden Mi-
nisterium für Wirtschaft und Arbeit, so
wie die Fragen einer Grenzziehung, als
reines Regierungsgeschäft betrachtet.

Vor ein paar Jahren fiel der Abgeord-
neten Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD) ein
Papier in die Hände. Sie musste kurzfr-
istig für einen erkrankten Berichterstatter
einspringen. Es ging um das Multilaterale
Abkommen für Investitionen MAI (Anm.:
Das MAI ist nie zustande gekommen). In
dem Papier, in dem der damalige WTO-
Direktor Renato Ruggiero zitiert wurde,
hieß es in etwa, dass das MAI so etwas
wie das Grundgesetz für die künftige
Weltwirtschaft sei. Dann folgten ein-
halb Seiten Begründung. Die generelle
Bedeutung dieses Textes und die kurze
Begründung – das passte nicht zusam-

men. Das Parlament sollte sich offensicht-
lich damit nicht näher befassen. Es sollte
einfach mit dem Kopf nicken.

Kompetenz für Abgeordnete

Internationale Handelsabkommen sind
ein komplexes und schwieriges Terrain.
Nur wenige Abgeordnete haben sich bis-
her darin zurecht gefunden und halten ih-
re Kompetenz auf dem aktuellen Stand.
Unterstützung finden Sie wenig. Mit Be-
griffen wie GATS, NAMA oder "Sing-
apur-Themen" lassen sich weder in den
Medien noch zu Hause im Wahlkreis vie-
le Punkte sammeln. Dabei wird in diesen
Abkommen Weltwirtschaftspolitik ge-
macht, deren drastische Veränderungen
auch in Deutschland immer mehr zu
spüren sind, von den Auswirkungen für
die Menschen in den Entwicklungsländer
und auf die Umwelt ganz zu schweigen.
Aber selbst die Führungsspitzen der Frak-
tionen erkennen nur langsam die Bedeu-
tung und stattfindende Debatten werden
vom Parlamentspräsidium erst spät
Abends angesetzt. Da ist kein Journalist
mehr im Reichstagsgebäude zugegen.

Mittlerweile gibt sich das Wirtschafts-
ministerium nicht mehr ganz so zuge-
knöpft. Die zuständigen Beamten berich-
ten in den entsprechenden Ausschüssen,
Rundschreiben werden verfasst und auf
den internationalen Konferenzen gibt es
morgentliche Briefings für alle Delegati-
onsteilnehmer, auch für die mitgereisten
Abgeordneten.

Hin und wieder gibt es auch mal ein
Überangebot an Information, nur die Pro-
tokolle, die sind nicht einzusehen. Das be-
trifft vor allem die Protokolle aus dem so
genannten 133er Ausschuss. Nach Arti-
kel 133 EG-Vertrag wird die handelspoli-
tische Zuständigkeit von den EU-Mit-
gliedsstaaten nach Brüssel verlagert und
fällt somit in den Bereich der Europäi-
schen Union. Im 133er Ausschuss, be-
nannt nach dem Artikel 133, wird die ge-
meinsame Handelspolitik formuliert. Be-
reits im Schlussbericht der Enquete-Kom-
mission Globalisierung der Weltwirtschaft
vom Sommer 2002 heisst es hierzu: "Das
Demokratiedefizit der Gemeinschaft ist in
diesem Bereich besonders augenfällig,
weil nicht nur das Europäische Parlament
angesichts seiner begrenzten Kompeten-
zen, sondern auch die nationalen Parla-
mente von einer echten Kontrolle ausge-
schlossen sind".

Ansonsten ist es dem Engagement und
den Beziehungen der einzelnen Abgeord-
neten überlassen, ob, wann und an wel-
che Informationen sie kommen. Ob Kon-
takte in das Büro des Handelskommissars,
direkte Drähte in die Ministerien oder
Rundschreiben des Thirld World Network,
die Kanäle sind vielfältig.

Vorreiter Skandinavien

Dass dies nicht alles sein muss, bewei-
sen verschiedene skandinavische Länder.
In Dänemark z.B. muss der zentrale par-
lamentarische Ausschuss in Angelegen-
heiten der Europäischen Union, der so
genannte Europaausschuss, regelmäßig
über Ergebnis und zu erwartende Ent-
wicklung im Zusammenhang mit der
WTO informiert werden. Dies gilt auch
für Entwicklungen im 133er-Ausschuss.
Darüber hinaus muss die dänische Re-
gierung den Europaausschuss auch laufend
über die Arbeit in der WTO informieren,
falls dort wesentliche Beschlüsse gefasst
werden müssen. Auch in Finnland hat das
Parlament mehr Einflussmöglichkeiten.
Das finnische Parlament wird über den In-
halt der zu verhandelnden Verträge hin-
reichend informiert und hat die Möglich-
keit, auf die von Finnland verfolgten Ver-
handlungsziele und deren Verwirklichung
Einfluss zu nehmen. Die finnische Re-
gierung ist verpflichtet alle EU-Verhand-
lungen zu Handelsverträgen im Parlament
behandeln zu lassen. Dazu reicht es
schon aus, dass die Regierung von einem
Vorschlag erfährt, der tatsächlich eine
Bindung Finnlands nach sich ziehen
könnte.

Die weitreichender ausgestaltete Ein-
bindung der Parlamente in diesen beiden
Beispielen hat auch damit zu tun, dass
beide Länder später der EU beigetreten
sind und dadurch einen "zeitgemäßen"
Rahmen schaffen konnten. Aber sie zei-
gen deutlich: Eine systematische, an be-
stimmte Formalitäten gebundene Informa-
tionspflicht an den Deutschen Bundestag
wäre möglich, ohne dass die Regierung,
bzw. der EU-Handelskommissar seinen
taktischen Spielraum gänzlich verliert. In
Deutschland besteht hier Nachholbedarf
um die mit der Globalisierung wachsen-
den Demokratie-Defizite auszugleichen.

Ingo Bokermann

Der Autor ist Politikberater und Kampagnentrainer in
Hamburg.

siehe auch:

- <http://ffs.or.at>
- www.Ficpi.org
- www.iprcommission.org
- www.pfz.at
- www.iatp.org
- www.hyipla.org
- www.iccwho.org
- www.southcentre.org
- www.maketradefair.com
- www.ladas.com
- www.tradeobservatory.org
-
- Cícero Contijo, Trips. O acordo de propriedade intelectual No 1; INESC Brasilia 2003 Aktualisierung und Übersetzung des Textes in Deutsch durch das FDCL in Vorbereitung
- WTO: Originaltext auf einzelne Webseiten aufgeteilt, als Word und pdf (http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/27-trips_01_e.htm)
- Deutsch als rtf (<http://www.attac.de/geig/trips.rtf>) (Rich Text Format) und pdf (<http://www.attac.de/geig/trips.pdf>)
- Nadime Keim: Patente behindern Entwicklung in: Global + 1/2202
- Jürgen Maier: Trips – die WTO verhandelt über geistiges Eigentum in: Forum Umwelt & Entwicklung Rundbrief 1/2000
- Michael Fein/Jürgen Reichel: Welthandel, Patente und Menschenrechte. Menschenrechtliche Implikationen des Trips-Abkommens in der WTO; in: epd 20/2000
- Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: TRIPS schützt den Norden; in Nord-Süd Info-Dienst Nr. 83-3
- Jörg Schaaber: Forschung für den Menschen; in: E + Z Jg.46 2005:1
- Zimmermann, Judith, Das intellektuelle Eigentum TRIPs: Profit over People; in brennpunkt dritte welt Nr. 217 * Seite 14 – 15
- Lessmann, Robert, Vom Geschäft mit der Schöpfung ; in Lateinamerika anders Nr. 2 * Seite 23
- El ALCA/TLC: el pez grande come al pez chico; in Forum Solidaridad Peru Nr. 39 * Seite 1 – 19
- Burch, Sally, Derecho a la comunicacion en debate; in alai Nr. 372 * Seite 24 - 25
- Tamayo, Eduardo, Derecho al desarrollo sometido a la dictadura del mercado: in alai Nr. 365 * Seite 9 – 11
- Weber, Jürgen, TRIPS berührt jeden Internationaler Rechtsrahmen schützt geistiges Eigentum epd-Dritte Welt Information * Frankfurt / Main * Seite 1 – 12
- Shiva, Vandana, Biopiraterie Kolonialismus des 21. Jahrhunderts - eine Einführung * Unrast Verlag * Münster * Seite 1 – 156
- Kulesa, Margareta E.
Intellectual Property Rights in the Global Economy (Institute for International Economics)
in Internationale Politik und Gesellschaft Nr. 4 * Seite 444 - 446





Wem gehört die Natur?

Aus der Sicht des UNEP-Chef Klaus Töpfer besteht zwischen dem TRIPS-Abkommen und der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) ein grundlegender Konflikt. Ein Konflikt, der darin besteht, dass Patente auf Leben sich nicht mit den Zielen der CBD vereinbaren lassen.

Dies zumindestens teilte der UNEP Chef in einem Grußwort den Delegierten der Arbeitsgruppe der CBD „für den Zugang und den gerechten Vorteilsausgleich“ zur Eröffnung einer Tagung in Bangkok mit.

Ist es ethisch zulässig, Leben zu patentieren?, und wer hat unter welchen Bedingungen Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen?

Die Interessenlage ist klar, geht es den dominanten Akteuren aus dem Norden im Sinne einer modernen Forschung und Entwicklung und den damit zu erzielenden Gewinnen um den möglichst freien Zugang zu den genetischen Ressourcen und der möglichst exklusiven Nutzung ihrer Forschungsergebnisse, besteht auf der anderen Seite die Forderung, alle genetischen Ressourcen zum Erbe der Menschheit zu erklären und damit im Sinne von Nachhaltigkeit und Artenschutz aus einer marktwirtschaftlichen Betrachtungsweise herauszuhalten.

Während TRIPS davon ausgeht, dass alle pflanzenbezogenen Innovationen (z.B. eine Insektizidresistenz) ausnahmslos mit Industriepatentschutz belegt werden sollte, streben die Entwicklungsländer einen größeren Anteil am Gewinn und an der Kontrolle über die Nutzung ihrer genetischen Ressourcen an. Dabei geht es nicht nur um die überwiegend in den südlichen Ländern liegende biologische Vielfalt (und die bereits in Genbanken und botanischen Gärten gesammelten Ressourcen), sondern vor allem auch das Wissen darum. Bei der Aneignung wird vor allem auf Material zurückgegriffen, dessen Wert bereits durch Nutzung erkannt ist. Daher geht die CBD davon aus, dass indigene Gemeinschaften eine wichtig gesellschaftliche Gruppe in internationalen Abkommen sein müssen und dass ökologische, soziale und ökonomische Aspekte einer gemeinsamer Betrachtung bedürfen.

Umkämpfte Natur: Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation

Joscha Wullweber

aus: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Heft 135, 34. Jg., 2004 (S.9-14)

(....)

Patente und internationale Regime

Die Gentechnik spielt für die Kontrolle über den Verkauf und die Rechte am Saatgut eine besondere Rolle. Denn gentechnisch veränderte Organismen (GM-Organismen) können patentrechtlich geschützt werden. Das Patentrecht ermöglicht dabei einen umfassenderen Schutz als das Züchterrecht der UPOV-Konvention. Seit Anfang der 1980er Jahre wird das Patentrecht international immer weiter auf die Möglichkeit der Patentierung von belebter Natur ausgedehnt. Bereits 1985 wurde in den USA das erste Patent auf eine gentechnisch veränderte Pflanze erteilt und 1988 das erste Patent auf ein Säugetier, die sog. „Krebsmaus“. In Europa verlief diese Patentierungspraxis zögerlicher, da das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) von 1977 noch die Patentierung von Leben ausschloss.

Doch die Entwicklung in den USA erzeugte auch in Europa erheblichen Druck, Patente auf Leben zu ermöglichen. Schließlich wurde 1992 das Patent auf die „Krebsmaus“ vom Europäischen Patentamt und bis 1995 weitere Patente auf Pflanzen und Tiere erteilt. 1998 wurde die EG-Richtlinie 98/44/EG über den Schutz biotechnologischer Erfindungen erlassen. Diese soll Patente auf Pflanzen und Tiere und auch auf menschliche Gene und Teile des menschlichen Körpers ermöglichen. Danach kann „biologisches Material, das mit Hilfe eines technischen Verfahrens aus seiner natürlichen Umgebung isoliert oder hergestellt wird, ... auch dann Gegenstand einer Erfindung sein, wenn es in der Natur schon vorhanden ist“ (Art. 3 Abs. 2 Richtlinie 98/44/EG). Patente können allerdings erst zu einem Machtinstrument werden, wenn sie international anerkannt werden. Doch viele Länder hatten lange kein Patentsystem. Zur Absicherung von Ansprüchen auf geistiges Eigentum mussten also internationale Verträge her - die Kommodifizierung von genetischen Ressourcen musste international reguliert werden. Dies führte zum Aufbau internationaler Regelungssysteme, die eine gewisse Kontinuität und Stabilität des globalen Akkumulationssystems gewähren sollen: Die UPOV-Konvention (1961), die Biodiversitätskonvention (1992), das TRIPs-Abkommen der WTO (1995) und der Internationale Saatgutvertrag (Intern. Treaty) (2001). Jedes dieser internationalen Regime ist Ausdruck der Verdichtung globaler Kräfteverhältnisse zwischen Staaten, transnationalen Konzernen, NGOs und lokalen vernetzten Akteuren wie indigenen Völkern (vgl. Brand 2000: 97).

Diese Abkommen unterstützen den Prozess der *ursprünglichen Akkumulation genetischer Ressourcen*, womit Kloppenburg (1988: 9ff.) zwei Elemente der Regulation von pflanzengenetischen Ressourcen (PGR) benennt. Das eine Element beinhaltet die Sammlung der wichtigsten weltweiten Nutzpflanzen durch verschiedene europäische Forschungs- und Sammlungsreisen. Die Interessen an den globalen PGR bestehen seit vielen Jahrhunderten und besonders die europäischen Staaten haben bereits während der Kolonialzeit begonnen, sich die Kulturpflanzen von verschiedenen Kontinenten anzueignen. Das zweite Element ist die Trennung der landwirtschaftlichen ProduzentInnen von ihrem Produktionsmittel, dem Saatgut. Allerdings war der Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“ von PGR stets mit zwei Problemen konfrontiert. Zum einen waren der Kommerzialisierung des Saatguts Grenzen gesetzt, da die LandwirtInnen die Saat nachbauen konnten: „The reproducibility of the seeds furnishes conditions in which the reproduction of capital is highly problematic“ (Kloppenburg 1988: 38). Gleichzeitig benötigt die Produktion von modernem HochleistungsSaatgut, wie bereits erläutert, einen ständigen Zufluss an neuem genetischen Material. Für diese beiden Probleme mussten separate Lösungsansätze entwickelt werden.

Die Lösung des ersten Problems – der Ablösung der LandwirtInnen von ihrem Produktionsmittel – bestand in dem bereits beschriebenen Prozess der Privatisierung der Züchtung. Von den Regierungen wurde dieser Prozess mit dem Erlass bestimmter Gesetze bestärkt. Anfangs handelte es sich nur um nationale Regelungen. Doch durch das Inkrafttreten der UPOV-Konvention wurden diese international bestätigt. Während das Landwirteprivileg anfangs noch einen wichtigen Stellenwert in der UPOV-Konvention einnahm, wird dessen Bedeutung und damit die Rechte der LandwirtInnen in der UPOV von 1991 stark eingeschränkt. In Deutschland müssen LandwirtInnen seit 1998 *Nachbauggebühren* bezahlen, wenn sie einen Teil ihrer eigenen Ernte wieder aussäen wollen. Gleichzeitig sollen die LandwirtInnen zu einer umfangreichen Auskunft über ihr Anbauverhalten

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):

„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

verpflichtet werden. Die Nachbaugebühren zwingen die LandwirtInnen, durch die entstehenden Mehrkosten letztlich vom Nachbau abzulassen und jedes Jahr neues Saatgut von den Saatgutkonzernen zu kaufen. Seit ihrer Einführung sind über 2500 LandwirtInnen von den Züchtern wegen Nichtzahlung der Nachbaugebühren oder Verletzung der Auskunftspflicht verklagt worden. Deutschland kann gleichzeitig auch als Pilotprojekt angesehen werden. Wenn sich die Nachbaugebühren in Deutschland durchsetzen sollten, können die Konzerne diese Gebühren auf andere Länder, insbesondere auf „3.Welt“-Länder, ausweiten. Die Länder, die in der WTO sind oder in diese wollen, müssen faktisch über kurz oder lang auch die UPOV-Konvention unterzeichnen, da das TRIPs-Abkommen und UPOV aneinander gekoppelt sind. Dies träfe die kleinbäuerliche Subsistenzlandwirtschaft, umso mehr, als dort der Saatgutbereich bisher kaum kommerzialisiert wurde. Mit dem TRIPs-Abkommen wird die Möglichkeit der Patentierung von PGR eröffnet. Es regelt die handelsbezogenen Aspekte geistiger Eigentumsrechte und dient der weltweiten Vereinheitlichung der juristischen Regeln über Rechte an geistigem Eigentum (wie z. B. Patenten). Ziel ist die Schaffung eines weltweiten Systems des Schutzes von geistigem Eigentum. Die WTO als machtvolle internationale Institution mit effektiven Durchsetzungsmechanismen in Form des *dispute settlement mechanism* ist ideal zur Implementierung von Patenten geeignet, da Mitgliedsländer zur Einführung eines den TRIPs-Standards entsprechenden Patentrechts gezwungen werden können, wenn sie nicht hohe Strafzölle bezahlen wollen.

Das zweite Problem der „ursprünglichen Akkumulation“, die ständig benötigte Zufuhr an neuem genetischen Material, verschärfte sich, als südliche Staaten in den 1970er Jahren gegen die gängige Praxis opponierten, dass nördliche Akteure kostenlos auf ihre genetischen Ressourcen zugriffen. Die südlichen Staaten verlangten nach einer Konvention über pflanzengenetische Ressourcen, die diesen Zugriff regeln sollte, woraufhin 1983 das *International Undertaking (IU)* entstand (vgl. Flitner 1998: 152f.). Durch das IU sollten die globalen genetischen Ressourcen *inklusive der durch ZüchterInnen entwickelten Zuchtlinien* als „Erbe der Menschheit“ definiert werden. Doch die Industrieländer waren nicht daran interessiert, dass südliche Akteure Zugang zu „ihrem“ gezüchteten Saatgut erhielten, auch wenn dieses Saatgut zum größten Teil auf der Basis von Ressourcen aus den südlichen Ländern entwickelt worden war. Und auch einige südliche Länder, insbesondere die Megadiversitätsländer, hatten Bedenken, dass das IU die gängige Praxis der kostenlosen Aneignung genetischer Ressourcen fortsetzen würde. So wurde das IU fast 20 Jahre verhandelt und blieb völkerrechtlich unverbindlich, bis Ende 2001 schließlich eine sehr abgeschwächte Version des IUs, der *internationale Saatgutvertrag (IT)*, entstand (vgl. ausführlich Brand/Görg 2003: 94-127).

Die Lösung des Problems, dass TNCs und nördliche Länder den Zugriff auf natürliche Biodiversität benötigen und dass südliche Länder an der Kommerzialisierung beteiligt werden wollen, wurde in einem anderen Abkommen gefunden: Der Biodiversitätskonvention (CBD). TRIPs wie UPOV sind machtvoll und funktionieren nach altbewährten Mustern. Die CBD hingegen ist ein wahrlich postmodernes Abkommen. Sie entstand 1992 und wird als bedeutendes Umweltabkommen gefeiert. Das Ziel der CBD ist die Zusammenführung dreier Anliegen: Der Schutz der Biodiversität, die nachhaltige Nutzung der Komponenten der Biodiversität und die gerechte und ausgeglichene Aufteilung der Gewinne (*benefit-sharing*), die sich aus der Kommerzialisierung der genetischen Ressourcen ergeben. Die Zusammenführung dieser drei Anliegen in einem internationalen Abkommen ist ein historisches Novum und eine kompromisshafte Antwort auf die Auseinandersetzungen um die genetischen Ressourcen. Die CBD verbindet den Gedanken des Schutzes der genetischen Ressourcen mit dem Gedanken ihres Nutzens. Um den Schutz zu gewährleisten, soll den genetischen Ressourcen ein Marktwert zugeordnet werden. Die CBD ist somit kein reines Umweltschutzabkommen, sondern auch ein Abkommen, das die wirtschaftliche Nutzung von und den Zugang zu genetischen Ressourcen regeln soll und deren Inwertsetzung vorantreibt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der genetischen Ressourcen wird dadurch immens erhöht, womit wiederum auch der Schutz dieser Ressourcen erreicht werden soll.

Aus Sicht der Regulationstheorie kann gesagt werden, dass es sich bei der CBD um die institutionelle Verrechtlichung und Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten handelt und dass sich hier verschiedene und auch widersprüchliche Interessen der einzelnen Akteure artikulieren und verdichten. Denn internationale Regime überwinden nicht die Konkurrenz zwischen den einzelnen Staaten und heben auch nicht die bestehenden Machtstrukturen auf, sondern reflektieren diese (vgl. Görg/Brand 2001: 467).

Gentechnik und die zweite Episode der „inneren Landnahme“

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

In den USA und in Kanada sind die Folgen für die GM-Saatgut anbauenden LandwirtInnen bereits sichtbar. Wollen diese z.B. GM-Saatgut von Monsanto anbauen, müssen sie vorher einen Anbauvertrag unterschreiben. Dieser verpflichtet die LandwirtInnen dazu, das Saatgut nur für eine Erntesaison zu verwenden. Auch darf es nicht weiterverkauft oder weitergezüchtet werden. Weiterhin sind sie verpflichtet, ein Pestizid von Monsanto zu verwenden. In den letzten Jahren wurde von der Life Sciences Industrie ein weiterer Schritt gegangen, der die Möglichkeit des Nachbaus einschränkt: Die Entwicklung der „Terminator-Technology“ (ETC 2003a), offiziell - im CBD-Jargon - „Genetic Use Restriction Technologies“ genannt. Diese gentechnologische Methode hat zur Folge, dass das Saatgut steril wird. Während bei Hybridsaatgut wenigstens theoretisch die Wiederaussaat möglich ist, können die „suicide seeds“ nicht ein weiteres Mal ausgesät werden. Bei diesen gentechnisch veränderten Pflanzen ist die Abhängigkeit der LandwirtInnen vom Saatgutzukauf garantiert.

In den letzten Jahren ist es zu einer unkontrollierten Verbreitung von GM-Saatgut gekommen. Beispielsweise ergaben Untersuchungen in den USA, dass die Hälfte der dortigen Mais- und Sojasaatgutproben transgene Gensequenzen enthalten. Bei Raps wurde in allen Proben transgene DNA gefunden. Ein weiteres Beispiel ist Mexiko. Dort wurden Ende 2001 in verschiedenen Regionen Kontaminationen von Maisfeldern festgestellt, obwohl die Einfuhr und der Anbau von GM-Pflanzen in Mexiko verboten sind (vgl. Quist/ Chapela 2001: 543). Die GM-Maissaat hat sich daher wahrscheinlich über den aus den USA importierten Mais ausgebreitet. Es ist nicht abzusehen, was eine Kontamination mit GM-Organismen in einem Ursprungszentrum bestimmter Nutzpflanzen, wie hier dem des Mais, zur Folge hat. Denn es wird angenommen, dass bereits Proben in den Genbanken des *Centro Internacional de Mejoramiento del Maíz y el Trigo (CIMMYT)* selbst kontaminiert sind, was insofern bedeutsam ist, als das CIMMYT die wichtigste Genbank zum Schutz der Maisvarietäten vor Verlust weltweit ist. Ebenfalls von Bedeutung ist, dass die GM-Sequenzen, die sich in die mexikanischen Varietäten eingekreuzt haben, patentiert sind. Das bedeutet, dass, nach Rechtsprechung in Kanada und in den USA, die Pflanzen den Unternehmen gehören, die die gentechnischen Modifikationen vorgenommen haben, in diesem Fall Monsanto und Syngenta. In den USA und in Kanada prozessierte Monsanto erfolgreich gegen mehrere hundert LandwirtInnen, auf deren Feldern GM-Saat von Monsanto gefunden wurde. Bisher wird in Mexiko der US-amerikanischen Rechtsprechung nicht gefolgt. Sobald jedoch LandwirtInnen in Mexiko versuchen werden, diesen Mais in die USA zu exportieren, werden sie mit der dortigen Rechtsprechung konfrontiert und voraussichtlich Lizenzgebühren zahlen müssen. Und über das TRIPs-Abkommen wird diese Rechtsprechung bald in allen Mitgliedsländern, so auch in Mexiko, umgesetzt werden.

(...)

Im Dschungel der internationalen Abkommen: TRIPs, UPOV, CBD und IT im Wettstreit um den "Schutz" der Biodiversität

Joscha Wullweber

in: <http://www.bukoagrar.de>

Es wurde schon viel über Patente und deren negative Auswirkungen auf die Biodiversität geschrieben. Hierbei wird zumeist das TRIPs-Abkommen (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) der Welthandelsorganisation als das schlimmste internationale Abkommen angeprangert und darauf verwiesen, dass UPOV (Internationales Abkommen zum Schutz der Pflanzensorten) wenigstens teilweise eine Alternative im Bezug auf die Patentierung von genetischen Ressourcen (darstelle, besonders aber die CBD (Konvention über die biologische Vielfalt) unterstützenswert sei. Auch der IT (Internationale Vertrag zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft) wird als Alternative gehandelt. In diesem Beitrag sollen die Konfliktlinien zwischen diesen internationalen Regime dargestellt und untersucht werden, inwieweit durch diese ein Schutz der Biodiversität erreicht werden kann.

TRIPs-Abkommen

Das TRIPs-Abkommen wird im Anhang 1C des Abkommens der WTO beschrieben und regelt die handelsbezogenen Aspekte geistiger Eigentumsrechte (IPR). Das TRIPs-Abkommen muss innerhalb bestimmter Fristen in nationales Recht umgesetzt werden und dient der Vereinheitlichung der geistigen Eigentumsrechte in Form von Patenten. Patente sind wichtig für die Inwertsetzung von genetischen Ressourcen. "Inwertsetzung" bedeutet, dass diese in eine Warenform umgewandelt werden und so auf einem (Welt-)Markt gehandelt werden können. Diese Umwandlung ist in vollem Gange, beläuft sich doch inzwischen der globale Markt an Produkten, die auf pflanzengenetische Produkte zurückgehen, auf jährlich etwa 500-800 Milliarden US\$. Ziel ist die Schaffung eines weltweiten Systems eines Rechtsschutzes auf intellektuelles Eigentum. Von besonderem Interesse ist der Art. 27, der die Patentrechte betrifft und erläutert, welche Erfindungen zu schützen sind.

Die UPOV-Vereinbarungen

Das Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) wurde 1961 unterzeichnet und trat 1968 in Kraft. Ziel der UPOV ist es, ZüchterInnen exklusive Eigentumsrechte zuzusprechen. Die UPOV-Vereinbarungen sind dreimal, 1972, 1978 und 1991, geändert worden. Die letzte Änderung von 1991 basierte vor allem auf der immer stärker voranschreitenden Patentierung von genetischen Ressourcen durch die Gentechnik. Nach Art. 14ff. UPOV 91 ist die Zustimmung der ZüchterInnen zur Erzeugung oder Vermehrung, zum Aufbereiten, Lagern, Feilhalten und Vertreiben sowie zum Import und Export von Vermehrungsmaterial ihrer Sorten erforderlich. Allerdings ließ UPOV 78 bezüglich des Saatguts zwei Ausnahmen zu: Zum einen das Landwirteprivileg: Hierdurch wird LandwirtInnen das Recht auf Wiederaussaat von sortenrechtlich geschütztem Saatgut zugestanden. Zum anderen das Züchterprivileg: Es erlaubt den ZüchterInnen geschützte Sorten als Grundlage für neue Sortenzüchtungen zu verwenden, ohne dafür Lizenzgebühren zu zahlen. In UPOV 91 wurde allerdings die generelle Möglichkeit des kostenlosen Nachbaus eingeschränkt und alle gentechnischen veränderte Sorten, fallen nun nicht mehr ohne weiteres unter das Züchterprivileg.

Die CBD

Die CBD geht über die bislang vorhandenen internationalen Umweltabkommen hinaus, da sie nicht gebietsbezogen oder artenspezifisch angelegt ist, sondern die Biodiversität als Ganzes schützen soll. Erstmals werden indigenen Völker und lokale Gemeinschaften als wichtige Akteure benannt (Art. 8j). Art. 15.5 über "prior informed consent" Art. 15.4 über "mutually agreed terms" und Art. 1 über "fair and equitable sharing of benefits" sollen den südlichen Ländern einen Vorteilsausgleich gewähren, wenn es zur Nutzung "ihrer" genetischen Ressourcen kommt. Gleichzeitig wird ein neuer Ansatz vorangetrieben, indem der Gedanke des Schutzes mit dem Gedanken des Nutzens verbunden wurde. Um den Schutz der genetischen Ressourcen zu gewährleisten, soll nach den Regelungen des Übereinkommens den genetischen Ressourcen ein Marktwert zugeordnet werden. Die CBD ist daher kein reines Umweltschutzabkommen, sondern auch ein Abkommen, das die wirtschaftliche Nutzung von und den Zugang zu genetischen Ressourcen regeln soll. Die Idee der CBD ist die Schaffung von Anreizen für eine Inwertsetzung der Biodiversität im Hinblick auf die durch die Bio- und Gentechnologie enorm gestiegene Bedeutung der genetischen Ressourcen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der genetischen Ressourcen wird dadurch immens erhöht, womit wiederum auch der Schutz dieser Ressourcen erreicht werden soll.

Ein wichtiger Punkt ist, dass in der CBD die nationale Souveränität über die biologische Vielfalt völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben wurde (Präambel und Art. 3 CBD). Auch enthält die CBD weitgehende Regelungen bezüglich der Patentierung der genetischen Ressourcen. So wird in Art. 16.2 und 16.5 die Anerkennung eines wirkungsvollen Schutzes geistiger Eigentumsrechte auf die genetischen Ressourcen gefordert und dies zur Voraussetzung für die Weitergabe von Technologien gemacht.

Der International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture (IT)

Im November 2001 wurde der IT innerhalb der FAO verabschiedet. Es handelt sich um bisher völkerrechtlich unverbindliches Vertragswerk, dessen zugrunde liegende Idee die Sicherung der weltweit wichtigsten Kultursorten ist. Die frühere Fassung, das International Undertaking (IU), stammte bereits aus dem Jahr 1983. Der Lösungsansatz besteht in der Deklaration der Kultursorten als "gemeinsames Erbe der Menschheit". Hierin unterscheidet sich das IT also eindeutig von der CBD. Es soll ein Multilaterales System (MS) errichtet werden, das eine Auswahl von Kultursorten enthält, die für die Welternährung eine wichtige Rolle spielen (bisher enthält das MS 35 Nahrungs- und 29 Futtermittelpflanzenarten). Die Pflanzen in dem Multilateralen System sollen nicht patentierbar, sondern frei zugänglich sein, was bedeutet, dass sie frei ausgetauscht und nachgebaut werden dürfen und mit ihnen weitergezüchtet werden kann. Strittig ist allerdings immer noch, ob auf Teile der Pflanzen, also auf Genabschnitte, die aus dem Multilateralen System kommen, Patente angemeldet werden dürfen.

Die Farmers' Rights (FR)

Die Farmers' Rights sind eine von Bauerngemeinschaften aufgestellte Deklaration, die keinen verbindlichen oder völkerrechtlichen Status hat. Die Farmers' Rights sollen ein Gegengewicht zu den geistigen Eigentumsrechten und dem Sortenschutz darstellen. Das wird damit begründet, dass eine neue, von ZüchterInnen entwickelte Sorte, in den meisten Fällen eine Weiterzüchtung ist, die wiederum auf alten Landsorten beruht, die seit Jahrhunderten von BäuerInnen benutzt, bewahrt und weiterentwickelt wurden. Durch die Farmers' Rights soll den BäuerInnen das Recht zugebilligt werden, das gekaufte Saatgut aufzubewahren, nachzubauen, auszutauschen und weiterzuchten zu dürfen. Hieraus folgt eine Einschränkung des geistigen Eigentums an genetischen Ressourcen, wie es von Pharma- und Agrarunternehmen gefordert wird.

Vergleich TRIPs und UPOV

Im Vergleich zum Patentrecht ist das Züchterrecht insgesamt ein wesentlich schwächeres Schutzrecht. Durch die Bezugnahme des Züchterrechts auf die vorliegende Sorte werden alle Eigenschaften dieser Sorte geschützt. Jedoch ist nur die Sorte als Ganzes geschützt. Sobald bestimmte Eigenschaften aus der Sorte herausgelöst und in andere eingekreuzt werden, unterliegen diese Eigenschaften nicht mehr dem Schutzbereich (im Gegensatz zum Patentrecht). In Bezug auf das Saatgut, also dem vermehrungsfähigen Material, sieht die Rechtslage anders aus. Denn das Saatgut ist sowohl Nahrungsmittel durch direkten Anbau, als auch Basis zur Produktion von Nahrungsmitteln durch Rückbehaltung eines Teils der Ernte für die Wiederaussaat (Nachbau) -. Nach dem Patentrecht ist Nachbau verboten, da das Produkt (Saatgut) auch Grundlage zur Herstellung der patentierten Produkte ist. In der UPOV 91 ist das Landwirteprivileg inzwischen soweit eingeschränkt, dass nur noch geringfügige Unterschiede zum Patentrecht existieren. Seit UPOV 91 in das EU-Sortenschutzrecht eingearbeitet worden ist (1994) und schließlich in Deutschland 1997 in das deutsche Sortenschutzgesetz übernommen wurde, ist auch hierzulande der Nachbau verboten bzw. eingeschränkt und es werden Nachbaugebühren verlangt.

CBD als Alternative?

Im Gegensatz zum TRIPs-Abkommen, das von den meisten NGOs abgelehnt oder doch wenigstens stark kritisiert wird, beziehen sich viele NGOs sehr positiv auf die CBD. Nach deren Sicht öffnet die CBD einen Weg zum Schutz alternativer Wissenssysteme und der kreativen Leistungen, die auf ihrer Basis hervorgebracht wurden. Die Regularien des "prior informed consent" sowie des „benefit sharing“ werden als Grundlage einer gerechten Aufteilung der Gewinne aus den genetischen Ressourcen angesehen. Viel zitiert ist auch der Artikel 8j der CBD, da es kein anderes internationales Abkommen von Bedeutung der CBD gibt, das sich positiv und anerkennend über die Rolle indigener Gemeinschaften äußert. Des Weiteren wird positiv hervorgehoben, dass die südlichen Länder

Souveränität über "ihre" Ressourcen erlangen und damit ihr Verhandlungspotential im global Kontext gestärkt würde.

Im Vergleich zum TRIPs-Abkommen ist die CBD sicherlich ein Regime, dass durch eine breite Diskussion vieler verschiedener Akteure und Interessen entstanden ist. Ohne Zweifel sind hier die Interessen der südlichen Regierungen stärker eingeflossen, als dies beim TRIPs-Abkommen bzw. bei den WTO Verhandlungen allgemein der Fall gewesen ist. Und schließlich ist die Benennung von indigenen Akteuren als wichtige gesellschaftliche Gruppe ein echtes Novum für ein internationales Abkommen. Bei dem Lob um die positiven Seiten der CBD werden jedoch häufig kritische Punkte übersehen. Die Souveränität der südlichen Länder über "ihre" genetischen Ressourcen wurde in harten Verhandlungen von diesen Ländern in der CBD durchgesetzt. Doch darf nicht vergessen werden, dass vorher bereits über zehn Jahre lang Verhandlungen um das International Undertaking geführt wurden. In diesen Verhandlungen wurde von den südlichen Ländern gefordert, dass alle genetische Ressourcen zum "Erbe der Menschheit" erklärt würden. Alle bedeutet, dass nicht nur die natürlichen (in-situ) Ressourcen, sondern auch das gesamte, in Genbanken und Botanischen Gärten lagernde Material (ex-situ) der nördlichen Länder bzw. von diesen kontrollierten CGIAR (vgl. Agrar-Info Nr. 117) zum "Erbe der Menschheit" erklärt werden sollten. Denn der größte Teil dieser ex-situ Ressourcen stammte ursprünglich aus dem Süden und auch die Zuchtlinien der sog. Hochleistungspflanzen beruhen alle auf genetischen Ressourcen, die zumindest zum Teil aus dem Süden stammen. Hier blockierten jedoch die Industrieländer, denn "ihr" genetisches Material in Form der modernen Zuchtpflanzen, sollte mitnichten für alle Menschen zur Verfügung stehen. Als klar wurde, dass die Industrieländer "ihre" genetische Ressourcen nicht freigeben würden, reagierten die südlichen Länder und forderten nun ihrerseits in den Verhandlungen um die CBD, dass sie die Souveränität über "ihre" genetische Ressourcen erhalten sollten.

Ebenfalls häufig missachtet wird, dass die südlichen Regierungen selten die Interessen der indigenen Völker vertreten und so die nationale Souveränität über die genetischen Ressourcen in einem Spannungsverhältnis zu dem Art. 8j steht. Die indigenen Völker erfahren zwar eine Anerkennung ihrer Leistungen bezüglich des Schutzes der Biodiversität, allerdings erwachsen ihnen daraus keine Rechte über ihr Territorium oder die sich auf ihrem Gebiet befindenden Ressourcen. So wurden indigene Völker häufig von genau den Regierungen vertrieben und geographisch, politisch und kulturell marginalisiert, die jetzt die Souveränität über diese Biodiversität erhalten. Die Regierungen der südlichen Länder bekommen also das Recht auf die Ausnutzung und auf die Kommerzialisierung von Ressourcen, die auf dem historischen gesellschaftlichen Naturverhältnis der indigenen Völker beruht. In der CBD wird bewusst von indigenen Gemeinschaften und nicht von indigenen Völkern gesprochen, denn Völker hätten viel weitgehendere Rechte auch auf die sie umgebenden Ressourcen.

Häufig übersehen wird weiterhin, dass die CBD das westliche Patentsystem stützt, indem sie den Grundsatz der geistigen Eigentumsrechte nicht in Frage stellt, obwohl diese Form von Rechtsschutz den traditionellen Akteuren nicht zur Verfügung steht. Hierzu merkt Seiler an: "Sie [die CBD] verpflichtet ihre Vertragsparteien - unabhängig von einer WTO-Mitgliedschaft und ohne Übergangsfristen - bei der Umsetzung des von ihr angestrebten Technologietransfers zur Anerkennung eines angemessenen und wirkungsvollen Schutzes der die zu transferierenden Technologien umgebenden Rechte des geistigen Eigentums." Folglich gehen die Bestimmungen der CBD zur Anerkennung von Patenten im Prinzip über die Forderungen des TRIPs-Abkommens hinaus, auch wenn es sich bei der CBD eigentlich nicht um ein Patentabkommen handelt. Bezüglich geistiger Eigentumsrechte scheint es danach auszusehen, dass, wenn das Prinzip des Vorteilsausgleichs angewendet wird, es zur Anwendung von Patenten auf diese genetischen Ressourcen kommen kann. Auch ist die Ausgestaltung des sog. benefit sharing ein äußerst schwieriges Unterfangen, da bisher völlig unklar ist, was denn ein "angemessener" Vorteilsausgleich ist, an wen dieser Vorteilsausgleich transferiert werden soll und ob es ein "angemessenes" und den indigenen Völkern zum Vorteil gereichendes benefit sharing geben kann. Denn diese müssen sich hierbei der marktwirtschaftlichen Logik anpassen, die bislang nicht ihre Logik gewesen ist und das Gefüge und das Zusammenleben der traditionellen Gemeinschaften muss sich dementsprechend unterordnen. Damit findet aber eine Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse dieser Gemeinschaften statt, die bisher deren überleben und deren Umgang mit der Natur bestimmten. Auch in Bezug auf die südlichen Länder ist fraglich, ob sich aus dem Prinzip der nationalen Souveränität eine neue Verhandlungsmacht ausbildet,

oder ob es vielmehr zu einer Angebotskonkurrenz dieser Staaten untereinander in Bezug auf ihre genetischen Ressourcen kommt.

Erbe der Menschheit?

Die Frage ist, ob der International Treaty eine Alternative zu den bisher diskutierten Abkommen darstellt, die sich gegen die Aneignung und Privatisierung von genetischen Ressourcen richtet. Der Ansatz des IT klingt erst einmal vielversprechend. Es wird ein Multilaterales System eingerichtet, in dem die wichtigsten Ernährungspflanzen der Menschheit enthalten sind, die von der Patentierung ausgenommen werden. Abgesehen davon, dass dieser Pool mit gut 60 Pflanzenarten noch relativ klein ist und erweitert werden müsste, scheint der Ansatz in die richtige Richtung zu gehen. Doch auch hier gibt es starke Kritik. Denn bisher sind die Überwachungssysteme, die kontrollieren sollen, dass es letztlich nicht zu Patenten auf Keimplasma aus dem Multilateralen System kommt, völlig unzureichend. Auch können Patente auf einzelne Komponenten oder aus Kreuzungen aus diesem Material erlangt werden, weshalb von KritikerInnen auf die Gefahr des langfristigen Abflusses des genetischen Materials ("grain drain") hingewiesen wird, da der Zugang zu dem Material durch Patente immer weiter eingeschränkt würde (siehe Agrar-Info 117). Selbst bei einer Verbesserung dieser Kritikpunkte wird von Agrawal darauf hingewiesen, dass es generell problematisch ist, die genetische Ressourcen unter ein gemeinsames Erbe der Menschheit zu stellen. Denn dies negiert die ungleichen Machtbeziehungen zwischen Nord und Süd, zwischen transnationalen Unternehmen und indigenen Völkern. Die Life Sciences Unternehmen können auf diesen öffentlichen Pool an genetischen Ressourcen zugreifen, gentechnischen Veränderungen daran durchführen und so von diesen Ressourcen profitieren und sie gleichzeitig patentieren.

Abschlussbemerkungen:

Einfache Lösungen zu präsentieren würde der Komplexität des Themas und Verstrickung mit dem internationalen System und mit machtpolitischen Fragen nicht gerecht werden. Zum Abschluss können höchstens Tendenzen und Ansätze angerissen werden, die mögliche Alternativen zu den bestehenden Strukturen darstellen. In Bezug auf den Schutz und Erhalt der Biodiversität scheint es wichtig zu sein, dass diejenigen Akteure gestärkt werden, denen es zu verdanken ist, dass bisher immer noch ein großer Teil der Biodiversität erhalten wurde. Klassischerweise sind das indigene Völker, aber auch viele BäuerInnen beispielsweise in Europa, die immer noch bestimmte Kultursorten anbauen und durch Nachbau die traditionellen Methoden der Auslese fortführen, ohne die es niemals zu der Breite an Agrobiodiversität gekommen wäre. Fraglich ist, ob dies über Patentierung bzw. die "Durchkapitalisierung" und Aneignung bisher nicht privatisierter Bereiche geschehen kann. Denn es zeigt sich, dass es besonders in den gesellschaftlichen Bereichen oder Kulturen zur Erhaltung von Biodiversität kommt, in denen kollektive Gütern einen besonderen Stellenwert inne haben. In indigenen Gemeinschaften gibt es häufig keine Eigentumstitel an Grund und Boden und auch, wenn bestimmte Parzellen von einzelnen Familien bearbeitet werden, sind Weiden, Wald, Wasser, Luft und Jagdgründe Gemeinschaftseigentum. Ebenso gab es in vielen Regionen Europas traditionell Samentauschbörsen, auf denen die BäuerInnen ihr bestes Saatgut und ihre Erfahrungen bezüglich der Anbaumethoden austauschten. Daher scheint es angebrachter, sich von einer fortschreitenden Kapitalisierung gesellschaftlicher Bereiche abzuwenden und hin zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Bereiche zu gelangen. Hierbei sollten vor allem die schwachen und marginalisierten Akteure gestärkt werden. So müssen indigenen Völker Rechte auf ihre Territorien und über die Ressourcen auf ihrem Gebiet erhalten. Und auch den BäuerInnen in Europa und anderen Teilen der Erde muss über die Anerkennung der Farmer's Rights wieder das Recht auf Nachbau und Weiterzüchtung zugestanden werden. Anzumerken ist allerdings, dass der Verlust an Biodiversität kein zufälliger Prozess ist, sondern fester Bestandteil von Modernisierungsstrategien, die sowohl die Produktionsweise verändert und die traditionellen Lebensformen aufgebrochen, als auch die ökonomischen wie ökologischen Lasten sehr ungleich verteilt hat. Solange sich die kapitalistische Ideologie ungehindert auf alle Lebensbereiche erstreckt, dürfte es schwierig sein, in diesem Kontext Ansätze zu verfolgen, die nicht davon ausgehen, dass im Sinne der "Tragedy of the commons" Natur und Naturgüter nur geschützt werden können, wenn es zu einer Privatisierung dieser Güter kommt.

Ansätze zum Schutz von traditionellem Wissen und zur Verhinderung von Biopiraterie

von Achim Seiler

Der Schutz traditionellen Wissens ist ein spezifisches Problemfeld, dessen Regelung auf internationaler Ebene sowohl durch die Bestimmungen der Konvention über biologische Vielfalt (CBD), des Saatgutvertrages der FAO, wie auch des TRIPS-Abkommens berührt wird. Der Schutz traditioneller Lebensformen und Gebräuche reicht jedoch über den engeren Kontext des Umgangs mit genetischen Ressourcen hinaus und umfasst auch Bemühungen zum Schutz der Lebensgrundlagen der Träger lokaler oder indigener Kenntnisse. Insofern ist die Debatte um eine angemessene Würdigung der Leistungen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen auch zentraler Bestandteil der (innerstaatlichen) Auseinandersetzungen um die Anerkennung der politischen Selbstbestimmung, Fragen der Gerechtigkeit im Zusammenhang mit den Landbesitzsystemen und der Sicherung des Zugangs zu den Lebensgrundlagen der Träger traditioneller Kenntnisse und Gebräuche.

Traditionelles Wissen wurde und wird in den spezifischen Zusammenhängen lokaler Gemeinschaften entwickelt und zum Ausdruck gebracht. Es umfasst Gegenstände, Gebräuche und Kenntnisse im Bereich der Folklore, Religion, der Handwerkskunst, Landwirtschaft, Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge sowie das Wissen um die spezifischen Eigenschaften von Pflanzen und Tieren und dessen Anwendung (z.B. in der Naturstoffmedizin). Dieses Wissen umfasst sowohl immaterielle Bestandteile (Anwendungswissen) wie auch dessen materielle Bezüge (z.B. spezifische Medizinalpflanzen) und sichert die lokalen Lebensgrundlagen traditioneller und indigener Gemeinschaften. So basiert z.B. die medizinische Versorgung eines Großteils der Weltbevölkerung auf dem Zugang bzw. der Anwendung traditioneller Heilmethoden und Erzeugnisse. Auch die

Nahrungsmittelversorgung basiert weiterhin auf dem Wissen lokaler Gemeinschaften um spezifische ökologische Zusammenhänge sowie die entsprechenden Anbausysteme, in denen die bodenständig entwickelten Nutzpflanzen zum Einsatz kommen und für welche sie in langen, generationenübergreifenden Zeiträumen auch entwickelt wurden. Auch

Traditionelles Wissen ist unverzichtbar.

einschlägige UN-Institutionen kommen zu dem Ergebnis, dass die Aufrechterhaltung traditioneller Praktiken sowie die Anwendung entsprechender Kenntnisse für das Überleben speziell der ärmsten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern unverzichtbar ist.

In Kenntnis des Stellenwerts traditioneller Leistungen und Gebräuche bei der

Sicherung der Lebensgrundlagen großer Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern und des nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen, sind in den vergangenen Jahren in gleich mehrere internationale Abkommen einschlägige Bestimmungen aufgenommen worden, die darauf abzielen, traditionelle Wissenssysteme und ihre Produkte, sofern diese für spezifische Problemzusammenhänge von Relevanz sind, zu schützen. Weitere Ansätze zum Schutz dieses Wissens sowie der Verbesserung der Lebensgrundlagen der Träger solcher Kenntnisse wurden und werden z.T. auf nationaler Ebene erarbeitet oder sind bei einschlägigen UN-Organisationen in Vorbereitung – etwa die Entwicklung eines **spezifischen Schutzrechtsinstruments** (*Sui Generis*) zugunsten der Sicherung der intellektuellen Leistungen traditioneller Gemeinschaften vor ungerechtfertigter Entnahme und Aneignung durch Dritte. Der Schutz traditioneller Leistungen und Gebräuche erfolgt also bislang nur bruchstückhaft und nach unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern getrennt, deren Regulierung auf nationaler und/oder internationaler Ebene Gegenstand segmentierter Gesetzeswerke ist. Der Schutz traditioneller und lokaler Wissenssysteme wird neben der nach unterschiedlichen Problemzusammenhängen aufgeteilten Herangehensweise (Biodiversität, Landwirtschaft, Folklore, etc.) darüber hinaus auch noch dadurch erschwert, dass bei der Ausgestaltung einer umfassenden Konzeption zur Sicherung der Leistungen und Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften unterschiedliche und z.T. widersprüchliche Schutzbedürfnisse miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Zum einen sollen traditionelle Leistungen bewahrt und erhalten werden, um die Erosion jahrhundertalter Kenntnisse und das irreversible Verschwinden kultureller Leistungen zu verhindern. Die Bewahrung dieses Wissens dient somit sowohl der Aufrechterhaltung der traditionellen Lebensformen, aber auch wissenschaftlichen und kommerziellen Interessen, welche das geschützte und möglicherweise dokumentierte Wissen für ihre eigenen Zwecke nutzen möchten. Zum andern sollen die Leistungen lokaler und indigener Gemeinschaften vor der ungerechtfertigten Aneignung durch Dritte und der anschließenden Schutzrechtsvergabe geschützt werden. In diesem Zusammenhang spielt auch die Option, Leistungen lokaler oder indigener Gemeinschaften über etablierte oder aber möglicherweise neu zu entwickelnde Instrumente zum Schutz geistiger Leistungen abzusichern, eine zunehmend wichtigere Rolle. Bei einem solchen Ansatz würden also Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums gezielt instrumentalisiert werden, um ungerechtfertigte Ansprüche Dritter an den intellektuellen Leistungen indigener und lokaler Gruppierungen zu blockieren.

Übergeordnete Aspekte des Schutzes und des Zugangs zu den entsprechenden bio-kulturellen Sphären, in denen diese Gemeinschaften besagte Wissenssysteme überhaupt erst entwickelt haben und welche für die Aufrechterhaltung der entsprechenden Leistungen unabdingbar sind, tragen darüber hinaus zu einer weiteren Verschärfung der Problematik bei. Die Bemühungen, im nationalen wie im internationalen Rahmen zu weitreichenden und in sich widerspruchsfreien Regelungen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung zu gelangen, sind somit unlösbar mit übergeordneten Fragen der politischen Selbstbestimmung, der Reform der Landbesitzsysteme sowie der kulturellen Emanzipation ver-

bunden. Diese übergeordneten Bezüge können auch bei der **Umsetzung der Bestimmungen von CBD und dem Internationalen Saatgut-Vertrag der FAO** nicht vollständig ausgeblendet werden, auch wenn deren diesbezügliche Regelungen – in Abhängigkeit von der Zielsetzung des jeweiligen Abkommens – nur den Umgang mit spezifischen Segmenten des traditionellen Wissens zum Gegenstand haben.

CBD

Die Ziele der Konvention über biologische Vielfalt sind die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der gene-

ser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche gebilligt werden:

»Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht ... im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten ihre breitere Anwendung mit Billigung und unter Beteiligung der Träger dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche begünstigen und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern.«

Die 5. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt (COP 5) dehnte diese Regelungen noch aus, indem der Zugang zu traditionellen

Artikel 8j verpflichtet zur Bewahrung und Förderung traditioneller Kenntnisse und Gebräuche.

tischen Ressourcen ergebenden Vorteile. Da die Aufrechterhaltung traditioneller Verfahren in Landwirtschaft und Medizin dazu beiträgt, die auf den Erhalt der biologischen Vielfalt ausgerichtete Zielsetzung der Konvention über biologische Vielfalt zu unterstützen, wurde in Artikel 8j explizit ein Passus in den Vertragstext aufgenommen, welcher die Unterzeichnerstaaten zur Bewahrung und Förderung traditioneller Kenntnisse und Gebräuche verpflichtet. Die breitere Anwendung dieser Kenntnisse, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, soll gefördert werden, muss jedoch unter Beteiligung der Träger die-

Kenntnissen ebenso wie der Zugang zu genetischen Ressourcen schlechthin – zum Gegenstand eines spezifischen Prozederes gemacht wurde, bei welchem die Träger der entsprechenden Kenntnisse zuvor auf informierter Grundlage dem Zugang zu ihren Kenntnissen und Gebräuchen zustimmen müssen:

»Access to traditional knowledge, innovations and practices of indigenous and local communities should be subject to prior informed consent or prior informed approval from the holders of such knowledge, innovations and practices.«

Auf der Grundlage dieser Qualifizierung wird eine zugangssuchende Partei in Zukunft nicht nur die Zustimmung der entsprechenden Regierungsstelle des jeweiligen Vertragsstaates auf der Grundlage des vorherigen, informierten Einverständnisses einholen müssen, sondern auch von den entsprechenden lokalen oder indigenen Gemeinschaften bzw. den von diesen Gemeinschaften beauftragten Vertretern. Die hier prä-

Widerspruchsfreie Regelungen sind unlösbar verbunden mit Fragen der politischen Selbstbestimmung, der Reform der Landbesitzsysteme und der kulturellen Emanzipation.

zisierte Pflicht, beim Zugang zu traditionellen Innovationen und Gebräuchen auch die Zustimmung der Träger dieser Kenntnisse in infor-

en für die rechtliche Absicherung solcher Leistungen über die etablierten Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums nicht mehr erfüllt wer-

Zeitpunkt etablierte rechtliche Beziehungen der betreffenden Vertragspartei zu ihren indigenen Gemeinschaften beachtet werden müssen.

oder immateriellen Leistungen lokaler oder indigener Gemeinschaften technische Aspekte wie die anfallenden Transaktionskosten, der potentielle oder tatsächliche Wert der zur Verfügung gestellten Ressourcen, sowie die Wahrscheinlichkeit der Durchentwicklung eines kommerzialisierbaren Produktes im Vordergrund stehen, können Firmen sich verpflichten, auch Aspekte der übergeordneten Zusammenhänge (po-

Der Verzicht auf »Keimplasma« ist möglich.«

mierter Kenntnis der Sachlage einholen zu müssen, unterliegt allerdings gewissen Einschränkungen.

Zum einen bewegt sich diese Verpflichtung im Rahmen des Geltungsbereichs der CBD und erstreckt sich somit nicht auf Keimplasmapestände, die bereits vor ihrem Inkrafttreten gesammelt und eingelagert worden waren. Gleiches gilt auch für traditionelle Kenntnisse, also immaterielle Leistungen, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt öffentlich zugänglich gemacht wurden. Traditionelle Kenntnisse sind oftmals in allgemein verfügbarer Form – etwa in Publikationen – einem größeren Publikum zugänglich gemacht worden bzw. mittlerweile sogar Bestandteil des Allgemeinwissens geworden. In solchen Fällen besteht formal keine Verpflichtung, auf den vergleichsweise komplikationsfreien Zugriff auf schriftlich dokumentiertes Wissen um spezifische Charaktermerkmale von Pflanzen oder Tieren zu verzichten, wodurch sich die in der CBD festgelegten Bestimmungen mit Blick auf die ursprünglichen Träger dieses Wissens umgehen lassen.

Die schriftliche Dokumentation solcher Leistungen muss darüber hinaus als neuheitszerstörend eingestuft werden, mit der Folge, dass eines der zentralen Kriteri-

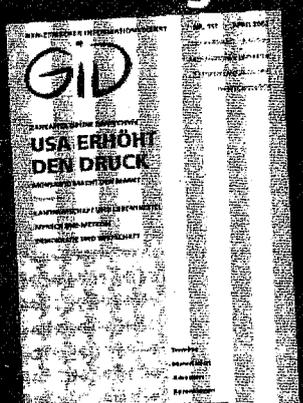
den kann. Schriftlich veröffentlichte Kenntnisse gelten im schutzrechtlichen Sinne als Bestandteil der public domain und können im Prinzip ohne rechtliche Komplikationen oder Einspruchsmöglichkeiten Dritter zu eigenen Zwecken genutzt werden. Darüber hinaus gilt es, zu beachten, dass sich die CBD-Verpflichtungen in Art. 8j bzw. ihre Konkretisierung auf der COP 5 auf die (biodiversitätsrelevanten) Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche solcher eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften beziehen, die noch ihren traditionellen Lebensformen verhaftet sind (embodying traditional lifestyles). Unabhängig davon, dass aus der CBD keine Verpflichtung zur Anwendung ihrer Bestimmungen auf Sachverhalte vor ihrem Inkrafttreten abgeleitet werden kann, erstreckt sich die CBD-Verpflichtung in Art. 8j also auch nicht auf solche traditionellen Kenntnisse oder Tätigkeiten, deren Träger unauffindbar bzw. ausgestorben sind, oder die ihre traditionellen Lebensformen mittlerweile aufgegeben haben. Ferner unterliegt Artikel 8j der weiteren Einschränkung, dass die hier aufgeführten Bestimmungen der nationalen Gesetzgebung unterliegen (... im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften...), mithin also bereits zu einem früheren

Unabhängig von den skizzierten Einschränkungen der Reichweite der in der CBD festgelegten Bestimmungen, haben zugangssuchende Parteien jedoch die Möglichkeit, über die sich für sie ergebenden Verpflichtungen hinaus weitere Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Grauzonenbereiche vermieden werden und die unentgeltliche Aneignung der Leistungen lokaler und traditioneller Gemeinschaften so weit wie möglich verhindert werden kann. Firmen haben die Möglichkeit, auf den Zugriff auf solches Keimplasma zu verzichten, welches in ex-situ-Beständen außerhalb des Geltungsbereichs der CBD eingelagert wurde, welches jedoch das Ergebnis der züchterischen und intellektuellen Leistungen lokaler und indigener Gemeinschaften darstellt. Sie können sich verpflichten, grundsätzlich jeden Zugang bzw. jeden Transfer von Leistungen oder Kenntnissen von lokalen oder indigenen Gemeinschaften im Einklang mit den CBD-Bestimmungen zu honorieren, wobei sowohl während wie auch bereits im Vorfeld vertraglich geregelter Beziehungen die lokalen Gebräuche und Gesetze (customary law) der entsprechenden Gemeinschaften zur Grundlage gemacht werden.

Auch wenn bei der Frage des Zugangs zu materiellen

anzeige

Gentechnologie ist die Antwort
Was aber war die Frage?



SCHNUPPER-ABO FÜR EIN HALBES JAHR NUR 15 €

Probeheft: 3,50 €
 Einzelheft: 6,50 €
 plus Porto

JAHRESABO
 Einzelperson: 42 €
 Organisation: 84 €

GID

Gen-ethischer Informationsdienst
 Brunnstraße 4, 10119 Berlin
 Telefon 030/685 70 73
 Fax 030/684 11 83
gid@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

litische Selbstbestimmung, kulturelle Emanzipation, Landbesitzrechte) zum Gegenstand ihrer Maßnahmen zum fairen Vorteilsausgleich zu machen. Beispielsweise besteht die Möglichkeit, indigenen Gemeinschaften die nötige Rechtsexpertise zu finanzieren, die diese benötigen, um ihre Interessen in einschlägigen Auseinandersetzungen – also auch völlig losgelöst von den vereinbarten Interaktionen im Zusammenhang mit dem engeren Zugangsersuchen – im jeweiligen nationalen Rahmen vor Gericht durchzusetzen.

Darüber hinaus bieten sich vielfältige Möglichkeiten, den Wünschen der Vertreter indigener Gemeinschaften nach konkreten Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensumstände bei der Ausgestaltung der Teilhabemöglichkeiten an den sich aus der Nutzung der zur Verfügung gestellten Leistungen ergebenden Vorteile (benefit sharing) entgegenzukommen. Firmen können sich verpflichten, ihre überlegene Verhandlungsposition gegenüber indigenen und lokalen Gemeinschaften nicht zu instrumentalisieren, sondern sich stattdessen am Aufbau und an der Stärkung der notwendigen technischen und juristischen Fähigkeiten ihrer Partner zu beteiligen (capacity building). In gleicher Weise kann verbindlich davon Abstand genommen werden, Wissen und Gebräuche, welche im Kontext lokaler Zu-

»Capacity building«

sammenhänge einen heiligen Stellenwert haben, zu wissenschaftlichen oder kommerziellen Zwecken zu verwerten.

Firmen können sich in grundlegender Weise dazu verpflichten, über die Beachtung der Bestimmungen der Konvention über biologische Vielfalt hinaus die lokalen Gewohnheitsrechte indigener und traditioneller Gemeinschaften zu respektieren und keine Anstrengungen zu unternehmen, Verpflichtungen, die sich aus dem Regelungsgehalt der CBD oder der Beachtung lokaler Gewohnheitsrechte ergeben, zu umgehen. Dies kann die Bereitschaft einschlie-

ßen, die Ansprüche der Vertreter indigener Gemeinschaften auf Unveräußerlichkeit ihrer intellektuellen Leistungen anzuerkennen und lediglich lizenzartige Nutzungsrechte an den zur Verfügung gestellten Leistungen in Anspruch zu nehmen, die dann zwar kommerziell genutzt und weiterentwickelt werden können, jedoch die Vergabe geistiger Schutzrechte für die durchentwickelten Produkte ausgeschlossen wäre.

Dies gilt selbst für den Fall, dass traditionelle Leistungen – wie oben beschrieben – bereits in den vergangenen Jahrzehnten durch Publikation in allgemeiner Weise zugänglich gemacht worden sind, und somit – im schutzrechtlichen Verständnis – Bestandteile der public domain und damit frei verfügbar geworden sind. Speziell die Tatsache, dass die Leistungen lokaler und traditioneller Gemeinschaften bereits über lange Zeiträume hinweg auf eine Weise dokumentiert und der Öffentlichkeit in westlichen Ländern zur Verfügung gestellt wurde, die es – rechtlich einwandfrei – erlaubt, unter Verweis auf die zerstörte Neuheit den Trägern solcher Kenntnisse den Schutz ihrer Leistungen über etablierte Instrumente des gewerblichen Rechtsschutzes abzusprechen, wird von den Vertretern der Indigenen-Organisationen als ausgesprochen ungerecht empfunden. Sie verweisen auf den westlichen Charakter des Konzepts von public domain und dass sie bei der gutwilligen Zurverfügungstellung ihrer Kenntnisse und Gebräuche in keiner Weise auf die damit verbundenen Implikationen aufmerksam gemacht worden waren. Im Einklang mit den diesbezüglichen Vorschlägen von CEFIC, dem Dachverband von 30 000 europäischen Chemieunternehmen, sollten daher geeignete Ansätze entwickelt werden, traditionelle Gebräuche und Kenntnisse, die durch ihre Dokumentation und Veröffentlichung nach westlichem Verständnis in Allgemeingut übergegangen sind, wieder zu »repatriieren« und somit von neuem der schutzrechtlichen Absicherung zugunsten der Träger dieser Kenntnisse auf der Grundlage eines speziell hierfür entwickelten Instruments Sui Generis zu machen.

In gleicher Weise besteht die Möglichkeit, die in Fachzeitschriften veröffentlichten Beiträge, in denen die traditionellen und lokalen Gebräuche indigener Gemeinschaften beschrieben wurden und welche somit nach westlichem Verständnis allgemein verfügbares Wissen verkörpern, zu Registern traditioneller Gebräuche umzuinterpretieren, in denen lokale Praktiken eben in bereits wissenschaftlich aufbereiteter Form dokumentiert sind. Die Bestandsaufnahme und Dokumentation traditioneller Leistungen spielt darüber hinaus auch generell bei der Ausgestaltung spezifischer Gesetzgebungen (sui generis) zur Sicherung der Gebräuche lokaler und indigener Gemeinschaften wie auch zur Verhinderung ihrer ungerechtfertigten Aneignung durch Dritte eine zentrale Rolle.

Der Internationale Saatgutvertrag der FAO

Ein weiteres Problem, welches näher untersucht werden muss, ist die Abgrenzung zwischen den in der CBD verankerten bzw. der von der CO (Vertragsstaatenkonferenz) gefassten Beschlüsse mit Blick auf den Schutz traditionellen Wissens zu den Bestimmungen des internationalen Saatgutvertrages der FAO. Dieser Vertrag, welcher den uneingeschränkten Zugang zu solchen genetischen Ressourcen zum Ziel hat, die für die Sicherung der Welternährung von unerlässlicher Bedeutung sind, nimmt ebenfalls an mehreren Stellen explizit Bezug auf die traditionellen Leistungen und Errungenschaften lokaler und indigener Gemeinschaften.

So sind die Vertragsparteien etwa in genereller Form verpflichtet, in geeigneter Weise die Bemühungen von Farmer und lokalen Gemeinschaften zu fördern, genetische Ressourcen, die für die Ernährung und Landwirtschaft von Bedeutung sind, unter den vor Ort entwi-

ckelten Bedingungen zu bewahren (**on-farm-conservation**) (art. 5c). In gleicher Weise soll der Schutz wilder Verwandter von Kulturpflanzenarten sowie von Wildpflanzen, die für die Nahrungsmittelversorgung relevant sind, in ihren natürlichen Habitaten (in-situ) gefördert werden, wobei die Bemühungen indigener und lokaler Gemeinschaften unterstützt werden sollen (Art. 5d).

Ferner verpflichten sich die Vertragsparteien, den enormen Beitrag, den lokale und indigene Gemeinschaften und Farmer weltweit für den Erhalt und die Entwicklung von pflanzengenetischen Ressourcen geleistet haben, und die die Grundlage der Agrar- und Nahrungsmittelproduktion darstellen, anzuerkennen (Art. 9.1). Traditionelle Kenntnisse, sofern sie von Bedeutung für pflanzengenetische Ressourcen in der Nahrungsmittel- und Agrarproduktion sind, sollen im jeweiligen nationalen Rahmen und im Einklang mit den jeweiligen Prioritäten und Bedürfnissen geschützt werden. Auf der Grundlage dieser Formulierung, sollen die sogenannten **Farmers Rights** umgesetzt werden, die seit vielen Jahren Gegenstand heftiger internationaler Auseinandersetzungen waren.

*Anerkennung
des Beitrags der
lokalen und indigenen
Gemeinschaft für Erhalt
und Entwicklung
pflanzengenetischer
Ressourcen*

Der konsequente Bezug auf PGRFA's (**Plant Genetic Resources for Food and Agriculture**) macht deutlich, dass hiermit die Leistungen traditioneller Gemeinschaften bei der lokalen und standortangepassten Entwicklung von Land-sorten gemeint ist, die von den jeweiligen Vertragsparteien anerkannt und geschützt werden soll. Diese züchterischen und agrikulturellen Leistungen liegen in molekular verfestigter Form in den traditionellen Landsorten vor und stellen aufgrund ihrer Angepasstheit an die jeweiligen geoklimatischen Bedingungen einen hohen Wert für die weiteren Züchtungsanstrengungen dar. Zwar werden die Landsorten – insbesondere die Wildformen – in aller Regel nicht in direkter Weise bei der Entwicklung von neuen Kulturpflanzenarten verwendet, doch können biotechnologisch arbeitende Unternehmen auf der Grundlage der Gentechnik mittlerweile in direkter Weise Zugriff auf spezifische, gewünschte Eigenschaften (z.B. Resistenzen) bekommen und diese dann gezielt in die jeweiligen Zuchtlinien übertragen, mit denen weitergearbeitet werden soll.

In diesem Zusammenhang ist es von hoher Relevanz, dass sich die Vertrags-

staaten des **International Seed Treaty** verpflichtet haben, alle pflanzengenetischen Ressourcen, die Pflanzenarten betreffen, die im **Annex zum Int. Seed Treaty** aufgeführt sind, und die sich unter der Verwaltung und der Kontrolle der jeweiligen Vertragspartei befinden, zugänglich zu machen, sofern es sich um Bestände handelt, die Gemeingut sind. Darüber hinaus sehen die Bestimmungen vor, natürliche und rechtliche Personen, welche **pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGRFA)** aufbewahren, zu ermutigen, diese den anderen Vertragsparteien im Rahmen des multilateralen Zugangssystems zur Verfügung zu stellen. Diese Regelung zielt in erster Linie auf die privaten Bestände von Züchtungsfirmen und Biotechnikunternehmen, welche ihrer Art nach Bestandteil der im Annex I aufgeführten Liste von Nutzpflanzenarten sind (s. S. 24f.). Private Akteure werden aufgefordert, ihre relevanten ex-situ-Sammlungen, aber auch Zuchtlinien und altes Pflanzmaterial, welches sich möglicherweise nicht in Gemeinbesitz befindet, in das gemeinsame System einzuspeisen und somit allen anderen Vertragsparteien zugänglich zu machen.

Mit Blick auf solche Tätigkeitsfelder lokaler und indigener Gemeinschaften, die aufgrund ihres Landwirtschaftsbezugs unter den Gegenstandsbereich des Internationalen Saatgutvertrags fallen, sind die Vertragsparteien aufgefordert, im nationalen Rahmen durch geeignete rechtliche und Verwaltungsvorschriften dafür Rechnung zu tragen, dass die Bestimmungen zum Schutz der Anstrengungen lokaler und indigener Gemeinschaften im Kontext der Regelung der **Farmers Rights (Art.9)** umgesetzt werden. Die **Farmers Rights**, also das Recht lokaler und indigener (Farmer-)Gemeinschaften, ihr eigenes Saatgut zu bewahren, zu nutzen, zu tauschen und zu verkaufen, an den Vorteilen, die sich aus der Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen ergeben, teilzuhaben, sowie an nationalen Entscheidungsprozessen in Belangen, **die den Schutz und die nachhaltige Nutzung von PGRFA's betreffen**, beteiligt zu werden, stellen eine Form einer auf spezifische Tätigkeitsfel-

Hoodia

Zur Gattung Hoodia gehören etwa 20 Arten der Familie *Asclepiadaceae*, die weit in den Trockengebieten der Alten Welt verbreitet und diesen Gebieten gut angepasst sind. Die Gattung Hoodia ist auf das südliche Afrika beschränkt. Die Pflanzen zeichnen sich durch Stammsukkulenz aus, deren Blätter zu Dornen umgewandelt sind und daher oft fälschlicherweise als Kakteen bezeichnet werden.

Von der Namib bis in die Kalaharigebiete Südafrikas und Botswanas kommt die »Königin der Namib« oder Gordon's Hoodia (*Hoodia gordonii*) vor. Diese Pflanze wird etwa 45 cm hoch, kann aber auch höher als 2 Meter werden und wird seit Jahrtausenden von den Menschen nachhaltig genutzt./ag

der zurechtgeschnittenen Sui Generis-Regelung dar. Da es sich bei den **Farmers Rights** nicht um Rechte des geistigen Eigentums handelt, stellt dieser Ansatz folglich eine **Non-IP-Sui Generis-Regelung** dar.

Umsetzung der Farmer's Rights.

Das auf Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche zum Schutz **geistigen Eigentums (IP)** gerichtete Element dieses **PGRFA-bezogenen Sui Generis-Ansatzes (Farmers Rights)** findet sich in einem anderen Abschnitt des **Internationalen Saatgutvertrages**. Art. 12.3(d) sieht vor, dass keine zugangsbeschränkenden, geistige Eigentums- oder sonstige Rechte vergeben werden sollen für Material, welches in das gemeinsame System eingespeist wurde (alles Nutzpflanzenkeimplasma, welches den Arten der Liste entspricht und sich in public domain befindet) und von dort entnommen wurde. Dies gilt auch für Bestandteile, die den entsprechenden pflanzen-genetischen Ressourcen (in der zur Verfügung gestellten Form) entnommen wurden. Auch sie sollen nicht mit zugangsbeschränkenden Rechten belegt werden können

(Art. 12.3.d).

»Recipients shall not claim any intellectual property or other right that limit the facilitated access to the plant genetic resources for food and agriculture, or their genetic parts or components, in the form received from the multilateral system«

Sofern dieser Passus in der Patenterteilungspraxis nicht unterlaufen wird, könnte dies bedeuten, dass – unter anderem – die **traditionellen und indigenen Leistungen lokaler und bodenständiger (Farmer)gemeinschaften**, welche in molekular verfestigter Form als Ergebnis bodenständiger züchterischer Leistungen in **spezifischen PGRFS's** vorliegen,

vor der Aneignung und schutzrechtlichen Absicherung durch Dritte gesichert werden können. Materialien, welche in das System eingespeist wurden, können dokumentiert und präzise registriert werden. Eine solche Registrierung kann die oben skizzierte Abwehrfunktion gegenüber unberechtigten Schutzrechtsansprüchen erfüllen. Da die Entnahme von Material aus diesem System auf der

Grundlage von **Standard-MTA's (Materials Transfer Agreement)** erfolgt, deren Bestimmungen auch bei Weitergabe an Dritte oder nachfolgende Parteien zur Voraussetzung gemacht werden kann, könnte sichergestellt werden, dass die widerrechtliche Aneignung von solchen traditionellen Leistungen, die in molekular verfestigter Form vorliegen, und die anschließende Schutzrechtsvergabe verhindert werden.

Der **Saatgutvertrag** enthält darüber hinaus eine **der CBD in Art. 8j** vergleichbare Regelung, indem er den Zugang zu relevanten genetischen Ressourcen, welche zum gegenwärtigen Zeitpunkt wei-

Die Gesetzgebungen zum Schutz der traditionellen Leistungen lokaler und indigener Gemeinschaften umsetzen.

terentwickelt werden, während der Dauer dieser Weiterentwicklung in das Ermessen der jeweiligen Akteure – in diesem Falle die Farmer – stellt.

Art. 12.3 (e):

»Access to plant genetic resources for food and agriculture under development, including material being developed by farmers, shall be at the discretion of its developer, during the period of its development«

So wie die **CBD** bei der Miteinbeziehung indigener und lokaler Gemeinschaften bei der Verwertung ihres Wissens

die Aufrechterhaltung der traditionellen Gebräuche zur Voraussetzung macht (... embodying traditional lifestyles ...), ist die hier den Farmern übertragene Befugnis, über das Einspeisen ihrer Materialien in das gemeinsame System zu entscheiden, also an Tätigkeiten der aktiven Weiterentwicklung lokaler Landsorten gebunden (... being developed...). Ob traditionelle Leistungen lokaler und indigener Gemeinschaften, die bereits in Form von lokalen Landsorten vorliegen, nun ohne vorherige Zustimmung in das multilaterale System eingespeist werden müssen, hängt darüber hinaus zum einen wesentlich von der Auslegung des Begriffs des Gemeinguts ab, zum andern von der Frage der Schnittstelle zum **Regelungsgehalt der CBD**.

Sui Generis

Mittlerweile sind eine Reihe von Ländern dazu übergegangen, die **CBD-Bestimmungen** in Form von eigens hierzu entwickelten Gesetzge-

bungen zum Schutz der traditionellen Leistungen lokaler und indigener Gemeinschaften umzusetzen. Diese Gesetzgebungen, die z.T. unter Beteiligung der Vertreter der indigenen Gruppen erarbeitet wurden, haben die Sicherung der Lebensformen und der Bestandteile des aktiv genutzten traditionellen Wissens zum Ziel und werden ergänzt um den Aufbau von Datenbanken/Registern, in denen die gegenwärtigen Kenntnisse lokaler und indigener Gemeinschaften (auf freiwilliger Basis) gespeichert werden. Solche Register erfüllen aus der Sicht südlicher Entscheidungsträger einen mehrfachen Zweck.

Zum einen findet eine Bestandsaufnahme des traditionellen Wissens lokaler und indigener Gemeinschaften statt,

die hilft, die Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche solcher Gemeinschaften zu sichern und zu erhalten. Hiermit wird **der Konservierungsauftrag des ersten Teils der Bestimmungen des Artikels 8j umgesetzt**. Insofern dieses registrierte Wissen schließlich der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden kann, wird die organisatorische Grundlage dafür geschaffen, auf der Basis der Kenntnis um Existenz und Charakteristika solcher Kenntnisse in **die von der CBD geforderten Verhandlungen** mit den Trägern dieser Kenntnisse bzw. ihren Repräsentanten einzutreten. Wenn gewährleistet wird, dass die Einspeisung solcher Kenntnisse auf freiwilliger Basis erfolgt, kann sichergestellt werden, dass solche Kenntnisse, welche bislang außerhalb einer spezifischen community noch nicht bekannt sind, auch weiterhin geheimgehalten werden, bzw. nur so viel Informationen in die Datenbank eingespeist werden, dass der innovative Charakter der entsprechenden Kenntnisse nicht unterlaufen wird.

So kann verhindert werden, dass innovatives, mithin über Rechte des geistigen Eigentums schutzfähiges Wissen, zum potentiellen Nachteil der lokalen und indigenen Gemeinschaften auf eine Weise veröffentlicht wird, die die Neuheit dieses Wissens und damit eine zentrale Grundvoraussetzung der Schutzfähigkeit zerstört. Hiervon ist in erster Linie der Schutz der entsprechenden Kenntnisse über Patent- aber auch über den Gebrauchsmusterschutz betroffen, wobei letzterer als besonders geeignet für sogenannte minor inventions gilt, wie sie insbesondere in den Entwicklungsländern, besonders in lokalen Kontexten vorherrschend sind. **Da der Gebrauchsmusterschutz nicht Bestandteil des TRIPS-Abkommens ist**, haben die Entwicklungsländer gerade hier große Spielräume bei der standortgerechten Ausgestaltung dieser Schutzform. Eine durch

Veröffentlichung zerstörte Neuheit würde allerdings die Anwendung dieser Schutzform verhindern.

Der in der internationalen Debatte auf absehbare Zeit wichtigste Aspekt der Einrichtung solcher Datenbanken/Register ist jedoch, dass eine solche Dokumentation es den nationalen Behörden erlaubt, die schutzrechtliche Absicherung von widerrechtlich erworbenem Keimplasma oder Wissen durch Dritte vor Gericht anzufechten. Nationale Regierungen haben – ebenso wie indigene Gruppierungen, wenngleich aus anderen Gründen – ein großes Interesse daran, dass die ihnen in der CBD zugesprochenen Rechte, nämlich die Souveränität über die eigenen genetischen Ressourcen, nicht unterminiert, sondern gestärkt werden. Register und Datenbanken verhindern zwar nicht die

Die Souveränität über die eigenen genetischen Ressourcen sollen gestärkt werden.

widerrechtliche Aneignung traditioneller Innovationen und Gebräuche, stellen jedoch ein wichtiges Hilfsmittel dar, wenn es gilt, Daten über die (Vor)-Existenz (prior art) traditioneller Leistungen nachzuweisen und somit die rechtliche Absicherung von ungerechtfertigt angeeigneten Wissensbestandteilen anzufechten.

Auch der Versuch, die traditionellen Leistungen und Praktiken lokaler und indigener Gemeinschaften über Rechte des geistigen Eigentums vor Akten der Biopiraterie zu schützen, spielt im Rahmen der nationalen Gesetzgebung eine zentrale Rolle. Dies betrifft etwa Modifi-

Die Entwicklungsländer haben große Spielräume bei der standortgerechten Ausgestaltung des Gebrauchsmusterschutzes.

Blühendes Leben

Unterernährung hat gerade für Kinder fatale Folgen. terre des hommes hilft weltweit nicht nur, den akuten Hunger zu stillen, sondern fördert Programme in armen Dörfern, die den Hunger auf Dauer bekämpfen. Bewässerungskanäle, Gewächshäuser oder Kleinkredite für den Kauf von Kühen bringen Milch, Gemüse und Getreide. Informationen erhalten Sie kostenlos. Schicken Sie uns diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes Telefax 0541/70 72 33
Postfach 41 26 eMail terre@t-online.de
49 031 Osnabrück Internet www.tdh.de

 terre des hommes

anzeige

1156 sec 2003

kationen in der Handhabung etablierter Schutzrechtsinstrumente, um auf diese Weise sicherzustellen, dass die Vergabe von Rechten des geistigen Eigentums die Bestimmungen der CBD nicht unterläuft, sondern diese unterstützt. Dies betrifft mit Blick auf den Patentschutz etwa die Offenlegung von Herkunftsangaben der verwendeten biologischen Materialien, sowie den Nachweis, dass der Erwerb und die Nutzung der verwendeten Materialien im Einklang mit den entsprechenden, von der CBD für den Zugang zu traditionellem Wissen vorgesehenen Bestimmungen erfolgte. Register, die möglicherweise Bestandteil einer spezifischen nationalen Gesetzgebung für den Schutz traditioneller Leistungen indigener und lokaler Gemeinschaften sind, dienen in diesem Zusammenhang der Dokumentation solcher Leistungen und können den nationalen Patentämtern zur Abwehr von Biopiraterie zugänglich gemacht werden.

Es werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Fülle von unterschiedlichen Ansätzen entwickelt, welche den beschriebenen Zielsetzungen Rechnung tragen sollen, wobei die Schwerpunktsetzung von Land zu Land verschieden ist. Die inhaltlichen Übergänge zwischen diesen Ansätzen sowie zu den politischen Bemühungen auf grassroot-Ebene, die Interessen lokaler Gemeinschaften national und international aufzuwerten und rechtlich zu verankern, sind fließend. Die weltweit unübersichtliche Fülle von Ansätzen kann grob nach dem folgenden Schema strukturiert werden:

Biopiraterie verhindert, aber ...

Seit Jahrtausenden leben die kleinwüchsigen San (»Buschmänner«) in den Halbwüsten und Trockensavannen, die sich heute in den Territorien Botswanas, Namibias und Südafrikas befinden. Als Sammlerinnen und Jäger nutzen sie ihre Umwelt als Kulturland nachhaltig und erwirtschaften dabei 150% der Lebensmittel, die allgemein für lebensnotwendig angesehen werden; und zwar bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 20 Stunden. Den weitaus größten Teil an Lebensmitteln erwirtschaften die Frauen durch ihre Sammlerinnentätigkeiten; nur einen Bruchteil, der aber hoch geschätzt wird, die Männer durch deren Jagdtätigkeit. Dabei benutzen sie ein Pfeilgift, das sie aus bestimmten Pflanzen gewinnen. Dieses Gift führt erst nach 24 – 48 Stunden zum Tod ihrer Jagdbeute, zu meist große Wiederkäuer wie Oryx oder Kudu.

Ist das Tier getroffen, heißt es, ihm zu folgen; denn Nahrungskonkurrenten, die viel lieber ein angeschossenes als ein gesundes Tier reißen, müssen von der eigenen Jagdbeute ferngehalten werden. Die Jäger folgen dem Tier und ernähren sich derweil von Pflanzen, darunter die *Hoodia*, denn sie nimmt den Jägern das Hungergefühl und stärkt ihre körperlichen Fähigkeiten.

Genau dieser Wirkung wegen rückte die *Hoodia* ins Interesse westlicher Beforschung; denn trotz aller gesundheitlicher Aufklärung führen Überernährung und Bewegungsmangel in den überindustrialisierten Ländern zu zunehmenden gesundheitlichen Problemen. Eine Substanz, die die Folgen einer zwar als »ungesund« erkannten Lebensweise kompensieren könnte, wäre sicher ein riesiges Erfolgsprodukt auf den westlich-kapitalistischen Märkten. Nachdem das Wissen der San andere Kreise erreicht hatte, folgte die übliche, bereits aus dem Kolonialismus bekannte »Arbeitsteilung«:

- Bereits 1996 wurde im südafrikanischen Forschungsbeirat für Wissenschaft und Industrie (Council of Scientific & Industrial Research, CSIR) die Substanz, die das Hungergefühl dämpft, isoliert und unter der Bezeichnung P57 patentiert.
- 1997 vergab CSIR die Lizenz für die Entwicklung und Vermarktung an die britische Firma Phytopharm, die mit der Substanz klinische Tests durchführte, die erfolgversprechend erschienen.
- Phytopharm verkaufte – nach erfolgreichen klinischen Tests – die ausschließlichen Nutzungsrechte über P57 für 20 bis 30 Millionen Dollar an den US-Pharmariesen Pfizer. Der Entwicklung und Vermarktung einer auf San-Wissen beruhenden »Schlankheitspille« schien nichts mehr im Wege zu stehen.
- 2001 erklärte ein Firmenvertreter von Pfizer die San als »ausgestorben« und erhoffte sich wohl damit den problemlosen Abschluss eines Biopiraterie-Feldzuges.

Zwar sind viele Regierungen, vor allem die Botswanas aktiv darum bemüht, die San auszurotten, aber Pfizer hatte sich diesmal noch etwas zu früh gefreut. Dank international arbeitender Nicht-Regierungsorganisationen, die sich vernetzen und Kommunikationsstrukturen zu indigenen Völkern aufgebaut haben, erfuhren die San, wie ihre Wissensgrundlage zu Märkte getragen werden sollte.

Schließlich musste auch Pfizer zur Kenntnis nehmen, daß die San weder ausgerottet noch unfähig waren, ihre Rechte zu erstreiten. Im Rahmen der CDB wurde schließlich ein Vertrag zwischen ihnen und Pfizer geschlossen, der ihnen eine 6%-ige Gewinnbeteiligung aus der Vermarktung der mit riesigen Gewinnerwartungen verbundenen Schlankheitspille zugesteht.

Die Beteiligung Indigener an Gewinnen aus der Vermarktung ihres Wissens und/oder ihrer Produkte erscheint zunächst eine gerechte Alternative gegenüber der reinen Biopiraterie zu sein. Wie und ob diese Gesellschaften aber mit dem plötzlichen »neuen Reichtum« umzugehen vermögen, bleibt abzuwarten. Selbst in Ländern wie dem unsrigen, wo soziale Umwälzungen bisher zumeist noch durch politische Interventionen zumindest abgepuffert worden sind, entstand nicht nur der Begriff, sondern auch die Realität der »Neureichen«, aus denen später die »Besserverdienenden« wurden. Die **Kritische Ökologie** wird diesen Prozess beobachten und Sie über dessen Verlauf weiterhin informieren./ag

Angaben nach:

BARNETT, Antony: *In Africa the Hoodia cactus keeps men alive. Now its secret is stolen to make us thin*; The Observer: Sunday June 17, 2001

BERNDT, Christina: *Lizenzvertrag mit Lendenschurz – Südafrikas Buschmänner erringen einen historischen Sieg: Künftig werden sie an einer Schlankheitspille mitverdienen*; Süddeutsche Zeitung vom 5. Mai 2003

a) Intellectual Property Rights for Communities

Dieser Ansatz versucht, auch für die im TRIPS-Abkommen nicht erfassten, informellen Leistungen lokaler Gemeinschaften, IP-Schutz nach westlichem Muster bereitzustellen, allerdings besteht hierbei die Gefahr, dass sich hierdurch die Verrohstofflichung und Monopolisierung des Lebens umso stärker weltweit etablieren kann.

b) Community Intellectual Rights – Collective Rights

Dieser Ansatz versucht, informelle Leistungen und Innovationen kommunaler Gemeinschaften zu schützen, unabhängig davon, ob es sich um Farmer oder indigene Gemeinschaften handelt. Der Schutz richtet sich gegen die Biopiraterie und hat nicht in erster Linie die Kompatibilität mit den TRIPS-Anforderungen zum Ziel.

c) Modified plant variety protection

Dieser Ansatz orientiert sich an den materiellen Bestimmungen der UPOV-Konvention und versucht, durch entsprechende Modifikationen, die Interessen der eigenen Farmer stärker zu berücksichtigen, etwa durch die Einrichtung eines Farmers Rights Fund oder den Ausschluss traditioneller Landsorten von den Schutzansprüchen.

d) Comprehensive biodiversity legislation

Hier werden die unterschiedlichen Problembereiche, die im Zusammenhang mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung von Biodiversität von Relevanz sind, gebündelt und zu einem konsistenten Ansatz zusammengefasst, der sowohl den Zugang das Problem der biologischen Sicherheit, Fragen geistiger Eigentumsrechte und kommunaler Rechte integriert.

e) Sectoral community rights regime

Dieser Ansatz versucht, Regelungsoptionen für einzelne Segmente der Biodiversität zu entwickeln. Er umfaßt also nicht das gesamte Spektrum der Biodiversität, sondern konzentriert sich schwerpunktmäßig beispielsweise auf die Medizinalpflanzen und die damit verbundenen Wissenssysteme oder aber die Wälder und die hier von indigenen Gemeinschaften gepflegte Vielfalt.

Die Bemühungen der WIPO

Überlegungen, wie die intellektuellen Leistungstraditionen und indigener Gemeinschaften geschützt und ihre illegale Aneignung verhindert werden kann, werden auch bei der **WIPO (World Intellectual Property Organization)**, der für die Verwaltung internationaler Verträge zum Schutz geistigen Eigentums zuständigen Sonderorganisation der UN, ange stellt. Die WIPO konzentriert sich in diesem Zusammenhang auf solche Aspekte des Schutzes traditioneller Leistungen, für welche sie sich auf der Grundlage ihres UN-Mandats zuständig fühlt: immaterielle Leistungen traditioneller Gemeinschaften. Sie untersucht also in erster Linie, inwieweit diese Leistungen entweder über die bereits existierenden Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums abgesichert werden können (Patente, copyrights, trade secrets, etc.), bzw. welcher Schutzbedarf darüber hinaus besteht und welcher Handlungsauftrag sich hieraus für die Weiterentwicklung des IP-Systems, speziell für die Entwicklung eines maßgeschneiderten sui generis Systems ergibt.

In diesem Zusammenhang wurde zunächst einmal versucht, im Rahmen regionaler »Fact Finding Missions« (FFM's), sich Klarheit über die tatsächlichen Wünsche, Sorgen und (Schutz-)Bedürfnisse unterschiedlicher Träger indigener und traditioneller Leistungen zu verschaffen. Diese Bestandsaufnahme erfolgte in den Jahren 1998 und 1999. Die anschließende inhaltliche Auswertung der Forschungsmissionen wurde vonseiten der WIPO der Öffentlichkeit zur Stellungnahme zugänglich gemacht und kann von der WIPO-Homepage abgerufen werden (Draft Report on Fact-Finding Missions on Intellectual Property and Traditional Knowledge; sowie Framing the Intellectual Property Needs and Expectations of Traditional Knowledge Holders).

In diesem Zusammenhang **bezieht die WIPO** zum einen Stellung zu den in den unterschiedlichsten soziokulturellen Kontexten von Vertretern indigener Gemeinschaften geäußerten Sorgen

und Befürchtungen, weist jedoch zum andern darauf hin, dass das Konzept des Schutzes individueller oder kollektiver intellektueller Leistungen als solches den traditionellen Gemeinschaften nicht völlig fremd ist. IP-Schutz hat demzufolge durchaus einen traditionellen Stellenwert im Rahmen lokaler Gewohnheitsrechte und umfasst auch Cluster von Tätigkeiten, die durchaus mit Elementen des westlichen Systems vergleichbar sind – etwa Ausschließlichkeitsbefugnisse und Maßnahmen des Enforcement.

Diese informellen Systeme zum Schutz geistiger Leistungen wurden von den indigenen Völkern auf der Grundlage ihrer lokalen Gewohnheitsrechte (customary laws) entwickelt und umfassen sowohl den Schutz geistiger Leistungen,

Die informellen Systeme zum Schutz geistiger Leistungen wurden von den indigenen Völkern entwickelt.

den Gebrauch und die Weitergabe dieser Leistungen/Produkte, sowie traditionelle Verfahren der Durchsetzung und der Streitschlichtung. Hierbei spielen rituelle und sakrale Elemente eine zentrale Rolle, die auch die Bedingungen für den Gebrauch und die Weitergabe der geschützten intellektuellen Leistungen bestimmen und ihre Verwendungsmöglichkeiten einschränken. Die Regeln für den Umgang bzw. die Weitergabe traditioneller Leistungen ist zwar über klar festgelegte (rituelle) Protokolle kodifiziert, doch liegen diese Regeln nicht in schriftlicher Form vor, sondern haben oftmals den Charakter gemeinsamer Zeremonien. Subjekte dieser traditionellen IP-Schutzrechte können Individuen, Familien, »Häuser« oder »Nationen« sein. Hieraus ergibt sich, dass es nur in bedingtem Maße möglich sein wird, klare Schnittstellen zu den westlichen IP-Schutzsystemen mit ihren Vergabekriterien der Neuheit, der gewerblichen

Anwendbarkeit, sowie der Nicht-Offensichtlichkeit (im Falle von Patenten) zu definieren.

Offen zeigt sich die WIPO bei der schwierigen Frage der definitorischen Abgrenzung des traditionellen Wissens von nicht-traditionellem Wissen nicht-indigener Gemeinschaften mit konventionellen Lebensformen, indem sie die Benennung traditioneller Wissens Elemente den lokalen und indigenen Trägern solcher Kenntnisse überlässt: »...WIPO acknowledges the right of indigenous groups, local communities and other TK holders to decide what constitutes their own knowledge, innovation, cultures and practices, and the ways in which they should be defined.«

Die Überlegungen zum Schutz traditionellen Wissens im Rahmen der WIPO sind eingebettet in die Problemzusammenhänge »Access and Benefit Sharing« mit Blick auf den Umgang mit genetischen Ressourcen, sowie dem Schutz folkloristischer Ausdrucksformen, für welchen die **WIPO bereits vor vielen Jahren zusammen mit der UNESCO** einen Modellgesetzentwurf erarbeitet hat. Konkret konzentriert sich die Arbeit des zuständigen **Intergovernmental Committee on Intellectual Property, Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore** zunächst auf pragmatische Fragen der Dokumentation und Anerkennung von Traditional Knowledge als sog. »prior art« im patentrechtlichen Sinne, um die missbräuchliche Nutzung dieses Schutzinstrumentes zulasten traditioneller Gemeinschaften zu minimieren. Darüber hinaus soll untersucht werden, **inwieweit die etablierten (westlichen) IP-Schutzinstrumente** genutzt werden können, um in abgewandelter Form bzw. in modifizierter Handhabung einen effektiven Beitrag zu leisten zum Schutz geistiger Errungenschaften lokaler und indigener Gemeinschaften. Ein weiterer Bestandteil dieser Überlegungen ist auch die Option, **ein eigens konzipiertes System Sui Generis zu entwickeln**, wobei es dann natürlich darauf ankäme, die Schnittstellen zu den etablierten Schutzrechtsinstrumenten genau zu definieren und die Balance der Interessen des formalen sowie des informellen Innovationssystems genau und fair auszutarieren.

siehe auch:

- www.ip-watch.org
- www.evb.ch
- www.bukoagrار.de
- www.ipr-helpdesk.org
- www.biopiraterie.de
- www.mz.at
- Gaby Weber: Wem gehört die Natur?; in: ILA 234 April 2000
- Uwe Hoering: Wer verdient an Teufelskralle und Hoodia?; in: Zeitschrift Entwicklungspolitik 6/2005
- Jörg Schaaber: Forschung für die Menschheit; in: E+Z Jg. 46. 2005:1
- Jürgen Knirsch: Steit um die Nutzung der genetischen Ressourcen. Entwicklungsländer fordern eine Neuregelung der Eigentumsrechte, in: Kritische Ökologie 17 2+3 2001
- Achim Seiler: Zugangs § Probleme, Das TRIPS-Abkommen und seine möglichen Konsequenzen in der Praxis, in: ILA 234 April 2000
- Achim Seiler: Der Patentierungsausschuß nach Art. 27.3(b) des WTO-Trips-Abkommens; in: Kritische Ökologie 17 2+3 2001
- Bastienne Joerchel: Agromultis gegen Kleinbauern; in: Global+ 3/2001
- Ulrich Brand/Monika Kalcsics (Hrsg.) Wem gehört die Natur, Konflikte um genetische Ressourcen in Lateinamerika; Jahrbuch „Atención!“ des österreichischen Lateinamerika-Institut Bd 5; Brandes & Aspel Frankfurt 2002
- Lessmann, Robert Vom Geschäft mit der Schöpfung; in Lateinamerika anders Nr. 2 * Seite 23 - 24
- Below, Till Leben mit Trips Gernmanipuliertes Saatgut und eine Ausweitung des Patentrechts sollen die Landwirtschaft Lateinamerikas unter die Kontrolle der Agrarkonzerne bringen; in Jungle World Nr. 19 * Seite 18 - 18
- Blessin, Sandra Basmati-Reis: Patent ist "gestohlen" Sandra Blessin von der BUKO Agrar-Koordination über Reispatente, Biopiraterie und das TRIPS-Abkommen; in Welternährung Nr. 1 *
- Un sistema mundial de patentes? El tratado sobre el Derecho Sustantivo de Patentes de la OMPI; in Biodiversidad Nr. 38 * Seite 9 - 13
- Welthandel - Regulierung und Standards Themenschwerpunkt; in entwicklung + ländlicher raum Nr. 1 * Seite 3 - 26
- Leon, Irene Semillas y conocimientos de las mujeres; in alai Nr. 365 * Seite 23 - 24
- Corinna Heineke Lokal gewachsen - global inwertgesetzt Wie das traditionelle Wissen lokaler Gemeinschaften in den Weltmarkt integriert wird; in Seite 1 - 4
- Mayet, Mariam Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsaufteilung Anforderungen an Entwicklungsländer; in Kritische Ökologie Nr. 4 * Seite 27 - 31
- Aaron Fürmetz Zusammenhänge zwischen dem TRIPS-Abkommen und der genetischen Vielfalt unserer
- Iglesias, R. La OMC y los propietarios de la vida Entre el 10 y el 14 de septiembre se ha celebrado en Cancun, Mexico, la Quinta Conferencia Ministerial de la Organizacion Mundial del Comercio; in CNT Nr. 293 * Seite 19 - 19
- Kulturpflanze; in BUKO-Agrar-Dossier Nr. 25 * Seite 70 - 77
- Shiva, Vandana Kapitel 18 Die WTO und die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern: in Mander, Jerry; Goldsmith, Edward (Hg.) Schwarzbuch Globalisierung * Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern * Riemann * München * Seite 305 - 326
- Shiva, Vandana; Biopiraterie Kolonialismus des 21. Jahrhunderts - eine Einführung; * Unrast Verlag * Münster * Seite 1 - 156
- Knirsch, Jürgen Auf dem falschen Trip! Patent, TRIPS und die WTO; in BUKO-Agrar-Info Nr. 100 *
- Nilles, Bernd Patent auf Leben Bedrohung der Ernährungssicherheit; in Food First Nr. 3 * Seite 7
- Koechlin, Florianne Patente auf Lebewesen "Biopiraterie" und die private Kontrolle genetischer Ressourcen; in Deibel, Tobias; Hamm, Brigitte; Brühl, Tanja Die Privatisierung der Weltpolitik * Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess * Dietz * Bonn * Seite 299 - 313



Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005



Research plus statt TRIPS plus: Wissenspolitik für die Pharmaforschung

Die Pharmaforschung gilt als Paradebeispiel, wenn das Zusammenspiel von Forschung, Innovation und Patentschutz erläutert werden soll: Forschung sei teuer, aber notwendig, denn sie führe zu Innovationen und verbessere die öffentliche Gesundheit. Zur Refinanzierung brauche sie den Patentschutz, der den Pharmaunternehmen für bis zu 20 Jahren Monopolpreise gestattet. Pharmaforschung und Entwicklung aber sind sogar zu teuer. Sie sind ineffektiv (hohe Rate an scheiternden Entwicklungen, Überwiegen von „me-too“-Produkten ohne signifikante Wirkungssteigerung, sehr wenige Entwicklungen in bisher vernachlässigten Bereichen, die keine großen Märkte erwarten lassen; das gilt im internationalen Maßstab (neglected diseases), aber auch in Bezug auf zu kleine Patientenpopulationen wie z.B. Kinder) und ineffizient (dem großen Umfang öffentlicher Mittel / Beiträge der Versicherten entspricht kein entsprechender Zuwachs an öffentlicher Gesundheit).

Die Food and Drug Administration (FDA), US Behörde für die Zulassung neuer Medikamente, stellt fest, dass die Entwicklung neuer Medikamente nicht Schritt hält mit dem Tempo der Entwicklung neuer wissenschaftlicher und technischer Entdeckungen und Erfindungen. Als Grund nennt sie die Unfähigkeit, im Rahmen des herrschenden Businessmodells - private Pharmaforschung und Pharmaproduktion, die über die patentgeschützten Monopolpreise refinanziert werden sollen - systematische Lernprozesse einzuleiten. Wo Patente als temporäre Monopole den Markt ausschalten, werden Lernprozesse erschwert. Die FDA schlägt deshalb vor, die vielen Informationen, die bei erfolgreichen, vor allem aber bei scheiternden Pharmaentwicklungen anfallen, öffentlich zugänglich zu machen und für künftige Entwicklungen zu nutzen. US Bundesstaaten kämpfen für die Möglichkeit des Imports preiswerter Generica für Wirkstoffkombinationen, die in den USA noch durch Patente geschützt und deshalb sehr viel teurer sind. Der gemeinsame Ausschuss von Kassenärztlicher Bundesvereinigung und Krankenkassen beschließt, dass der Preis für sogenannte „me-too“ Pharmazeutika in Höhe der Preise für Generica gedeckelt werden soll, obwohl diese Pharmazeutika gültigen Patentschutz haben und Monopolpreise gestatten müßten. Das Gesundheitsministerium bestätigt, dass in diesen Fällen der Patentschutz nicht vor Preisfestlegungen schütze. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat eine „Commission on Intellectual Property Rights, Innovation and Public Health“ eingesetzt, die unter dem Vorsitz von Ruth Dreifuss bis 2006 Vorschläge entwickeln soll „for improvements to the current incentive and funding regimes, including intellectual property rights, designed to stimulate the creation of new medicines and other products, and facilitate access to them“. Die World Intellectual Property Organization (WIPO) hat aufgrund großen Drucks der internationalen Zivilgesellschaft und einer Reihe von Schwellenländern wie Brasilien, Argentinien und Indien auf ihrer jüngsten Generalversammlung beschlossen, sich nicht mehr ausschließlich der Durchsetzung eines einheitlichen IPR-Systems zu widmen, sondern wieder die Frage nach den Zielen dieses Systems zu stellen: die Förderung öffentlicher Güter, insbesondere öffentlicher Gesundheit,

um derentwillen es auch sinnvoll und notwendig sein kann, den Schutz von IPR-Ansprüchen einzuschränken oder gar zu brechen.

Das herrschende Businessmodell legt es hingegen nahe, den Patentschutz weltweit zu verstärken, um Ineffektivität und Ineffizienz auszugleichen. Sah die Doha Declaration noch den flexiblen Umgang mit dem TRIPS Abkommen vor („we affirm that the Agreement can and should be interpreted and implemented in a manner supportive of WTO Member's right to protect public health and, in particular, to promote access to medicines for all“), so haben die bilateralen Verträge, die seitdem zwischen den USA und EU auf der einen und zahlreichen Ländern und Ländergruppen auf der anderen Seite abgeschlossen wurden, diese Flexibilitäten (z.B. die Möglichkeit zur Zwangslizensierung) durch ein strikteres „TRIPS plus“ ausgeschlossen. Dagegen gibt es weltweit Widerstand. Meist wird das TRIPS Agreement pauschal als einseitiges Instrument der Verfestigung ungleicher Ausgangsbedingungen abgelehnt: schließlich „werden 90 Prozent aller Patente in den entwickelten Industrie- und Wissensgesellschaften gehalten“. Aber selbst die, die sich auf die Logik hinter TRIPS und dem IPR Regime einlassen, diskutieren heute Alternativen. Das Ziel der Pharmapatentierung ist die Steigerung der öffentlichen Gesundheit durch Finanzierung aufwendiger Forschung und Entwicklung. Welche Wege können bestritten werden, um diese Ziele zu erreichen und die offensichtlichen Ineffizienzen des IPR Systems zu vermeiden? Hier kommen Modelle der Open Source Pharmaforschung, der effektivitäts- und wettbewerbssteigernden Veröffentlichung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in der Public Domain ins Spiel. So erhofft man sich wirksame und nachhaltige Medikamente von der open source Forschung an unbeabsichtigten und nicht vorausgesehenen Nebenwirkungen. Ebenso wurde durch die FDA die Veröffentlichung abgebrochener Forschungsreihen angeregt und in zahlreichen Erklärungen der forschenden Pharmaindustrie bereits positiv angegriffen.

Andreas Poltermann

Sozialverträgliche Alternativen zum Patentschutz

Michael Stolpe

aus: Weltweiter Patentschutz für pharmazeutische Innovationen:

Gibt es sozialverträgliche Alternativen?

Kieler Arbeitspapier Nr. 1079; 2001

(...)Eine öffentliche Innovationsförderung für die pharmazeutische Industrie, die gleichzeitig den Zugang zu Medikamenten verbessert und die privaten Anreizein Einklang mit den sozialen Anreizen bringt, muss drei Zielsetzungen berücksichtigen, die nicht immer konfliktfrei sind. *Erstens* sind bereits in der Auswahl der zu fördernden Forschungsvorhaben sowohl die erwarteten Nutzen für die Patienten, die deutlich über dem für Medikamente gezahlten Preis liegen können, als auch die Kosten der Obsoleszenz existierender Produkte zu berücksichtigen.

Zweitens sind unnötige parallele Forschungsanstrengungen zu vermeiden, die aus sozialer Sicht knappe Ressourcen verschwenden. Und *drittens* sind dezentral verteilte Informationen über die technologischen Erfolgchancen und den erwarteten Wert von Durchbrüchen in bestimmten Forschungsrichtungen möglichst effizient zu nutzen.

Ein privater Unternehmer wird zwar die Wahrscheinlichkeit des eigenen technischen Erfolgs berücksichtigen, nicht aber seinen Einfluss auf die Erfolgswahrscheinlichkeit anderer. Die Obsoleszenz existierender Produkte wird er nur dann berücksichtigen, wenn es eigene sind, und die

Nutzen der Konsumenten nur insoweit, als sie sich in Zahlungsbereitschaft widerspiegeln. Weil verschiedene Instrumente öffentlicher Innovationsförderung jeweils unterschiedlich in das Innovationsverhalten privater Unternehmen eingreifen, hängt die Auswahl und Dosierung ihres Einsatzes im Einzelfall von der Gewichtung der drei Zielsetzungen ab, wie Wright (1983) in seinem modelltheoretisch gestützten Vergleich der Effizienzeigenschaften des Patentschutzes mit denen einer Ausschreibung von Forschungspreisen und der Vergabe von Forschungsverträgen an einzelne Forscher und Unternehmen gezeigt hat.

Im Gegensatz zu Patenten können Preisausschreibungen und Verträge die Forschungsergebnisse sofort allen Interessierten frei zugänglich machen. Direkte Verträge aber können nach Wright (1983) nur dann das optimale Instrument sein, wenn der öffentliche Geldgeber von Anfang an gut über die gesamtwirtschaftlichen Prioritäten bei technologischen Innovationen sowie über die Kosten und Erfolgsaussichten einzelner Forschungsvorschläge informiert ist. Allerdings können Anreizprobleme entstehen, wenn der öffentliche Geldgeber die tatsächliche Anstrengung zur Erreichung des vereinbarten Forschungszieles im Nachhinein nicht verifizieren kann; denn dann haben die Forscher von Anfang an einen Anreiz, ihre Anstrengung auf private Ziele, beispielsweise ihre akademische Karriere, umzulenken. Eine bessere Anreizsituation ergibt sich, wenn der öffentliche Geldgeber einen Preis ausschreibt, den derjenige Forscher oder dasjenige Unternehmen erhält, dessen Erfindung die vorab festgelegten Ziele als erstes erfüllt. Die Höhe des Preises sollte sich an dem erwarteten sozialen Wert der Erfindungsziele orientieren, im Gegensatz zur Vertragsforschung bräuchte der öffentliche Geldgeber daher keine Informationen über die voraussichtlichen Kosten der Forschung einzuholen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass mehrere unabhängige Forschergruppen parallel auf die ausgeschriebene technologische Zielsetzung hinarbeiten und deshalb ein Teil der noch nicht abgeschlossenen Forschungsanstrengungen obsolet wird, sobald eine Gruppe, ein Unternehmen oder ein einzelner Erfinder den Preis zugesprochen bekommt. Dies ist im Vergleich zu Forschungsverträgen ein Nachteil. Im Vergleich zum Patentschutz weisen sowohl Forschungsverträge als auch Preisausschreibungen einen gravierenden Nachteil auf, wenn die Forscher einen Informationsvorsprung über den wirtschaftlichen Wert möglicher Ergebnisse bei alternativen Forschungsrichtungen besitzen. Die Forscher können zum Beispiel oft besser beurteilen, welche Art von Medikamenten den größten Nutzen bei der Heilung bestimmter Krankheiten erwarten lassen, und welche Forschungsrichtungen zu einem gegebenen Zeitpunkt in technologischer Hinsicht besonders erfolgversprechend sind, wo der erreichte Stand des Wissens einen baldigen Durchbruch erwarten lässt. Es wäre ineffizient, wenn ein öffentlicher Geldgeber dieses dezentral verteilte Spezialwissen bei der Prioritätensetzung seiner Innovationsförderung ungenutzt ließe. Wollte er sich aber das nötige Spezialwissen selbst aneignen, wäre er auf Experten aus der pharmazeutischen Industrie angewiesen und würde somit anfällig für den Einfluss von Lobbyisten, die ihren Informationsvorsprung nutzen, um Gruppeninteressen zu vertreten, die oft nicht mit dem Gemeinwohl eines Landes übereinstimmen, von dem der Menschheit ganz zu schweigen.

Es ist die Vermeidung dieses „regulatory capture“, die den eigentlichen Vorteil des Patentschutzes ausmacht. Wright (1983) argumentiert, dass die Vorteile des Patentschutzes seine spezifischen Nachteile dann überwiegen, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Projekterfolges eher gering, die Angebotselastizität von Forschungstätigkeit aber relativ hoch ist. Bei einer geringen Erfolgswahrscheinlichkeit stellt nämlich die Gefahr der Ressourcenverschwendung im parallelen Wettbewerb der Forscher, den sogenannten Patentrennen, kein so großes Problem dar. Denn in diesem Fall, der den Verhältnissen in der pharmazeutischen Forschung entspricht, bewirkt die parallele Arbeit eines zusätzlichen Forschers einen prozentual sehr viel stärkeren Anstieg der gemeinsamen Erfolgswahrscheinlichkeit aller Forscher, als wenn schon die alleinige Erfolgswahrscheinlichkeit eines einzelnen Forschers groß ist. Nur wenn die variablen Kosten der Forschung wichtiger sind als gleich zu Beginn versunkene Fixkosten, kann allerdings ausgeschlossen werden, dass der beim Eintritt zusätzlicher Wettbewerber in ein Patentrennen größer werdende Anteil vergeblicher Anstrengungen die durchschnittliche Anstrengung aller Wettbewerber sinken lässt (Lee und Wilde 1980).

Dass Patente bei einer geringen Angebotselastizität von Forschungsaktivitäten nicht wünschenswert sind, liegt an dem Problem der Preisverzerrung im geschützten Monopol, das in diesem Fall ein zu großes Gewicht bekäme (vgl. hierzu Machlup 1958). Die Ausschreibung von Preisen ist dann meist erste Wahl. In Forschungsverträgen sieht Wright (1983) die erste Wahl, wenn sowohl die Erfolgswahrscheinlichkeit als auch die Angebotselastizität von Forschungsaktivitäten sehr hoch ist. Denn bei einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit können asymmetrisch verteilte Informationen bezüglich der Kosten der Forschung keine große Rolle spielen. Bei einer sehr hohen

Angebotselastizität ist der Vorteil von Verträgen wichtig, dass sie parallele Forschungsanstrengungen zu ein und demselben Ziel vermeiden.

Kremer (1998) hat nun vorgeschlagen, dass der Staat die beim Patentschutz entstehenden statischen und dynamischen Effizienzeinbußen dadurch vermeidet, dass er Patente mit besonders großen sozialen Erträgen aufkauft und zur allgemeinen Verwendung freigibt. Auf diese Weise würde der Vorteil von Patenten, das dezentrale Wissen über Kosten und Erträge unterschiedlicher Forschungsrichtungen zu nutzen, mit dem Vorteil von Preisausschreibungen verknüpft, die Entlohnung von Erfindern direkt an die geschätzten sozialen Erträge zu koppeln. Weil die sozialen Erträge pharmazeutischer Innovationen oft mehr als zwei- bis dreimal so hoch sind wie die privaten Erträge patentgeschützter Monopole, könnte der Staat ankündigen, dass er alle aus sozialer Sicht besonders wertvollen unter den künftig angemeldeten Pharma-Patenten im Rahmen eines Auktionsverfahrens zu einem deutlichen Aufpreis auf das jeweils höchste private Gebot aufzukaufen beabsichtigt. Ein Preisaufschlag, der die auf gesundheitsökonomische Studien gestützte Einschätzung des sozialen Wertes eines Patents widerspiegelt, würde den größtmöglichen Anreiz für private Unternehmen und Forscher setzen, ihre Forschung von vornherein auf pharmazeutische Innovationen auszurichten, die einen besonders hohen sozialen Ertrag erwarten lassen. Weil die Anreizwirkung einem perfekten Patentschutz nahezu gleichkäme, wäre zudem eine Beschleunigung des Innovationsprozesses zu erwarten, wie Reinganum (1982) gezeigt hat. Um Anreizprobleme zu vermeiden, die in der praktischen Anwendung von Auktionen oft zu übertriebenen Bewertungen geführt haben („winner's curse“), sollte der Staat nach Kremers Vorschlag in einer vorab bekannt gegebenen Zahl von Fällen nach Abschluss des Auktionsverfahrens — für die Auktionsteilnehmer überraschend — auf den Kauf verzichten und das Patent dem höchsten Bieter zum zweithöchsten gebotenen Preis überlassen. (...)

Welthandels-Regeln bedrohen Pharma-Industrie Indiens

Patente als Entwicklungshindernis

„Etwa acht Millionen Menschen dürften in Indien HIV-positiv sein“, erklärt in einem Gespräch der indische Arzt Dr. Raman Shetty. Die offizielle Schätzung liegt wesentlich niedriger, bei 3,5 Millionen. Bei 800 000 von ihnen ist die Krankheit bereits ausgebrochen. Erst 1987 wurde in Indien der erste HIV-positive Fall registriert – heute weist Indien weltweit bereits die höchste Zahl HIV-positiver Menschen auf. In den Rotlicht-Quartieren der Millionenstadt Mumbai (vormals Bombay) und entlang den Lastwagen-Routen breitet sich die Epidemie besonders rasch aus. Unwissen und Armut sind die wichtigsten Ursachen dafür. Oft sterben AIDS-Kranke an der in Indien noch weit verbreiteten Tuberkulose, weil ihnen die Abwehrkräfte fehlen.

Prohibitive Kosten

Mit HIV wird der Virus bezeichnet, AIDS ist die schwerste Phase der Krankheit, die durch den Virus ausgelöst wird. Eine Heilung von HIV/AIDS gibt es (noch) nicht. Trotzdem ist in den USA und in Europa die Zahl von HIV/AIDS-Toten rückläufig. Auch in der Schweiz sanken die AIDS-Sterbefälle beträchtlich vom Höchststand 686 (1994) auf unter 100 (1999). Das ist in erster Linie auf die bahnbrechende medikamentöse Kombinationstherapie zurückzuführen, die den Lebenszyklus des HIV-Virus stört. Die disziplinierte Einnahme einer Kombination von Arzneimitteln kann den Ausbruch von AIDS verhindern oder zumindest über Jahre verzögern. Insbesondere einer Übertragung von der Mutter auf das neugeborene Kind kann mit Medikamenten vorgebeugt werden.

In Indien sind von 100 000 HIV/AIDS-Patienten höchstens 500 in medizinischer Behandlung. Sexualität und damit AIDS sind

Richard Gerster

Unbehindert von marktbeherrschenden Patenten ausländischer Herkunft ist in Indien eine leistungsfähige Pharma-Industrie entstanden, die z. B. AIDS-Medikamente billiger anbietet als die Originalpräparate aus dem Ausland. Die seit 1995 geltenden neuen Spielregeln der Welthandelsorganisation (WTO) stehen jedoch im Dienste der Pharmamultis in den Industrieländern und bedrohen die indischen Errungenschaften. Ihr Zweck ist die Aufrechterhaltung des Technologievorsprungs des Nordens. Der erfolgreiche Entwicklungsweg der südostasiatischen Länder bleibt anderen Ländern versperrt, seit es die neuen WTO-Regeln gibt.

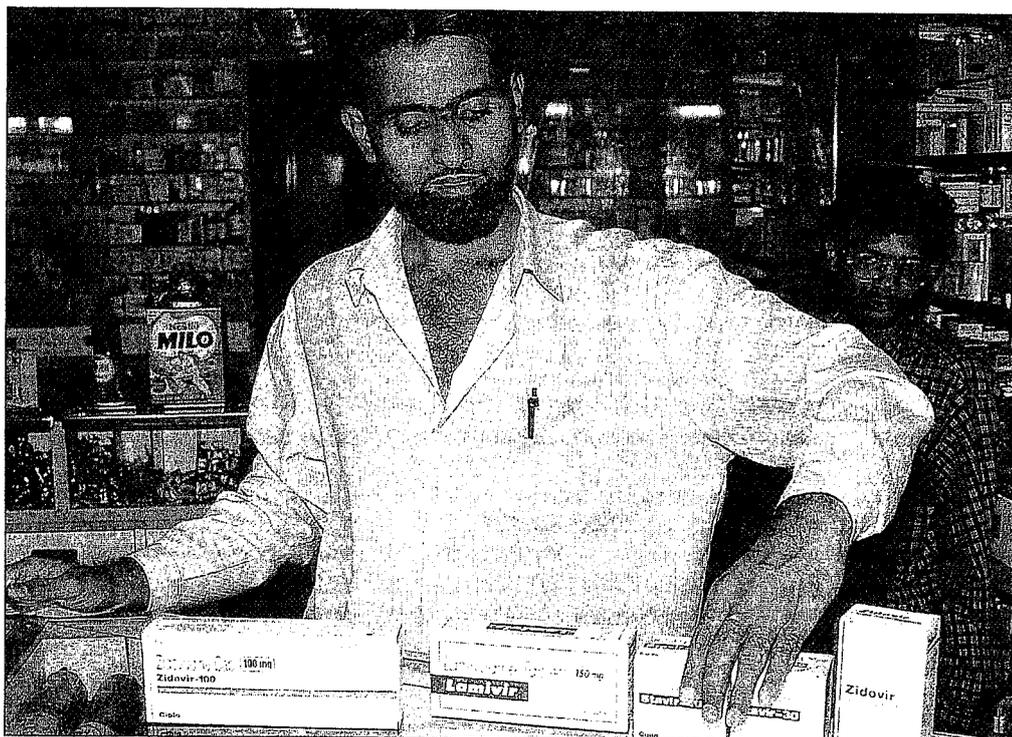
tabuisiert. Es fehlt allenthalben an Spitälern und Gesundheitsstationen, an Personal, an medizinischer Ausrüstung, an Medikamenten. Die Kosten einer AIDS-Kombinationstherapie sind mit mehr als 500 Mark pro Monat prohibitiv hoch. Obligatorische Krankenkassen gibt es nicht. AIDS ist in Indien besonders in ärmeren Schichten verbreitet. Diese leben oft von

Gelegenheitsarbeiten. Ein Einkommen von 100 – 150 Mark pro Monat muss für alles Lebensnotwendige ausreichen. Vielfach sind in einer Familie zwei Personen infiziert, doch genügen die Ersparnisse höchstens für eine Behandlung. „Ob schon Frauen und Männer gleichermaßen von HIV/AIDS betroffen sind, sind 85 Prozent unserer Patienten Männer. In der indischen, patriarchalischen Kultur erhalten sie Vorrang. In zweiter Linie zählt das Kind. Die Frauen opfern sich auf für die anderen“; so beschreibt Dr. Subhash K. Hira, Direktor des AIDS-Forschungs- und Kontrollzentrums (ARCON) in Mumbai, den Arbeitsalltag.

Erfolge der Pharma-Industrie Indiens

Vor wenigen Jahren waren die Pflegekosten mit weit über 1000 Mark pro Monat mehr als doppelt so hoch wie heute. Doch dann brachte Cipla Ltd., eine traditionsreiche indische Pharma-Firma, 1993 das AIDS-Medikament Zidovudin auf den Markt. Es folgten Stavudin und 1998 Lamivudin. Sie alle sind Elemente der erfolgreichen, Virus-hemmenden Kombinationstherapie. Cipla bot die AIDS-Medikamente massiv billiger an. Das provozierte wiederum Preissenkungen der internationalen Konkurrenz auf dem indischen Markt.

Heute kostet eine Zehnerpackung von 100-Milligramm-Kapseln Zidovudin von Cipla in Indien 7 Mark (150 Rupien), während das Originalprodukt der britischen Firma Glaxo Wellcome in Indien, Pakistan und Indonesien für mehr als das Doppelte, in den USA und in Großbritannien für das Fünf- bis Sechsfache vermarktet wird. Nevirapin, das demnächst von Cipla lanciert wird, verspricht eine äußerst kostengünstige Verhinderung der Übertragung von einer HIV-positiven



Mutter auf ihr Baby.

Die indische Arzneimittel-Industrie ist eine Erfolgsstory. Im ganzen Sektor finden in rund 20 000 Betrieben 500 000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Der Produktion vor- und nachgelagert dürften es weitere 2,5 Millionen Arbeitsplätze sein. Die Medikamentenpreise sind in den letzten 15 Jahren im Vergleich zum allgemeinen Preisniveau weit unterdurchschnittlich gestiegen. „Weltweit ist Indien ein Tiefpreisland für Arzneimittel bei hoher Qualität der Produkte“, stellt Nihchal H. Israni, Präsident des Indischen Arzneimittel-Hersteller-Verbandes (IDMA), nicht ohne Stolz fest.

Anfang der 60er Jahre galt Indien noch als eines der Länder mit den weltweit höchsten Pharma-Preisen. Heute liegt die Selbstversorgung mit Medikamenten bei über 70 % – trotz der seit 1991 von Indien verfolgten Politik der wirtschaftlichen Öffnung. Indien ist sogar ein Nettoexporteur im Pharmabereich.

Das Erfolgsgeheimnis: das indische Patentgesetz von 1970. Indien war in die Unabhängigkeit mit dem Patentsystem der britischen Kolonialherren gestartet. Dieses sicherte den indischen Markt für die britische Industrie, die Arzneimittel wurden größtenteils aus dem Ausland importiert, die lokale Produktion war unter 30 Prozent. Der „Architekt“ des Patentgesetzes von 1970, S. Vedaraman, damals Direktor des indischen Patentamtes, fasst den Grundgedanken so zusammen: „Wir sind nicht gegen Patente. Wir sind auch bereit, anständige Lizenzgebühren zu bezahlen. Aber wir können uns in Indien keine Monopole leisten.“

So konnten in Indien seitdem nicht mehr die Arzneimittel („Produkt-Patente“) selber, sondern nur noch die Fabrikationsprozesse zu deren Herstellung („Prozess-Patente“) für sieben Jahre patentiert werden. Wenn der Patentinhaber nicht freiwillig Lizenzen zu fairen Bedingungen erteilte, sah das Gesetz zudem vom Staat automatisch erteilte Zwangslizenzen vor. Indien kam zugute, dass es über eine breite Schicht gut ausgebildeter Fachleute verfügt, welche die neuen Chancen zu nutzen wussten.

Bei der multinationalen Pharma-Industrie stieß diese Entwicklung auf wenig Gegenliebe. Dabei wurde in vielen Industrieländern der Erfindungsschutz durch Patente erst in den letzten 30 Jahren ausgebaut. Insbesondere die Schweizer Chemie bekämpfte Ende des 19. Jahrhunderts den Erlass eines Patentgesetzes, um ungehindert ausländische Medikamente wie z. B. Aspirin nachahmen zu können. Im Deutschen Reichstag galt die Schweiz als „Raubritterstaat“, in Frank-

reich als „Land der Fälscher“. Produkt-Patente auf Medikamente kennt die Schweiz erst seit 1978.

Die Interessenlage ist klar. Technologie-Exporteure profitieren vom Patentschutz, weil dieser sie vor Billigkonkurrenz schützt. Technologie-Importeure – also die meisten Entwicklungsländer – brauchen möglichst ungehindert und kostengünstig Zugang zu technischen Neuerungen und wollen daher keinen Patentschutz, der monopolistische Barrieren errichtet. Auch die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Japan, Korea und Taiwan gedieh, weil sie nicht von der Patentbarriere behindert wurde.

Rekolonisierung

Trotzdem setzt sich der Schutz von Produkt-Patenten überall durch, auch gegen die Interessen der Entwicklungsländer. Das Vehikel in diesem Kreuzzug der Industrieländer für einen globalen Patentschutz ist die Welthandelsorganisation (WTO). Ein Teil des WTO-Vertragswerks (TRIPS, d. h. *Trade-Related Intellectual Property Rights*) schreibt weltweit Standards für den Patentschutz fest. Kein Land, das marktwirtschaftlich orientiert ist und sich in die Weltwirtschaft integrieren will, kommt an einer WTO-Mitgliedschaft vorbei. So müssen alle die TRIPS-Kräfte schlucken. „WTO/TRIPS stehen für eine Rekolonisierung der wirtschaftlich schwachen Länder. Das Patentrecht ist ein Hindernis im Kampf gegen die AIDS-Epidemie. Die wirtschaftlichen Spielregeln tragen einen Teil der Schuld daran, wenn heute Leute sterben“, stellt Dr. Subhash K. Hira, Direktor des AIDS-Forschungs- und Kontrollzentrums (ARCON), fest.

Auch Indien ist 1995 WTO-Mitglied geworden und muss die neuen TRIPS-Regeln im Pharmabereich in der nationalen Patentgesetzgebung bis spätestens zum 1. Januar 2005 umsetzen. Erste Schritte hat die Regierung mit dem Patenterlass von 1999 bereits gemacht, dessen Verfassungskonformität allerdings vor dem obersten Gerichtshof bestritten wird. Die US-Arzneimittel-Hersteller bezeichnen Indien noch immer als „Zentrum kommerzieller Piraterie“, was die US-Pharma-Firmen jährlich 500 Mio. US\$ kostete. Nihchal H. Israni vom Indischen Arzneimittel-Hersteller-Verband (IDMA) sieht schwarz, falls die indische Regierung nicht wirksam gegensteuert. „Die indischen Firmen werden vom Markt verdrängt und multinationale Anbieter werden mit weit höheren Preisen den Markt beherrschen. Arbeitsplätze gehen verloren, und Indiens Handelsbilanz wird bei den Medikamenten defizitär werden – kurzum, es drohen Zustände wie vor dem Patentgesetz von 1970.“ Er appelliert

an die indische Regierung, die in den internationalen TRIPS-Regeln noch vorhandenen nationalen Gestaltungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und insbesondere wirksame Zwangslizenzen vorzusehen.

Exporthürden

Jährlich werden heute in Indien etwa eine Million Dollar für AIDS-Medikamente umgesetzt. Davon hat Cipla einen Anteil von etwa 80 %. Am Cipla-Gesamtumsatz von 150 Mio. US\$ ist das nur ein geringer Anteil. Kein Wunder, dass Cipla am Export seiner Medikamente sehr interessiert ist. Mehr als 95 % aller HIV-infizierten Menschen – etwa 38 Millionen weltweit – leben in Entwicklungsländern. Jeden Tag kommen 16 000 neu infizierte hinzu, 6 Millionen im Jahr. Für andere betroffene Länder kann es attraktiv sein, zu günstigen Preisen hochwertige Nachahmerprodukte aus Indien einzukaufen.

Allerdings stehen dem freien Handel die nationalen und internationalen Patentregeln entgegen. Denn ein Patent umfasst nicht nur das Monopolrecht, ein Produkt herzustellen, sondern auch es zu importieren. Daher kann Glaxo Wellcome verhindern, dass die Konkurrenz billigeres Zidovudin einführt. Brasilien z. B. kannte bis vor kurzem keine Patente auf Medikamente. Das neue Patentgesetz vom 6. Oktober 1999 sieht nun die Möglichkeit vor, Zwangslizenzen zu erteilen. Auf dieser Basis plant Brasilien, im Jahr 2000 Rohmaterial für AIDS-Medikamente im Umfang von 300 Mio. US\$ im Ausland einzukaufen. Cipla hat eine Offerte eingereicht.

US-Interventionen

Zwei Drittel aller HIV/AIDS-Kranken, also etwa 25 Millionen, sind in Afrika südlich der Sahara zu Hause. Auf dem schwarzen Kontinent hat AIDS bereits Kriege und Malaria als häufigste vorzeitige Todesursache abgelöst. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erwartet, dass die durchschnittliche Lebenserwartung im südlichen Afrika im nächsten Jahrzehnt um 17 Jahre auf 43 Jahre sinkt, statt auf 64 Jahre zu steigen. AIDS ist in Afrika deshalb mehr als ein Gesundheitsproblem. AIDS signalisiert eine eigentliche Gesellschafts- und Entwicklungskrise.

Südafrika hat erkannt, dass Gegensteuern mit allen Mitteln erforderlich ist, und hat ein „Partnerschaft-gegen-AIDS-Programm“ lanciert. Neben präventiven Maßnahmen will Südafrika auch die Einfuhr von günstigen AIDS-Medikamenten ermöglichen und deren lokale Produktion im Lande selber stimulieren. Ein neues Gesundheitsgesetz sah deshalb die Möglichkeit vor, dass die Regierung Zwangslizenzen für die Herstellung lebenswichti-

ger Medikamente erteilen kann. Eine gemeinsame Firma von Cipla und einer lokalen Gesellschaft, die Cipla-Medpro, hat in Südafrika bereits ein Gesuch eingereicht. Jerome Smith, der Vorsitzende von Cipla-Medpro, schrieb der Regierung: „Wir sind in der Lage, die neuesten Medikamente nach Südafrika zu bringen, doch Patente verhindern das.“ In der Tat: Cipla-Medpro stellt bereits Zidovudine, Stavudine und Lamivudine für den Export in Länder her, deren Gesetze die Einfuhr von Nachahmerprodukten zulassen.

Der amerikanischen Pharma-Industrie missfiel dieses Vorhaben. So intervenierten die USA 1999 mehrfach gegen das neue Patentgesetz und drohten mit massiven Handelssanktionen. Früher war schon mehrfach ähnlich gegen andere Länder wie Indonesien oder Thailand vorgegangen worden. An vorderster Front war US-Vizepräsident und Präsidentschaftskandidat Al Gore beteiligt. Amerikanische AIDS-Gruppierungen griffen ihn daraufhin an Wahlkampfveranstaltungen

direkt an. „Gores Gier tötet“ war auf Spruchbändern zu lesen. Als die Medien schließlich weniger über Al Gores Wahlkampf als über den AIDS-Konflikt mit Südafrika berichteten, stellten die USA nach einigen Wochen ihre Interventionen und Drohungen gegenüber Südafrika ein. Wird die indisch-südafrikanische Firma Cipla-Medpro demnächst die AIDS-Patienten in Südafrika mit günstigen Medikamenten beliefern können?

Weltbank-Unterstützung

Die knappen Mittel Indiens für AIDS gingen bisher weitestgehend in die Prävention. Das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken, ist ein zentrales Anliegen. Für die Pflege blieb kaum Geld übrig. Im Oktober 1999 hat nun die Weltbank Indien ein Darlehen von 198 Mio. US\$ zur Finanzierung von AIDS-Prävention und -Pflege in den Jahren 1999 – 2004 gewährt. Davon sind 15 % für Pflegemaßnahmen reserviert. Das Weltbank-Budget ist auf der Preisbasis von Cipla-Medi-

kamenten kalkuliert worden. Trotzdem ging ein erster Auftrag an die internationale Konkurrenz.

Vom weltweiten Medikamenten-Markt mit 350 Mrd. US\$ Umsatz machen Indiens 3 Mrd. US\$ knapp ein Prozent aus. Eine Milliarde Inder geben im Jahr gleich viel für Arzneimittel aus wie sieben Millionen Schweizer. „Was wir in Indien an Medikamenten verbrauchen, kostetet weniger als der ausgewiesene Reingewinn von Novartis im vergangenen Jahr“, vergleicht Nihchal H. Israni, IDMA-Präsident. „Weshalb kann der Norden dem Süden nicht jene liberale Eigenständigkeit im Erfindungsschutz zugestehen, welche insbesondere die Schweiz über Jahrzehnte beansprucht und zu ihren Gunsten genutzt hat?“

Richard Gerster, Dr. oec., war 1972-1998 bei schweizerischen NROs aktiv. Er hat sich seit Jahren mit der Nord-Süd-Dimension des Patentwesens auseinandergesetzt (1980: „Patentierete Profite“) und hat kürzlich Indien besucht.

GENERIKA Die indischen Hersteller von Nachahmerprodukten sind die konkurrenzfähigsten der Welt – und werden bald keine billigen Aidsmedikamente mehr herstellen.

Tödliche Konsequenzen

Von Heinz Roland

Novartis mischt den globalen Generikamarkt neu auf: Durch die Übernahme der deutschen Hexal (Umsatz fast zwei Milliarden Franken, 7000 Beschäftigte) und der US-amerikanischen Eon-Labs (500 Millionen Franken Umsatz, 500 Angestellte) wird die erst 2003 gegründete Generikatochter Sandoz nun selbst zum Multi – mit weltweit mehr als 20 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von sechs Milliarden Franken. Als Kaufpreis für die zwei Firmen wurden zehn Milliarden Franken vereinbart – zahlbar bis Ende Jahr, und zwar in bar.

Innerhalb der Pharmabranche wird die Strategie des Novartis-Chefs Daniel Vasella allerdings mit Misstrauen verfolgt. Während die beiden grössten globalen Unternehmen, Pfizer und Glaxo-Smith-Kline, ihre Aktivitäten nach wie vor exklusiv auf die Produktion von marktgeschützten Hochpreismedikamenten ausrichten und ihre Patente durch alle Gerichtsinstanzen hindurch verteidigen, versucht Novartis den Tanz auf zwei Hochzeiten.

Die Gründe liegen auf der Hand: Nachdem die Umsätze der Pharmaindustrie jahrelang durchschnittlich über zehn Prozent gewachsen sind, sind die Wachstumsraten heute rückläufig. Die vielen Skandale und Schadenersatzklagen der jüngsten Zeit, wie zum Beispiel im Fall Merck mit seinem Schmerzmittel Vioxx, die Masse der Scheininnovationen (so genannte Me-too-Produkte) beziehungsweise der Mangel an echten therapeutischen Fortschritten schlagen allmählich auf die Wachstumsdynamik durch.

Der weltweite Generikamarkt dagegen wächst und wächst: Letztes Jahr stiegen die Umsätze der Nachahmerprodukte um elf Prozent. Und der Marktanteil der Generika wird künftig weiter zulaufen – patentierten Markenmedikamente zunehmen. Dies allein schon deshalb, weil in den nächsten drei Jahren mehrere wichtige Patente auslaufen, die der Pharmaindustrie bisher jährliche

Umsätze von über fünfzig Milliarden US-Dollar eingebracht haben. Das Patent für das Cholesterinsenkungsmittel Lipidor etwa, das meistverkaufte Medikament der Welt, lief bereits Ende 2004 aus.

Doppelstrategie

Den Vorwurf, er falle mit seiner Doppelstrategie der eigenen Zunft in den Rücken, will Novartis-Chef Vasella allerdings nicht gelten lassen. Novartis reagiere lediglich auf die Entwicklung des Marktes: «Viele denken immer noch, dass ein Generikahersteller automatisch auch gegen Patente ankämpfen müsse. Ich gehöre aber nicht zu denen.» Daran ist nicht zu zweifeln. Jedenfalls sorgte Novartis erst vor einem Jahr noch für internationale Schlagzeilen, als es ihr mit grossem juristischem Aufwand als erstem ausländischem Pharmaunternehmen gelang, in Indien ein exklusives Marktrecht für ein Medikament durchzusetzen.

Dabei handelt es sich um das Krebsmittel Glivec, das als eine der wenigen tatsächlichen Innovationen gilt, welche die Pharmaindustrie in den letzten Jahren hervorgebracht hat. War die Diagnose «chronische myeloische Leukämie» (CML) bisher fast gleichbedeutend mit einem Todesurteil, können heute CML-Betroffene dank Glivec ein weitgehend normales Leben führen. Das einzige Problem: Die Kosten für eine Dauertherapie belaufen sich pro Jahr auf über 30 000 Franken. Für die meisten der CML-Betroffenen in Indien ist das lebensrettende Medikament damit unerschwinglicher Luxus.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis die einheimische Generikaindustrie eine kostengünstigere Alternative zu Glivec entwickelt hatte. Anfang 2003 kam Veenat auf den Markt – zu einem Zehntel des Preises, den Novartis für das Originalpräparat verlangt. In einem Beschluss vom Februar des letzten Jahres hat nun aber das oberste Verwaltungsgericht im südindischen Madras die weitere Produktion der Glivec-Kopien verboten. Ein Entscheid, der bei den Betroffenen Bestürzung auslöste. Anders die globale Pharmagemeinde: Sie freute sich

über das «positive Signal», das mit dem Rechtsspruch ausgesandt worden sei. Das Urteil von Madras sei ein Beleg dafür, dass nun endlich auch Indien gewillt sei, die internationalen Patentgesetze einzuhalten, sagte der Direktor von Novartis India, Ranjit Shahani, gegenüber den Medien.

Tatsächlich waren die Patentansprüche ausländischer Pharmamultis von der indischen Rechtsprechung mehr als dreissig Jahre lang ignoriert worden. Um gegen die stetig steigenden Arzneimittelpreise vorzugehen, hatte die damalige Regierung unter Indira Gandhi ein neues Patentgesetz erlassen, das den gesundheitspolitischen Zielsetzungen ganz klar Priorität einräumte: Anstatt einzelne Produkte zu patentieren, wie andernorts üblich, wurden im indischen Arznei- und Lebensmittelbereich nach 1972 Patente nur noch auf Produktionsverfahren ausgestellt. Ein indischer Pharmafabrikant durfte somit jedes beliebige Heilmittel herstellen, solange er dafür nicht ein Verfahren einsetzte, das bereits von einem Konkurrenten patentrechtlich geschützt wurde.

Nun gelten WTO-Regeln

Das hat der indischen Pharmaindustrie zu einem Boom verholfen, der bis heute anhält. Gegen 20 000 Generikaunternehmen soll es auf dem Subkontinent geben, darunter auch Grosskonzerne, die ihre Arzneimittelkopien in über 200 Länder exportieren. Die indische Pharmabranche ist damit für die Länder des Südens zu einem unverzichtbaren Faktor im Kampf gegen Aids und andere Pandemien geworden. Ohne die preisgünstigen Generika aus Indien wären die nationalen Aidsprogramme der meisten Entwicklungsländer nicht finanzierbar. So belaufen sich etwa die Jahreskosten für eine Aidstherapie mit Antiretroviral-Medikamenten nach offiziellem Tarif auf 14 000 Franken. Mit Medikamenten aus indischer Produktion kostet der gleiche Pillencocktail pro Jahr nur gerade 290 Franken – fast fünfzig Mal weniger.

Damit soll es jetzt vorbei sein. Seit seinem Beitritt zur Welthandelsorgani-

sation WTO 1995 verfolgt Indien eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung. Konkret bedeutet das, dass sich – nachdem die zehnjährige Übergangsfrist Ende 2004 abgelaufen ist – auch Indien an die Vereinbarungen zum Schutze des «geistigen Eigentums» zu halten hat. Diese wurden im multilateralen Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (trade-related aspects of intellectual property, kurz Trips) festgehalten.

Voraussichtlich im kommenden März muss das Parlament in Delhi deshalb ein neues indisches Patentgesetz beraten. Stimmt es dem Regierungsvorschlag zu, können Arzneimittel künftig patentrechtlich geschützt werden. Die indische Generikaindustrie müsste dann die Produktion ihrer kostengünsti-

gen Aids- und Krebsmedikamente einstellen. Eine Massnahme, die – wie jüngst auch ein Sprecher der Weltgesundheitskommission betonte – unabsehbare Konsequenzen für viele tausend Betroffene nach sich ziehe. Ohne die WTO-widrig produzierten Generika aus Indien bleibe ihnen der Zugang zu den lebensrettenden Medikamenten künftig aus wirtschaftlichen Gründen verwehrt – was die Uno-Kommission zum Schluss kommen lässt: «Das Trips-Abkommen stellt eine ernsthafte Gefährdung für Gesundheit und Leben der armen Bevölkerungsschichten dar.»

Alle wollen nach Indien

Bemerkenswert ist dabei, dass viele indische Generikaunternehmen, die anfänglich harsch gegen das neue Patentregime protestiert hatten, inzwischen die neue WTO-Regelung begeistert begrüssen. Das alte Verfahrenspatentrecht hat zwar kaum zur Entwicklung neuer Medikamente geführt, dafür wurden aber immer ausgeklügeltere Produktionsmethoden ausgebrütet, die die indische Generikabranche inzwischen zur konkurrenzfähigsten der Welt machen.

Die gleichen Pharmakonzerne, welche die indische Konkurrenz in den letzten Jahren noch mit Schmach und Strafklagen belegt haben, bemühen sich deshalb heute intensiv um Kooperationsabkommen und Partnerschaften, um vom indischen Know-how zu profitieren. So arbeitet etwa Novartis, ungeachtet des noch immer nicht abgeschlossenen Rechtsstreites um die indischen Glivec-Kopien, mit den beiden grossen Pharmafirmen Dr Reddy's Laboratories und Torrent Pharma zusammen. Auch die neu akquirierte Hexal, die bereits über Produktionsstandorte in Indien verfügt, soll künftig die Position von Sandoz in den aufstrebenden Märkten Asiens verstärken und zum Türöffner zum noch weitgehend unerschlossenen chinesischen Arzneimittelmarkt werden.

Kurzum: Dank niedrigen Löhnen, hoher Effizienz und viel Know-how

braucht sich die indische Pharmabranche um die Zukunft nicht zu sorgen – jedenfalls so lange nicht, als sie sich als Partnerin und nicht als Konkurrentin der grossen Pharmamultis gebärdet. Für die Bereitschaft, sich künftig der WTO-Disziplin zu unterziehen und die Patente der internationalen Multis zu respektieren, versprechen Letztere nicht nur grosszügige Investitionen, die indische Industrie soll künftig auch einen Anteil am Geschäft mit den «legalen» Generika erhalten. Statt Aids- oder Krebsmedikamente für die armen Länder des Südens wird die indische Industrie im neu aufgeteilten Generikamarkt künftig Cholesterinsenker, Schlankheitsmittel und Antidepressiva für eine zahlungsfähige Kundschaft in den Industrienationen produzieren.

Für Novartis-Chef Vasella macht das keinen grossen Unterschied: «Letztlich geht es uns ja alle um das Gleiche. Was wir wollen, ist die bestmögliche Therapie für den Patienten – und das zum bestmöglichen Preis.» Und wer sich diesen «bestmöglichen» Preis nicht leisten kann, dem bleibt als billigste Alternative immer noch der Tod. ♦

Patentes de medicamentos em evidência

Compartilhando experiência prática sobre patentes de produtos farmacêuticos

Autores

Pascale Boulet
Christopher Garrison
Ellen t Hoen

Editora

Laura Hakoköngäs

Agradecimentos

Este relatório foi publicado com o apoio financeiro do Ministério Norueguês de Relações Internacionais

Um obrigado especial a

Carlos Correa, James Love, Sisule Fredrick Musungu, Daniel Berman, Ingrid Cox, Julia Double, Seco Gérard e Bernard Pécoul

Tradução

Christina Zackiewicz

Revisão técnica da tradução

Maristela Basso (Professora de Direito Internacional da Universidade de São Paulo - USP)

Design Twenty 3 Crows Ltd, Reino Unido

© Médicos Sem Fronteiras Maio 2003

ESTUDO DE CASO

A importação de medicamentos genéricos constitui uma violação no Quênia?

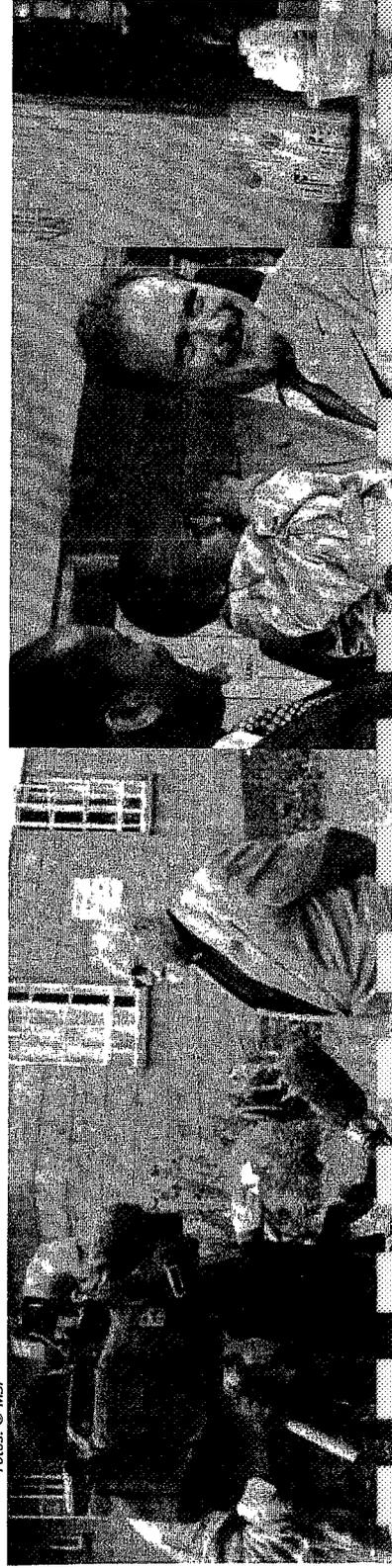
No Quênia, MSF e outra ONG local, a MEDS, importam versões genéricas de medicamentos antiretrovirais protegidos por patentes da Organização de Propriedade Industrial Regional da África (ARIPO). As ONGs estão fazendo isto com base na seção 58(2) do Ato de Propriedade Industrial do Quênia de 2001, que estabelece que “os direitos sob patente não devem estender-se a atos em respeito de artigos que tenham sido colocados sob comercialização no Quênia ou em qualquer outro país ou ainda importados para o Quênia”. O Regulamento 37 dos Regulamentos de Propriedade Industrial de 2002 torna claro que “a limitação sobre os direitos sob patente na seção 58(2) do Ato estende-se a atos em respeito de artigos que são importados de um país onde estes artigos foram legitimamente colocados no mercado”.

De acordo com o TRIPS (18) e como confirmado pela Declaração de Doha sobre o TRIPS e Saúde Pública (19), o Quênia – como qualquer outro membro da OMC – está autorizado a conceder tais limitações e exceções aos direitos conferidos pelas patentes. Tal limitação/exceção deve ser vista como complacente ao TRIPS, uma vez que (segundo outro membro da OMC questionando esta limitação/exceção e registrando uma queixa na OMC contra a mesma) a OMC não julgou que isto fosse contra o TRIPS.

As versões genéricas particulares de medicamentos foram importadas da Índia onde estavam legitimamente colocadas no mercado e, portanto, caem na categoria de limitação tal como determinado na seção 58(2) e na Regulação 37. Além disso, os medicamentos foram prontamente autorizados para uso pelo Ministério da Saúde com vistas a sua qualidade, segurança e eficácia. Se os detentores de patentes discordarem da legitimidade da importação, é da responsabilidade deles propor uma ação de violação junto ao Tribunal de Propriedade Industrial do Quênia para reivindicar danos e/ou compensação. Apenas o Tribunal pode avaliar se as atividades das ONGs incluem-se na exceção aos direitos de patentes.

Graças aos medicamentos importados, os programas de tratamento local fornecidos pela MEDS estão agora proporcionando até quatro vezes mais ARVs aos pacientes do que antes.

Fotos: © MSF



5 ■ Conclusão

Cada país deve ser capaz de projetar e operar seu sistema de patentes com vistas a seus próprios interesses nacionais, usando a estrutura flexível do Acordo TRIPS. Este princípio foi novamente endossado pela Declaração de Doha em 2001 sobre o Acordo TRIPS e Saúde Pública, a qual estabelece que o Acordo TRIPS “não impede e não deve impedir os Membros de tomar medidas que protejam a saúde pública”.

As patentes foram criadas para assegurar que o público se beneficie das inovações, mas é muito claro que pessoas em países em desenvolvimento atualmente não estão obtendo sua parte na barganha de patente. Ao contrário: em muitos países, as patentes estorvam o acesso do público a medicamentos que podem salvar suas vidas. Em outras palavras, os lucros são colocados na frente da saúde pública.

Esta tendência pode ser piorada pelas negociações em curso na OMPI que objetivam desenvolver um “Tratado de Lei Patentária Substantivo”, um tratado global que muito provavelmente será baseado nos padrões de patente usados nos países ricos. Isto pode levar a um sistema onde qualquer novo medicamento colocado no mercado seja patenteado em todo o mundo.

Países industrializados estão também concluindo acordos bilaterais com países em desenvolvimento e países menos

desenvolvidos para impedir que usem as salvaguardas da Declaração de Doha. De modo semelhante, os EUA estão tentando limitar ainda mais a liberdade dos países em conceder licenças compulsórias por razões de saúde pública por meio das negociações em curso na Área de Livre Comércio das Américas (ALCA) e em acordos comerciais bilaterais e multilaterais.

Como mostrado na tabela de patentes, nem todos os medicamentos são patenteados em todos os lugares.

Entretanto, descobrir se um medicamento é patenteado num país em particular geralmente varia entre uma tarefa difícil e uma tarefa impossível. A Organização Mundial da Saúde (OMS) e a OMPI precisam construir urgentemente um banco de dados público, de fácil utilização, fornecendo dados completos e transparentes sobre patentes de produtos farmacêuticos de medicamentos-chave.

Essa informação deveria vir acompanhada de um claro aconselhamento para os países sobre como superar as barreiras patentárias de medicamentos e com assistência técnica para tanto.

Patentes de medicamentos que não precisam ser concedidas estão neste momento sendo concedidas em países em desenvolvimento. Isto é verdade, por exemplo, para “novos” usos de compostos existentes. O Acordo TRIPS define os padrões mínimos de proteção de propriedade intelectual a que os Membros devem aderir, mas não há razão para que

os países expandam sua proteção patentária além disso. Na verdade, os requisitos de patenteabilidade em países em desenvolvimento deveriam ser modificados para manter o número de patentes concedidas a um mínimo absoluto. Mesmo quando um medicamento é patenteado, há caminhos para superar este obstáculo.

Patentes que foram concedidas em países em desenvolvimento podem não ser válidas. Patentes já estão sendo contestadas em alguns países, por exemplo na Tailândia. Os países devem implementar checagens apropriadas e avaliações para revogar patentes se necessário. Para assisti-los, a OMS e a OMPI devem fornecer dados a respeito de patentes de medicamentos essenciais que foram invalidadas. Se os detentores de patentes não estão querendo assegurar preços equitativos de medicamentos para os países pobres ou conceder licenças voluntariamente, os governos devem agir. Eles podem melhorar o acesso a

medicamentos acessíveis para suas populações ao emitir uma licença compulsória para um medicamento patenteado ou fazendo uso governamental da patente.

No entanto, manter o número de patentes de medicamentos num mínimo absoluto tem vantagens sobre as negociações politicamente sensíveis que atualmente precedem a emissão da licença compulsória.

O sistema de patente é um instrumento de política pública: patentes são contratos entre seus donos e a sociedade. Os países irão testar a flexibilidade do Acordo TRIPS com a implementação da Declaração de Doha: os próximos anos mostrarão se assegurar que o TRIPS seja interpretado e implementado “de maneira a apoiar o direito dos membros da OMC ... de promover o acesso a medicamentos para todos” é factível na prática. Se isso se revelar não ser o caso, o acordo TRIPS terá de ser questionado.

“Eu me revolto quando ouço afirmações de que os direitos de patentes não constituem um obstáculo para o tratamento aqui na África do Sul. Eu vi mulheres e homens jovens morrendo de um tumor cerebral relacionado com a aids que provoca dores de cabeça insuportáveis. Vi crianças cobertas de cicatrizes devido a dermatites relacionadas com a aids, incapazes de dormir por causa da dor. Sabia que todos eles poderiam ter sido ajudados pela terapia anti-retroviral, mas o custo de medicamentos patenteados era a única barreira.”

Dr. Eric Goemaere, MSF, Khayelitha, África do Sul

Wem nützt Forschung?

WissenschaftlerInnen gelten dann als erfolgreich, wenn sie ihre Ergebnisse als kommerzielle Produkte vermarkten können. Das bringt viel Geld für neue Forschung. Dabei wird leicht übersehen, welche verheerenden Folgen die Kommerzialisierung der Forschung für deren Ziele und Inhalte hat. Die Auswirkungen dieses Phänomens untersucht Sheldon Krinsky in seinem Buch *Science in the Private Interest*.

Die Forschung an den deutschen Universitäten wird immer kommerzieller. Die eigenen Forschungsergebnisse zu patentieren und anschließend mit möglichst viel Gewinn zu verkaufen, gehört für viele WissenschaftlerInnen inzwischen mit zum Geschäft. Die eigene Vermarktung wird sogar von der Politik gefordert – jeder müsse sein Scherflein beitragen in Zeiten der Flaute in den öffentlichen Kassen. Sie soll die klassische Drittmittelfinanzierung ergänzen, die sich die ForscherInnen direkt durch Auftragsforschung für Industrieunternehmen einholen. Kommerzialisierung der öffentlichen Forschung hat ihr Vorbild in den USA. Der US-amerikanische Physiker und Philosoph Krinsky, bekannt für seine Analysen der Wechselwirkungen von Wissenschaft und Gesellschaft, fällt ein vernichtendes Urteil: „Indem Universitäten ihre Labors in kommerzielle Firmen umwandeln, [...] wird es in der akademischen Welt immer weniger Möglichkeiten für eine Wissenschaft im Interesse der Öffentlichkeit geben – ein unschätzbare Verlust für die Gesellschaft.“ (S. 7)¹⁴

Wissenschaft im öffentlichen Interesse

Bei seiner Analyse folgt Krinsky einer Wissenschaftsethik, die vom Soziologen Robert K. Merton formuliert wurde (S. 73ff). Demnach sei Wissenschaft von vier Normen geprägt:

- ◆ **Universalität:** An Wissenschaft sollen alle beteiligt sein ohne Ansehen von Religion, Hautfarbe etc. Wissenschaft ist international und kulturübergreifend. Die Ergebnisse sollen allen überall frei zugänglich sein.
- ◆ **Allgemeinheit:** Forschungsergebnisse sollen Allgemeingut sein und allen nützen, geistige Eigentumsrechte müssen auf ein Minimum beschränkt sein. Beispielhaft steht

der Polio-Impfstoff von Jonas Salk (1954), auf den kein Patent angemeldet wurde.

- ◆ **Unvoreingenommenheit:** ForscherInnen sollen völlig offen für die Ergebnisse ihrer Untersuchungen sein. Zwar sei eine Voreingenommenheit durch Religion, Politik usw. nicht ausgeschlossen, „der Wahrheit verpflichtet“ zu sein, solle aber das Ideal darstellen.
- ◆ **Organisiertes Misstrauen:** Gegenseitige Kontrolle der WissenschaftlerInnen muss als Tugend gesehen werden. Öffentliche Diskussion und Überprüfung von Ergebnissen kennzeichnen die Wissenschaft als soziales System.

Diese Verhaltensnormen sieht Krinsky durch die Kommerzialisierung der Forschung immer weiter beschnitten. Und der Einfluss der Industrie ist deutlich angestiegen. Während die Forschungsausgaben der US-Universitäten im Zeitraum 1980-2000 um 467 % gestiegen sind, hat sich der Anteil der Industriegelder an diesem Forschungsetat um 875% erhöht (S. 79f). Dass unter den Universitäten ein regelrechter kommerzieller Wettbewerb ausgebrochen ist, zeigt sich an der Anzahl der Patente, die beantragt wurden (S. 32). Zwischen 1962 und 1992 ist in den USA insgesamt eine Steigerungsrate von 50% für Patentanmeldungen zu beobachten, an den Universitäten beläuft sich diese Rate dagegen auf 1500% – dies vor allem durch eine Flut von Patenten im Bereich Biomedizin.

Anhand einer Vielzahl konkreter Vorfälle aus dem Bereich biomedizinischer Forschung verdeutlicht Krinsky die Folgen für den Forschungsbetrieb. Oft führt die Annahme von Sponsorengeldern zu einer Einschränkung der Publikationsfreiheit. Ergebnisse müssen vor ihrer Veröffentlichung den Geldgebern vorgelegt werden, was bis

zum gezielten Verbot der Publikation unliebsamer Ergebnisse führen kann wie im Fall der berühmten Dong-Studie (S. 14ff).¹⁵ Viele WissenschaftlerInnen beklagen, dass ihre Studien mit erheblichen Verzögerungen veröffentlicht werden: in Fakultäten mit kommerziellem Engagement gibt es dreimal häufiger Verzögerungen von mehr als sechs Monaten. Ein enormes Problem ist die Geheimhaltung: wichtige Daten werden nicht an KollegInnen weitergegeben. Fast die Hälfte der befragten GenforscherInnen berichtete, in den letzten drei Jahren trotz Nachfrage die Daten zu veröffentlichen Studien nicht erhalten zu haben. 28% konnten deshalb die Richtigkeit von Forschungsergebnissen nicht überprüfen. Diese Praxis ist definitiv eine Verletzung fundamentaler Prinzipien der Wissenschaft.

Krinsky widmet sich auch der Problematik von Interessenkonflikten, die entstehen, wenn Forschung mit finanziellen Interessen verknüpft ist. In der Regel werden solche Konflikte der WissenschaftlerInnen bei Publikationen, Vorträgen oder Beraterkomitees nicht veröffentlicht. Viele WissenschaftlerInnen sehen bei sich keinen Interessenkonflikt, da sie sich selbst der objektiven Wissenschaft verpflichtet fühlen. Krinsky betont dagegen, dass Interessenkonflikte durch eine bestimmte Situation zustande kommen und nicht das Verschulden einer Person sind. Solche Konflikte offenzulegen, sei dringend notwendig, denn die meisten ForscherInnen würden ihr Wertesystem verändern, wenn sie selbst unternehmerisch aktiv werden: kommerzielle Interessen würden zu „uneigennützig“, objektiven Interessen undefiniert.

Als Ausweg wird die Rückbesinnung auf eine Wissenschaft im öffentlichen Interesse gefordert: „Wissenschaftler, die mit öffentlichen Geldern ausgebildet und finanziert werden, haben eine ethische und berufliche Verpflichtung, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zum Nutzen der Öffentlichkeit einzusetzen“ (S. 180). Voraussetzung ist eine konsequente personelle Trennung von akademischer Forschung und kommerzieller Anwendung für alle Bereiche, die mit der Bewertung von Arzneimitteln, Chemikalien und Verbraucherprodukten zu tun haben. Krinsky entwirft für

klinische Studien an Arzneimitteln in den USA folgendes Modell: Denkbar wäre die Gründung eines unabhängigen nationalen Instituts für klinische Studien. Jeder Hersteller, der Studien- daten an die Zulassungsbehörde FDA übermitteln will, müsste sich an dieses Institut wenden. Dort würde in Zusammenarbeit mit dem Hersteller die Planung der Studien erarbeitet, für die sich dann qualifizierte Testzentren bewerben können. Protokolle, Verwendung der Daten und die Veröffentlichung werden mit dem Testinstitut

ausgehandelt. Ergebnis wären qualifizierte klinische Daten nach einem einheitlichen Standard, die anschließend an den Hersteller gesandt werden und zentral im Institut registriert sind. Nur derart qualifizierte Daten sollten für die FDA zugelassen werden. Damit sei sichergestellt, dass keine Daten geschönt würden und keine unliebsamen Studien unveröffentlicht in den Schubladen verschwinden. Denn, so Krimsky, Interessenkonflikte könne man nicht verbieten – man müsse einen Umgang mit ihnen finden. (CW)

☞ Sheldon Krimsky, *Science in the Private Interest*. Rowman & Littlefield Publishers, Lanham 2003. 264 Seiten, Preis US\$ 27,95. ISBN 0-7425-1479-X

- 14 Dieses und alle folgenden Zitate aus Sheldon Krimsky. *Science in the Private Interest*. Lanham 2003
- 15 Die Wissenschaftlerin Bettina Dong hatte herausgefunden, dass ein BASF-Präparat nicht besser war als die Konkurrenzprodukte. Die Tochterfirma Knoll verhinderte sieben Jahre die Veröffentlichung der Ergebnisse und behauptete in der Werbung, ihr Präparat sei besser. Siehe auch: Unabhängige Wissenschaft, *Pharma-Brief* 7/2001

siehe auch:

- Jörg Schaaber Im Sinne des Erfinders WTO-Regeln machen Medikamente für viele unbezahlbar in *iz3w* Nr. 262 * Seite 32 - 33
- Egger, Michael, Die Schweiz blockiert WTO-TRIPS-Abkommen und lebenswichtige Medikamente in *Global+* Nr. 4 * Seite 5 - 5
- Hrsg. Action Solidarité Tiers Monde Patente gegen öffentliche Gesundheit Mehr Gesundheit, weniger Patente in *brennpunkt dritte welt* Nr. 195 * Seite 12 - 13
- Meienberg, Francois, Für den Kampf gegen Aids sind Patente das falsche Medikament in *Erklärung von Bern* Nr. 3 * Seite 3
- Ruffert, Michael Über den Sieg Davids gegen "Big Pharma" Die Einigung über billigere Aids-Medikamente für Südafrika ist nur ein Anfang in *Welternährung* Nr. 2 * Seite 10
- Industrie in der Defensive Prozess um AIDS-Mittel in Südafrika zeigt Folgen in *Pharma Brief* Nr. 2-3 *
- Niederlage mit Symbolwert Pharmafirmen ziehen Klage gegen Südafrika zurück in *Pharma Brief* Nr. 4 *
- Grefe, Christiane, Das künftige Patentrecht & die Pharmaproduktion der Entwicklungsländer in *Medico Rundbrief* Nr. 2/01 * Seite 21 - 23

siehe auch:

- <http://www.sec.gov/edgar/searchedgar/webusers.htm>
 - <http://www.cptech.org/>
 - <http://www4.law.cornell.edu/cfr/>
 - ifw.uni-kiel.de
 - <http://www.opensecrets.org>
 - <http://www.evb.ch>
 - www.medico-international.de
 - www.eed.de
 - www.aerzte-ohne-grenzen.de/Medikamentenkampagne
 - www.medicusmundi.ch
 - www.evang-eza.at
 - www.aids-kampagne.de
 - www.bukopharma.de
 - www.aids-kampagne.de
 - www.arzneimittelforscher.de
 - www.ufa.de
 - www.wissensgesellschaft.org
 - www.3dthree.org
 - www.adi aids.org.br
-
- Alejandra Rotania/Jurema Werneck: Under the Sign of Biopolitics, e-papers Rio de Janeiro 2004
 - Koivusalo, Meri, Global Governance, Trade and Health Policy :in Nord-Süd aktuell Nr. 3 * Seite 437 – 446
 - Fischer, Christiane; Wagner, Christian, Druck und Gegendruck Brasilien, die WTO und das TRIPs-Abkommen; in ila Nr. Dossier * Seite 24 – 25
 - Hein, Wolfgang; Bartsch, Sonja, TRIPs und globale Partnerschaften Konflikte um den Zugang zu Medikamenten im Rahmen von Global Health Governance; in Peripherie Nr. 90/91 * Seite 202 – 231
 - Wulf, Andreas, Gesundheit und ökonomische Interessen WTO, TRIPs und Patente in ila Nr. Dossier * Seite 23 – 25
 - Ribeiro, Silvia, Biopiratería: la privatización de los ámbitos de la comunidad in Atencion Nr. 5 * Seite 37 – 51
 - Los acuerdos comerciales y el acceso de las mujeres a la salud; in alai Nr. 358 * Seite 20 - 22
 - Jörg Schaaber Im Sinne des Erfinders WTO-Regeln machen Medikamente für viele unbezahlbar in iz3w Nr. 262 * Seite 32 - 33
 - Egger, Michael, Die Schweiz blockiert WTO-TRIPs-Abkommen und lebenswichtige Medikamente in Global+ Nr. 4 * Seite 5 - 5
 - Hrsg. Action Solidarité Tiers Monde Patente gegen öffentliche Gesundheit Mehr Gesundheit, weniger Patente; in brennpunkt dritte welt Nr. 195 * Seite 12 - 13
 - Meienberg, Francois, Für den Kampf gegen Aids sind Patente das falsche Medikament in Erklärung von Bern Nr. 3 * Seite 3
 - Ruffert, Michael, Über den Sieg Davids gegen "Big Pharma" Die Einigung über billigere Aids-Medikamente für Südafrika ist nur ein Anfang; in Welternährung Nr. 2 * Seite 10
 - Industrie in der Defensive Prozess um AIDS-Mittel in Südafrika zeigt Folgen in Pharma Brief Nr. 2-3 *
 - Niederlage mit Symbolwert Pharmafirmen ziehen Klage gegen Südafrika zurück in Pharma Brief Nr. 4 *
 - Grefe, Christiane, Das künftige Patentrecht & die Pharmaproduktion der Entwicklungsländer in Medico Rundbrief Nr. 2/01 * Seite 21 - 23



Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

The end of an illusion: WTO reform, global civil society and the road to Hong Kong

FOCUS ON TRADE, Number 108, April 2005

Summary: The "July Framework Agreement" is the last nail in the coffin of the illusion that the WTO can somehow be reformed, either piecemeal or comprehensively, to serve the interests of developing countries. More than ever, the Framework and its aftermath have revealed the WTO to be an iron cage that traps developing countries in a negotiations game that is systematically skewed in favor of the big trading powers of the North.

With even greater intransigence on the part of the trading powers of the North today, it is difficult to elaborate any other strategy to protect the interests of the developing countries and global civil society than the one that was developed for Cancun—that is, derailment of the Ministerial.

Essentially, derailment involves zeroing in on the key point of vulnerability of the WTO: its consensus system of decision-making. Concretely, it means working to prevent consensus from emerging in any of the key negotiating areas prior to and during the Sixth Ministerial in Hong Kong.

A strategy of derailment, to be successful, must, in the months leading up to the Sixth Ministerial, articulate lobbying and mass pressure in Geneva with national mass campaigns directed at specific governments, culminating in a coordinated program of mass actions and lobby pressure in Hong Kong and globally on D-day in the middle of December 2005.

Seesaw struggle

The last few years have seen a seesaw struggle between the World Trade Organization and global civil society. In Seattle, big power disagreements, the revolt of the developing countries, and massive civil society mobilization brought down the "bicycle of liberalization", to borrow C. Fred Bergsten's description of the WTO as bicycle which can only remain upright while it is moving forward with its free-trade agenda.

The bicycle was set upright in Doha, when the absence of civil society mobilization allowed the big trading powers to bamboozle developing countries to sign on to the so-called Doha Development Agenda to expand the ambit of the WTO. Then in Cancun, in September 2003, a better-organized South cum civil society mobilizations inside and outside the Cancun Convention Center, the tragic climax of which was the suicide of Korean farmer Lee Kyung Hae, brought the bicycle of liberalization down again.

Our victory was short-lived, for the equivalent of a coup was mounted at a General Council meeting in late July 2004 in order to restart the stalled "Doha Round" of trade negotiations on terms favorable to the North. The WTO is upright again and is moving with momentum towards the 6th Ministerial in Hong Kong in mid-December 2005.

That the WTO is an institution that can be reformed to serve as a vehicle for a more benign kind of globalization is one of the illusions that has been left behind by these developments. The one positive element in the 2001 Doha Declaration—the clear statement that public health concerns take precedence over "intellectual property rights"—was nullified by Big Pharma's successful effort to make well nigh impossible the export of generic life-saving drugs from developing countries with manufacturing capacity to developing countries with none by imposing onerous stipulations on both importers and exporters. So unacceptable and cumbersome were the conditions imposed by the drug companies in the decision adopted in August 2003 that no developing country facing an HIV AIDS emergency took advantage of the temporary waiver from Article 31 (f) of TRIPs provided for by the decision.

That reform is mission impossible was underlined by the Cancun ministerial in September 2003, when the EU and the US provoked the collapse of the ministerial rather than significantly reduce their high levels of support for their agricultural interests or retreat in their effort to expand the WTO's jurisdiction to investment and other economic activities beyond trade. The historic walkout from the Green Room led by African delegates was the only appropriate response to the intransigence of the North.

The so-called July Framework adopted at the WTO General Council meeting in Geneva in the late summer of 2004 is another glaring example of stonewalling by the developed countries. Practically all

the key concerns of the South were subordinated to the industrial countries' agenda of defending their high levels of agricultural subsidization, bringing down non-agricultural tariffs, pushing the so-called "New Issues" agenda, and pressing developing countries to make offers for the liberalization of services. In contrast to more optimistic earlier assessments of the possibilities of advancing developing country interests in the WTO via a strategy of reform, Oxfam International, for instance, bleakly characterized the July Framework as "a minimal agreement that keeps talks and the WTO afloat, but fails to bridge continuing stark disagreements between developing and developed countries, let alone guarantee a pro-development outcome."

Not surprisingly, there is little talk these days about "social clauses," "environmental clauses," measures to institutionalize the priority of public health concerns over patent rights, or agricultural market access reforms as the key demands of a reform agenda that civil society should push for in the Hong Kong Ministerial. In the months leading up to the Cancun meeting, civil society, operating under the principle that no deal is better than a bad deal, eventually coalesced around a strategy of derailing the ministerial. If anything, the prospects of a good deal are even more distant as we move towards Hong Kong. The strategy of derailing the ministerial is even more relevant today.

The July Framework's key agreements illustrate why reform of the WTO is a dead end as a strategy for developing countries and global civil society.

Intransigence in agriculture

In Cancun, the firm stand adopted by the Group of 20 and Group of 33 against the demands of the United States and the European Union for more access to their markets while maintaining the high levels of subsidization of American and European agriculture prevented the initiation of negotiations for a new Agreement on Agriculture that would be detrimental to the interests of the South. Also key in frustrating the agenda of the North was the tough stand of four West African cotton producers-Benin, Burkina Faso, Chad, and Mali-who demanded elimination of US cotton subsidies that were ruining their production as well as compensation for their losses.

Yet the "Framework for Establishing Modalities in Agriculture" that emerged out of the late July meeting produced agreements that were clearly detrimental to the developing countries.

Essentially, the Agricultural Framework

- 1) either maintains or expands the key mechanisms of "domestic support" or subsidization of EU and US agriculture, the so-called Blue Box and Green Box;
- 2) creates a new restrictive category-that of "sensitive products"-to hamper market access for developing country products; while
- 3) making conditional commitments to eliminate export subsidies; and
- 4) paying lip service to the developing countries' demands for the designation of "special products" and other forms of special and differential treatment.

The July Framework did not provide caps or upper limits to the Green Box, which is used by the developed countries to channel their subsidies for their farmers-in the case of the US, some 70 per cent of its total subsidies to farming interests. Moreover, it expands the Blue Box, which tied direct income support for farmers to production limiting programs, to encompass direct payments not tied to such programs. This was done to accommodate a considerable portion of the \$190 billion in farm agricultural subsidies legislated under the US Farm Bill of 2002.

The July Framework introduced the new category of "sensitive products," largely to accommodate the European Union, which may be able to use it to exempt some 20 to 40 per cent of its products from significant tariff cuts.

While the July text calls for the elimination of export subsidies, it does not set a deadline for this, nor does it provide the concrete steps to achieve this.

The text provides for the establishment of the category of "special products" for developing countries that would be subjected to lower tariffs and recognizes their demand to impose "special safeguard mechanisms" that would protect them from dumping of subsidized developed country products.

However, the details are left for negotiations. On the other hand, the use of the existing agricultural safeguard (SSG) that developed countries have frequently used to limit the entry of developing country products has not been banned, despite the demands of developing countries to do so.

The balance of gains and losses was clearly on the side of the trade superpowers of the North,

particularly the United States. On top of this, developed countries rejected the demand of the West African cotton producers that the elimination of cotton subsidies and compensation for damages to their production be treated as a separate, stand-alone item of negotiations. Instead, the issue would be subsumed under the general agricultural negotiations, thus guaranteeing that its resolution would be hostage to progress in these talks. This underlined how eliciting the slightest concession on an issue that involved a relatively small amount -- several hundred million dollars paid out to just 25,000 US farmers -- was next to impossible, even if that item had been a central factor contributing to the collapse of the Cancun Ministerial.

Non-agricultural market access and the specter of de-industrialization

The give-no-quarter posture of the trade superpowers was evident as well on the issue of market access for non-agricultural commodities (non-agricultural market access or NAMA). The agreement on NAMA was based on the so-called "Derbez Text" floated during the Cancun ministerial (after the Mexican Secretary for Foreign Affairs Luis Derbez, who was chairing the ministerial), which was rejected by many developing countries. The key reasons for the rejection were a non-linear formula for tariff reduction, sectoral negotiations, and weak special and differential treatment. The non-linear formula, notes UNCTAD, would require "deeper cuts for higher tariffs," so that it "would result in greater tariff cuts for many developing countries because they generally maintain higher bound tariff structures." This would be contrary to the provision of "less than full reciprocity" for developing countries under the principle of Special and Differential Treatment. Despite this concern, the July Framework provides for continuation of work on a non-linear formula.

Developing countries with already relatively low tariffs on non-agricultural products also expressed concern over the "sectoral initiative" that proposed deep tariff cuts on 100 per cent of all categories of imported commodities falling under a designated industrial sector such as, for instance, "electrical and electronic products" or "textiles and garments." As UNCTAD has noted, "Many developing countries and LDCs have already liberalized unilaterally, including under structural adjustment programs, and their applied rates are often low. Binding those rates close to applied rates may thus limit their policy space for industrial development purposes." Indeed, de-industrialization, which began under structural adjustment programs, is feared to accelerate under NAMA. On the other hand, the US National Association of Manufacturers saw the July Framework's provisions on NAMA as "a huge accomplishment, and a big win for the WTO, the United States, and the World economy. The really big accomplishment is that all countries have accepted the principle of big tariff cuts and sectoral tariff elimination."

Trade facilitation: the opening wedge

Trade facilitation is the only one of the so-called "new issues" or "Singapore issues" that has been included in the negotiations. A number of developing countries have raised concerns about the costs, such as those incurred for more complex data processing, that would be added to their already stretched government budgets by the requirements of trade facilitation. However, the main threat posed by the inclusion of trade facilitation in the negotiations is that it serves as the opening wedge for the three other Singapore issues which are far more threatening -- investment, competition policy, and government procurement -- which the Group of 90 has adamantly refused to bring into the WTO's jurisdiction. Indeed, while the trade superpowers have dropped them from the negotiations of the ongoing Doha Round, the Framework text does not provide for the disbanding of the work groups on these issues nor does it indicate that they are excluded from future negotiations after the Doha Round.

Ratcheting up the pressure in services

The Framework Agreement eliminates the room for manoeuvre of developing countries in the negotiations on the General Agreement on Trade in Services (GATS), which were previously pursued on a separate track from the Doha Round negotiations. By formally including them in the Doha Round, thus effectively making them part of the "single undertaking," the Agreement increases the pressure on developing countries to open up their services. Indeed, the text calls for governments to submit initial or revised offers of services to be opened up by May 2005. To date only about 32 developing countries have submitted offers owing to technical difficulties assessing which service sectors to open up owing to great uncertainty as to how liberalization would affect these sectors.

By formally tying the services negotiations to the negotiations in other areas, the Framework allows the EU and US, in particular, to hold the negotiations in agriculture hostage to the services negotiations,

and vice versa, by conditioning their "concessions" in one area dependent on their gains in the other. With 50 per cent of the GDP of developing countries now accounted for by services, access to this market is the dominant concern of the Framework. In contrast, lip service is paid to addressing the movement of natural persons (Mode 4), which is the main concern of the developing countries. Here commitments by developed countries are murky and confused at best, with a group of 18 developing countries criticizing the "ambiguity and the lack of predictability of offers with regard to the definition of natural persons, as well as over the substantial restrictions and requirements attached to the offers." Economic needs tests are emphasized, while lack of clarity surrounds the granting of visas and work permits. Moreover, the offers of developed countries cover mainly skilled workers and largely leaves out semi- and less-skilled workers.

Placing the development agenda on the backburner

Like the Doha Declaration of 2001, the July Framework gives short shrift to the main concerns of developing countries.

1. There are outstanding issues related to the Trade Related Intellectual Property Rights Agreement (TRIPs) such as the revising Article 27.3 (b) to prohibit the patenting of life; the relationship between TRIPs and the Convention on Biodiversity; and the protection of traditional knowledge and folklore. However, there is simply an affirmation in the July Framework to move ahead in the negotiations with no specific goals, except for members to submit new or revised offers by May 2005. Neither are there guidelines to revise TRIPs Article 31 (f) to institutionalize the Doha Declaration's putting public health concerns over intellectual property rights.
2. The institutionalization of Special and Differential Treatment, a key principle of development, remains as distant as ever, with the Framework simply providing for work to continue to outstanding issues. The reason for the lack of movement here is that "developed countries refuse to make Special and Differential Treatment (SDT) operational and effective until the more advanced developing countries are graduated out of SDT. This premise is fundamentally flawed, as all developing countries need special and differential treatment, given widespread poverty and the need to protect infant industries in the developing world. Denying them SDT would amount to kicking away the ladder."
3. Implementation has been a burning issue for most developing countries owing to the cumbersome process and, for many, high costs of making their trade policies, regulations, and laws "WTO - consistent." Yet the July Framework does not mention any implementation issue of significance to the developing countries. In contrast, the only implementation issue explicitly addressed is one that is of concern mainly to the developed countries: the extension of additional protection on geographical indications (GI) on commodities other than wines and spirits

Process: intimidating and out-manoeuvring the south

How could such an Agreement come about after Cancun, when the developing countries appeared to have come some way towards altering the balance of power?

The answer is by regaining control of the negotiating process via divide and conquer tactics, unfair negotiating tactics, and, most important, an institutional coup. As Oxfam International saw it, "The [July 2004] Council meeting was...characterized by a non-transparent, non-inclusive process, dominated by big trading powers and characterized by brinkmanship and power play." The lesson: the procedures of the WTO are heavily weighted against the South.

Dividing and neutralizing the g20

The G20 formation of big developing countries "broke the monopoly over trade negotiations formerly enjoyed by the US and the EU," according to Brazilian Ambassador Clodoaldo Huguene of Brazil during the Mumbai Social Forum in January 2004. The G20 was not alone, however, with the G33, which was formed mainly by smaller agricultural countries, and the G 90, which formed in opposition to the new issues, playing important roles.

Initially, the US response was to pursue a unilateralist course outside the WTO via a dual strategy of sewing up bilateral and multilateral free trade agreements, while at the same time destroying the G20. By the spring of 2004, however, Washington's two-track strategy was running into trouble. The Free

Trade Area of the Americas (FTAA) that it wanted failed to materialize in the ministerial summit in Miami in November 2003, and it also began to realize that bilateral agreements could complement but never substitute for a comprehensive, multilateral free trade framework to promote corporate trade interests. At the same time, the G20, despite the initial defections, held firm.

To get the WTO restarted, Washington, working closely with Brussels, shifted gears. Instead of trying to destroy or undermine the G20, they moved to make its leaders, Brazil and India, a central part of the negotiations in agriculture, which was the key obstacle to any further moves at liberalization. Thus was formed in early April the informal grouping called the Five Interested Parties (FIPS or G5), composed of the US, EU, Australia, Brazil, and India. The ostensible aim of this move was to organize the discussion with close to 100 developing countries by having India and Brazil "represent" them. The FIPS, in short, was intended as some sort of Green Room, except the representation of developing countries in it was far more limited than in the regular Green Room. It was in close consultation with this exclusive grouping that WTO Agriculture Committee Chairman Tim Groser produced the proposed agriculture text of the July Framework.

The US-EU strategy was apparently to bring Brazil and India into the core group of the negotiations, and then accede to these countries' core demands in order to detach them from the rest of the developing countries. India's key concern was to avoid the so-called "Swiss Formula" for cutting tariffs that would require deeper cuts on its highest agricultural tariffs relative to other tariffs, something on which it saw eye to eye with the European Union. According to one developing country negotiator, India's main focus for the General Council was protecting its tariffs and it was not going to push hard on the issue of eliminating agricultural subsidies so as not to endanger the EU's support for its position on tariffs. Both the EU and India were comfortable with a "Uruguay Round" approach to tariff cuts that would focus on a average cut across all agricultural lines and not "discriminate" against their highest agricultural tariffs. Such a formula, they felt, would allow them to maintain tariff levels that would be high enough for their most protected commodities to survive another round of cuts. There were developing countries, however, for which even a Uruguay Round approach would be too drastic, for example Honduras, Sri Lanka, Indonesia.

On the other hand, removing agricultural subsidies was Brazil's concern, and here it got its way-or thought it did. The final text affirmed the phase-out of export subsidies as well as certain categories of export credits. The big winner with the phase-out of subsidies is said to be Brazil, with some estimates placing its gains as some \$10 billion. According to Brazilian Foreign Minister Celso Amorim, the July decision marked the "beginning of the end" of export subsidies. Yet, as noted earlier, the Brazilian "gains" are not secure unless locked in by the modalities of the negotiations. A specific end-date for the elimination of export subsidies will only be clinched in the next phase of discussions. Moreover, even when elimination has supposedly taken place, the EU has been known to replace export subsidies with indirect export subsidies by way of direct payments to farmers under the Green Box. This is, in fact, the intention of the current Common Agricultural Policy (CAP) reform. Furthermore, the framework left untouched the Green Box, which houses up to 70 per cent of US' total subsidies. Even the most optimistic analysts cannot say for certain that overall levels of support from the two agricultural giants will be brought down. In fact, it is predicted that subsidy levels will be maintained if not increased. It was not that India and Brazil were not sensitive to the demands of other developing countries. In fact, they were given high marks for consulting the different developing country groupings. It was simply that by becoming central actors in the elaboration of the proposed framework, they had put themselves into an impossible situation. And the more meeting their own interests began to diverge from a strategy of promoting the interests of the bulk of the developing countries, the more they trumpeted the claim that the July Agreement on agriculture was a victory for the South. It is testimony to the prestige of India and Brazil among other countries in the South that it was only belatedly, a few weeks after the July Accord, that the reality began to sink in among many developing countries that they had been outmanoeuvred.

With a framework agreement on agriculture--the most decisive negotiating area for most developing countries--in place, the trade superpowers rode the momentum to pressure development countries into agreements on NAMA, services, trade facilitation and other areas.

Wily negotiating tactics

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

In addition to veiled threats and power plays, wily negotiating strategy on the part of the EU and the US was another reason for the developing country setback. The moves of the trade superpowers were calculated to put the developing countries on the defensive. Often, working together in a coordinated fashion, they had the negotiating advantage vis-à-vis a much larger set of countries whose many interests had to be reconciled with much effort into common negotiating positions.

One example of the Washington's skillful exploitation of its negotiating advantage was its strategy on the Blue Box in the agricultural talks. To get a new, expanded Blue Box, Washington distracted the developing countries' attention by putting forward the demand that they reduce their domestic supports (that is, the allowable rate of subsidization of their production). Thrown on the defensive, these governments spent so much energy justifying their subsidies, so that they were only too relieved when the US stepped back to compromise on the issue in return for their agreeing to the expansion of the Blue Box.

Similarly, just before the General Council meeting, the European Union suddenly introduced the proposal for "sensitive products" to protect some 20-40 per cent of its products from significant tariff cuts. Worried that the EU might put blocks to their demand for protecting "special products" or commodities essential to their food security, the developing country negotiators acquiesced.

Institutional coup

But probably the most important process or procedural victory registered by the trade superpowers was to shift the effective locus of decision-making to the General Council from the ministerial-though this was, of course, accomplished with the support of influential governments like India and Brazil.

After the collapse of the Cancun ministerial, the developed country governments apparently realized that the ministerial, the prime decision-making mechanism of the WTO, is also its key point of vulnerability. The WTO Consensus rule-a process that, as WTO partisan Fred Bergsten says, has been managed by the so-called Quad, composed of the US, EU, Japan, and Canada --works best in smaller, more non-transparent settings. In a larger, more open meeting, it can become a disaster.

Ministerials, the trade superpowers realized, invite a debacle for several reasons:

- They attract citizens and citizens' groups, thus subjecting negotiators to popular pressure.
- They ensure the presence of the press, thus forcing the proceedings to be less non-transparent than usual.
- They highlight the contradiction between formal sessions, which are reserved for speechmaking, and informal meetings where the real decisions are made, thus exposing the organization to the charge of being non-transparent and non-democratic.
- They bring representatives of national governments, such as trade ministers and environmental ministers, many of whom are more sensitive than Geneva-based negotiators to popular pressure and are not socialized into the Geneva culture of negotiations.

The interaction of these elements produced the collapse of the third ministerial in Seattle and the fifth ministerial in Cancun, with the role of civil society mobilizations being clearly most decisive in Seattle. The absence of one vital element-civil society mobilizations-in Doha, Qatar, contributed to a manageable, successful ministerial that was a disaster for the developing countries.

Learning from Doha, the trade superpowers, with the acquiescence of influential countries like India and Brazil, manoeuvred to push the General Council, which meets in Geneva, to make the major decisions that traditionally belonged to a ministerial. The Council meeting in Geneva at the height of summer consisted mainly of professional negotiators and other governmental representatives of non-ministerial rank. Indeed, there were said to be only around 40 ministerial level representatives out of 147 present. Equally important, there was but a sprinkling of civil society organizations, and those who were present were prevented from demonstrating by the Swiss police. Many of them were also banned from being present at the WTO proceedings, thus severely restricting their interaction with delegates.

In a very real sense, then, the July General Council meeting was an institutional coup, one that could provide a precedent for future decision-making. UNCTAD warns that:

"The fact that the... Framework Agreement was decided at the GC level with some Ministerial participation raises interesting questions with regard to the relative role of Ministerial Conferences.

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

Taking into account the setbacks at Seattle and Cancun, the future role of Ministerial Conferences may be increasingly geared towards stocktaking, the injection of momentum, and putting a political seal on deals already worked out in the GC. There is then the very real possibility that the Sixth Ministerial in Hong Kong will be transformed into a stocktaking session, with real decision-making transferred to a General Council meeting taking place shortly before or after the Ministerial."

A derailment strategy for Hong Kong

The dynamics of the July Framework make it highly unlikely that the developing countries will get a ministerial decision which would serve their interests. The psychological war that was so prominent in the lead-up to the July Agreement is already being put into motion. Already, developed country groups have warned that unless the poorer countries make better offers on their services, "Hong Kong will fail." Likewise, at a recent meeting in Mombassa, Kenya, developing country demands for movement on Special and Differential Treatment met with the same response: the more advanced developing countries should be graduated out of SDT. Also, there is as yet no sign that the EU is prepared in Hong Kong to set a specific date for the ending of export subsidies. And the US has reiterated that it is no mood to make concessions on Mode 4 of GATS.

The US-EU "psywar," unfortunately, is taking its toll on the South. Instead of standing up to pressure from the North, the G20, in its final declaration after its meeting in New Delhi on the third week of March 2005, stated that an agreement on modalities in the Hong Kong ministerial must be compatible with the July Framework and in line with the Doha Declaration; that negotiations on agriculture must be "intensified to stimulate progress in all other areas of negotiation" (a persistent demand of the EU and US); and that a first "approximation" of modalities must be ready for the General Council meeting in July 2005.

With little chance of getting a conclusion to the Doha Round that would be beneficial to the interests of developing countries, the only viable strategy is to prevent a ministerial agreement that would simply perpetuate the inequities of the current system. In Cancun, the developing countries and civil society ultimately came around to the position that no deal was better than a bad deal. With the July Agreement already serving as a framework for the Hong Kong Ministerial document, a strategy to derail the Ministerial is even more valid today. No deal is better than a bad deal since the only possible deal is one that would further consolidate the underdevelopment, marginalization, and immiseration of the South.

Weaknesses on our side

To effect such a strategy successfully, however, we first of all need to take to heart the weaknesses displayed by pro-development forces.

First, the fragile state of unity among developing countries which the EU and US were able to exploit by co-opting Brazil and India into the FIPs or G5.

Second, while international civil society coordination during ministerials has been impressive, there is a lack of follow-through in between, and this lacuna will be especially worrisome in the lead-up to Hong Kong. The reason for this is that WTO-related national civil society formations and campaigns that can consistently pressure their governments are still very few in number.

Third, the negotiations on the July Framework showed the worrisome absence of civil society mobilizing capability in Geneva that can be articulated with lobby efforts there. Filling this lacuna will be very important during the key committee negotiations that will unfold in Geneva to flesh out the July Framework with concrete targets and substantive clarifications before Hong Kong.

Finally, Hong Kong will need, probably more than other ministerials, maximum coordination of inside lobby pressure on delegations, protests within the ministerial site, and external street protests. Failure to coordinate among some of the grassroots networks of the host country was a disturbing element during the mobilizations in Cancun, though fortunately, it was not a bar to unified action on the ground.

No to a "stock-taking ministerial"

If derailing the ministerial is the key strategic objective, then it is important first of all to make sure that the ministerial is a decision-making ministerial and is not converted by the developed countries into a

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):

„PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

stocktaking exercise whose input would feed in to a General Council Meeting like the July 2004 meeting. This danger must not be underestimated since, as noted earlier, the big trading powers have become paranoid about the way large mobilizations can interact in unmanageable ways with the postures of the developing countries at the height of negotiations.

Preventing consensus

Assuming that the ministerial remains a decision-making ministerial, the movement must focus on the key point of vulnerability of the WTO decision-making process: the consensus rule. Concretely, it will mean preventing consensus from emerging either before or during Hong Kong in any of the key negotiating areas. The earlier gridlock can be brought to prevail in the negotiations the better it will be for the developing countries.

Suggested slogans and themes

The strategy to derail the ministerial by preventing consensus will involve many levels of work, levels which need to be articulated with one another. Thus the importance of slogans that synthesize the campaign objectives. The following might serve this function:

- Derail the Doha anti-development round
- Derail the anti-development Hong Kong ministerial
- Dump the anti-development WTO July framework
- No more negotiations for an Agreement on Agriculture
- No to the WTO's anti-democratic and non-transparent decision-making processes

Themes elaborate or provide the rationale for slogans. They should cogently synthesize what is objectionable in the July Agreement, which will frame both the continuing committee and mini-ministerial discussions leading up to Hong Kong and the ministerial business in Hong Kong itself. Based on the foregoing analysis, the following themes are suggested:

1. The Framework Agreement for Agriculture is nothing but a massive dumping enterprise aimed at developing countries that will exacerbate the massive displacement of small farmers taking place under the current Agreement on Agriculture.
2. NAMA (Non-Agricultural Market Access) is a prescription for the deindustrialization of developing countries, increased unemployment, and bankruptcy of small, medium, and even big national enterprises.
3. The July Framework creates unwarranted pressure on developing countries to open up their services to transnational corporate control.
4. Trade facilitation negotiations are mainly the opening wedge for the other, more threatening new/Singapore issues (investment, competition policy, government procurement)
5. The July Framework prioritizes the agenda of the developed countries and disregards the primary concerns of developing countries, which are special and differential treatment and implementation issues.

Sites of struggle

Derailing the ministerial will be a complex operation that will involve articulating mass campaigns at the national level, Geneva-based lobbying and mobilization, leading up to coordinated lobby work and mass work in Hong Kong and elsewhere during the mid-December ministerial.

Geneva

The Geneva-based work is mainly lobby and pressure work directed at negotiators and the WTO secretariat, though the importance of grassroots pressure must not be discounted, especially at strategic moments during the negotiations. The following are recommended as the principal lobby and pressure tactics:

- Raise the process and democracy issue strongly by denouncing the General Council as usurping the functions of the Ministerial. Denounce and oppose efforts to make Hong Kong a "stock taking session: rather than a decision-making session.
- Stalemate discussions in the General Council and different key committees (Agriculture, NAMA, Trade Facilitation, and GATS) as negotiations unfold. This must, of course, be done in coordination with mass campaigns at the national level designed to pressure negotiators to not move the process forward by conceding on either substantive or procedural points.
- Pressure India and Brazil to leave FIPS (Five Interested Parties) and put pressure on all parties (e.g., G20 and EU) to dissolve FIPS. To achieve this, other developing countries should be encouraged to openly speak up against FIPS as the main negotiating forum for the agricultural interests of all developing countries. This is rather urgent since the FIP process has resumed following the mini-ministerial in Kenya in early March, with much the same dynamics. As a TIP/IATP update on events in Geneva warns, the process has dangerous implications not only for the agricultural negotiations: "Some sources in Geneva say this type of process-possibly with the addition of a few more key countries-is considered as a possible model for other areas of negotiations, such as NAMA. This approach to negotiations shows the continued tendency for WTO Members to conduct negotiations that claim to be on behalf of everyone, yet only reflect the interests of the biggest powers."
- Oppose the holding of more "mini-ministerials" and other informal decision-making processes. Justified as necessary to facilitate the negotiation process, WTO mini-ministerials, where a few handpicked countries are invited to attend, are informal processes that have actually been used to undermine the formal decision-making process of the WTO based on majority rule. Not surprisingly, mini-ministerials are often used to reach decisions unfavorable to the South. Already, in 2005, mini-ministerials have been held in Davos, Switzerland, in late January, and Mombassa, Kenya, in early April. A mini-ministerial on NAMA is slated for Tokyo on April 10 and another for Paris on May 3-4. Also to be opposed are informal group decision-making meetings such as "Senior Officials Meetings" (SOM), one of which will be hosted by Canada in Geneva on April 18-19, where about 30 countries are expected to attend. This proliferation of informal meetings dominated by the North reveal that as Hong Kong approaches, the decision-making process is becoming more informal and non-transparent to conceal the escalation of pressure on the developing countries to make concessions.
- Pressure Brazil and India not to take any more unilateral initiatives and to carefully coordinate their moves not only with other members of the G 20 but also with other blocs, such as the G33 and the G90.
- Pressure the G20 to push a strong collective stand, especially against the Agriculture Framework and NAMA.
- Pressure G33 to strongly protest and resist efforts by the EU to impose the category of sensitive products and expose the lack of real commitment of developed countries to special safeguard mechanisms and special products.
- Pressure G90 especially to stymie negotiations on trade facilitation by portraying this as really an opening wedge for other, more threatening new issues.
- In view of the centrality of Geneva-based negotiations, build up a local mobilization committee/network that can also draw on Europe-based groups for mass demonstrations and other mass actions in Geneva as well as Brussels.

National mass campaigns

At this level, the priorities should be to:

- Expose the transnational corporate agenda behind the agreement on agriculture (AOA), NAMA, and GATS.
- Concentrate on building up comprehensive national mass campaigns against the July Framework. This will mean getting NGOs working on the WTO to work more closely with trade unions, farmers' groups, and other social movements.
- Create or consolidate lobby work on legislators and trade bodies, and coordinate this with national mass campaigns.

- Coordinate national level lobby work and national mass campaigns with pressure work on government negotiators in Geneva at critical junctures.
 - Work closely with media in order to get them to report more critically on WTO processes.
- Hong Kong, d-day, December 2005

Hong Kong must be seen not as the start but as the culmination of an international process that began months before.

As in Cancun, numbers will make a difference. Thus no effort must be spared to draw thousands of demonstrators from all over the world, but particularly from North and Southeast Asia and from Hong Kong itself. Mobilizing the numbers for Hong Kong must be a central part of the agenda of the national mass campaigns, especially those in Northeast and Southeast Asia. Mass demonstrations should be staged in other parts of the world, along with acts of civil disobedience, and these actions should be synchronized with the Hong Kong actions.

We must prepare not only for demonstrations and teach-ins but also for massive civil disobedience. In this regard, organizers must be prepared to appeal to Hong Kong authorities' rhetoric about respecting individual and civil rights to create maximum space for different varieties of mass action. Drawing from the successful tactics of the Our World is not for Sale (OWINFS) network in Cancun, there must be effective but flexible coordination of lobby strategy within the ministerial, civil protest within the ministerial premises, and mass protests and civil disobedience outside the ministerial meetings. The Hong Kong People's Alliance on the WTO must be promoted as the coordinating center for major activities. Broad unitary coordination with tactical flexibility should be the principle of the mass/lobby actions.

Don't forget the second front

While making the Hong Kong ministerial a major objective, we should not lose sight of the fact that the WTO is one of two fronts where the trade superpowers are pursuing their trade liberalization agenda. The other is regional and bilateral agreements such as the Free Trade of the Americas and the US-Thailand Free Trade Agreement. The trend is disturbing. There are 215 regional trade agreements in force today and the number is expected to exceed 300 by 2007. Many of these are North-South RTAs where "negotiations tend to result in deeper market access and higher regulatory standards than negotiations at the multilateral level." Thus even as we focus on the WTO, we must not let down our guard against developed country initiatives to corral developing countries into FTAs and RTAs.

At the same time, we should not be fooled into believing that the WTO is more acceptable than FTAs and RTAs because it is a multilateral forum with "universal rules" that every country, big and small, is supposed to comply with. If recent US and EU diplomacy is any indication, FTAs and RTAs are seen as complementary, not contradictory to the WTO, in pushing the interests of the trading powers. The WTO sets an initial level of mandatory liberalization that RTAs can build on for more thoroughgoing liberalization.

Alternatives

Following a derailment strategy will bring up the inevitable question about what the alternative is. This is, of course, a work in progress, although many of us may already have tentative strategies to propose. If we are engaged on this issue, it is probably important to stress the following lines along which the elaboration of alternatives is unfolding:

- the WTO is a relatively new organization, and world trade functioned pretty well without a centralized institution and system of rules before its establishment in 1995;
- the alternative to a centralized global institution like the WTO is not "chaos," as the big trading powers would like to paint it, but more space that would enable countries to adopt diverse national strategies that respond to the values, priorities, and rhythms of different societies (as opposed to the neo-liberal, one-shoe-fits-all model imposed by the WTO);
- the interests of developing countries can best be served by a pluralistic system of global economic

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL):
 „PATENTED NEW WORLD“ – Geistiges Eigentumsrecht versus Entwicklung und Menschenrechte im Nord-Süd-Konflikt, FDCL Mai 2005

governance in which many institutions such as the United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), International Labor Organization, multilateral environmental agreements, regional economic blocs, and a radically scaled down and disempowered WTO, check and balance one another and thus provide countries with "developmental space";

- regional economic blocs formed on the principle of subordinating trade to development needs and coordinating economic activities other than trade while respecting the principle of subsidiarity (that is, that production should, as much as possible, be locally based) may be an important component of the alternative to the WTO-centered governance of neo-liberal globalization.

Conclusion

The stakes are high as we approach Hong Kong. One outcome could be that the WTO finally gets to be consolidated as the engine of liberalization of trade and other key dimensions of economic activity such as investment. Another is that it unravels a third time and becomes permanently crippled as an agent of the global neo-liberal agenda. Hong Kong could be the Stalingrad of the WTO, its high water mark, when the drive to roll it back gets the upper hand and gains an unstoppable momentum. The outcome, to a great extent, depends on us-our determination, our strategy, our tactics.

* Focus would like to thank Aileen Kwa and Alexandra Strickner for their assistance in the preparation of this paper.



Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist nach seiner Gründung 1974 zum größten unabhängigen, nicht-staatlichen Lateinamerika-Archiv im deutschsprachigen Raum herangewachsen. Darüber hinaus ist das Zentrum eine Anlaufstelle für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder sich zu bestimmten Themen engagieren wollen.

Das FDCL ist ein gemeinnütziger Verein, der durch seine Aktivitäten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten will. Es versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung und dient weit über die Grenzen Berlins hinaus als Informations- und Kommunikationszentrum. Verschiedene Solidaritätsgruppen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen, lateinamerikabezogene Medienprojekte und entwicklungspolitisch orientierte Initiativen arbeiten unter dem "Dach" des FDCL.

Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und den Anspruch, auch hierzulande das politische Geschehen mitzugestalten - beispielsweise zu Themen wie Menschenrechte, Entwicklungspolitik oder Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Entwicklungspolitisch konzentriert sich das FDCL auf die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland. So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Kulturprogramme und öffentliche Aktionen. In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht das FDCL Bücher, Reader und Informationsmaterialien. Seit 1974 leistet das FDCL einen kritischen und kontinuierlichen Beitrag zur Dokumentation gesellschaftlicher Prozesse in Lateinamerika.

Die Arbeit des FDCL wird in weiten Teilen von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen getragen. Auch finanziell ist der Verein existentiell auf Beiträge von Mitgliedern und FördererInnen angewiesen. Spenden an das FDCL sind steuerlich absetzbar. Der Förderkreis des Vereins wird mindestens einmal im Jahr über die laufende Arbeit informiert. Unterstützung und Mitarbeit sind herzlich willkommen!

Spendenkonto: Postbank Berlin, Kontonummer: 17 69 66-104, Bankleitzahl: 100 100 10

Folgende Reader wurden bereits vom FDCL e.V. herausgegeben:

- **Recht auf Bildung in Lateinamerika - Die Fallbeispiele Kuba, Brasilien und Mexiko - 1. Auflage** 2004, (dt.-sp.-port.), 116 Seiten
- **NAFTA - CAFTA - FTAA ? Der Freihandel erobert Mittelamerika.** Hintergrundtexte zu den aktuellen Entwicklungen der Freihandelsagenda in Zentralamerika (englisch-spanisch-deutsch). März 2004. 158 Seiten.
- **Recht auf Wasser in Lateinamerika.** Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte am Beispiel der Konflikte um Wasser in Bolivien und Brasilien (portugiesisch-spanisch-deutsch). März 2004. 105 Seiten.
- **Muita gente sem terra - muita terra sem gente.** Recht auf Land. Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte in Brasilien am Beispiel der Landkonflikte (portugiesisch-englisch-deutsch). Oktober 2003, 132 Seiten.
- **Soziale Unruhen in Bolivien – ein Land vor dem Umbruch?** (Hintergrund)Texte zur aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in Bolivien inkl. einer Chronologie der Ereignisse seit April 2000. April 2003, 129 Seiten.

- **Jedem sein Porto Alegre - Das Weltsozialforum und seine Regionalisierung.** Ein Reader zu Neoliberalismus und Widerstand: Entstehung und Entwicklung des Weltsozialforums und der Regionalforen. November 2002, 115 Seiten.
- **Der Weg der indigenen Würde - vom gemeinsamen Gehen.** Eine Dokumentation mit Reden, Texten, Hintergründen zur Marcha Zapatista im Februar/März 2001. Herausgeberinnen: Mexiko-Gruppe im FDCL. Oktober 2002, 124 Seiten.
- **Die Argentinienkrise: Tragödie oder Neuanfang?** Analysen und Perspektiven zu Wirtschaftskrise, sozialen Bewegungen und der Selbstorganisation der Bevölkerung. April 2002; 140 Seiten.
- **Schritt für Schritt zur Gerechtigkeit? Der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien.** 2.Teil/Aktualisierung des Readers vom Februar 2001. April 2002, 122 Seiten.
- **Unser Land - Indigene Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung.** Oktober 2001. 67 Seiten. Redaktion: Kolumbiengruppe Berlin im FDCL (deutsch-spanisch)
- **Biopiraterie: Mexiko - Gentechnik - Globalisierung.** (Materialsammlung), September 2001. 130 Seiten. Redaktion: Anne Kristin Schwengler
- **Warten auf Gerechtigkeit. Menschenrechte und der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien (25 Jahre nach dem Militärputsch).** Februar 2001. Ca.120 Seiten.
- **Plan Colombia. Analysen und Berichte zu Kolumbien.** Oktober 2000. Ca.160 Seiten.
- **El mundo ya lo condenó - Der Fall Pinochet.** September 1999. Ca.120 Seiten.
- **Gute Kinder ...schlechte Kinder. Strassenkinder in Deutschland.** (auf spanisch und portugiesisch) Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1998.
- **Gewinnerinnen der Globalisierung? Frauenarbeit in Lateinamerika.** Eine Dokumentation. Dezember 1996.
- **Reader des ersten europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus.** Redaktion: Mexiko-Gruppe im FDCL September 1996
- **Zukunftsfähiges Deutschland? Beiträge zur Debatte.** Februar 1996 (vergriffen)
- **Die Kinder der anderen - Materialien und Beiträge zu Strassenkindern in Brasilien.** Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1993

Publikationsreihe zum Thema: "500 Jahre indigener, schwarzer, Frauen - und allgemeiner Widerstand":

- Cuba. Texte aus der lateinamerikanischen Diskussion (spanisch). Materialien aus dem Archiv N° 4 Januar 1993
- Indígenas. Organisationen und Positionen Diskussionsmaterial N°3 Januar 1992
- Mujeres. Materiales de Discusión - V Centenario N° 1 August 1991
- Frauen und Kolonialismus. Diskussionsmaterial - V Centenario N° 2 August 1991

Dies ist eine Publikation von...

Das Lateinamerikareferat der Heinrich Böll Stiftung (hbs), Berlin, und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.), Berlin, führen in Kooperation mit ihren Projektpartnerorganisationen Justiça Global (JG) und Cidadania Estudo Pesquisa Informação e Ação (Cepia) in Brasilien und Kooperation Brasilien (KoBra e.V.) in Deutschland seit Anfang 2003 ein gemeinsames Projekt zu "Handel - Entwicklung - Menschenrechte" durch.

Weitere Informationen: www.Handel-Entwicklung-Menschenrechte.org

„PATENTED NEW WORLD?“ „GEISTIGES EIGENTUM“ VERSUS ENTWICKLUNG UND MENSCHENRECHTE IM NORD-SÜD-KONFLIKT
Internationale Fachtagung Berlin, 2.-3. Juni 2005, Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung

Programm:

Do. 2. Juni 05: Patente versus Entwicklung? Internationales Regime zum Schutz des „Geistigen Eigentums“ im Nord-Süd-Konflikt

- 17.30 Anmeldung
- 18.00 – 18.15: Begrüßung und Einführung
Barbara Unmüßig (Vorstand Heinrich Böll Stiftung/hbs)
- 18.15 – 18.45: "Geistiges Eigentum" versus Entwicklung? – Aufriss der Problemlage: Hintergrund, Struktur, Entwicklung der internationalen Verhandlungen über den Schutz „Geistigen Eigentums“
Maristela Basso (Instituto de Direito do Comércio Internacional e Desenvolvimento - IDCID, São Paulo)
- 18.45 – 19.15: Multilaterale und bilaterale Verhandlungen über den Schutz des „Geistigen Eigentums“ aus Sicht der IFPMA
Dr. Eric Noehrenberg (Federation of Pharmaceutical Manufactures and Associations IFPMA, Genf)
- 19.15 - 19.30: Fragen und Diskussion
- 19.30 – 19.45: Pause
- 19.45 – 20.15: WIPO's development agenda and access to knowledge for all
James Love (Consumer Project on Technology – CPTech, Washington)
- 20.15 – 20.30: Schutz „Geistigen Eigentums“ aus Sicht der lateinamerikanischen Zivilgesellschaft
Karin Nansen (REDES /Amigos de la Tierra, Montevideo)
- 20.30 – 22.00: Offene Diskussion mit allen Referent/innen
Moderation: Nicola Liebert (Journalistin)
- 22:00: Empfang mit Imbiss

Fr. 3. Juni 05: EU-MERCOSUR-Verhandlungen: Multilaterale und bilaterale Verhandlungen über den Schutz „Geistigen Eigentums“

- 9.30 – 10.00: EU-MERCOSUR-Verhandlungen
Thomas Fritz (BLUE 21, Berlin)
- 10.00 – 10.45: Brasilien in internationalen Verhandlungen über Patentschutz: WTO, WIPO, ALCA, EU-MERCOSUR
Cícero Gontijo (Fundação Getúlio Vargas, Rio de Janeiro)
- 10.45 – 11.00: Kaffeepause
- 11.00 – 11.30: Die EU in internationalen Verhandlungen über Patentschutz: WTO, WIPO, EU-MERCOSUR
Karl Falkenberg (Verhandlungsführung EU-Kommission)
- 11.30 – 12.30: Offene Diskussion mit allen Referenten
Moderation: Thomas Fatheuer (hbs, Brasilien)
- 12.30 – 14.30: Mittagessen
-

Fr. 3. Juni 05: Research plus statt TRIPS plus: Wissenspolitik für die Pharmaforschung

- 14.30 – 15.00: IPR und Gesundheit: HIV-Programme und Generica in Brasilien
Veriano Terto Junior (Asociacao Brasileira Interdisciplinar de AIDS (ABIA) / REBRIP, Rio de Janeiro)
- 15.00 – 15.30: From TRIPS plus to Research plus: A New Trade Framework for Global Healthcare Research & Development
James Love (Consumer Project on Technology – CPTech, Washington)
- 15.30 – 16.00: Kaffeepause
- 16.00 – 16.30: Alternativen zum weltweiten Patentschutz für pharmazeutische Innovationen
Michael Stolpe (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel)
- 16.30 - 17.30: Offene Diskussion mit allen Referenten
Moderation: Andreas Poltermann (hbs, Berlin)

Diese Veranstaltung wird von der Europäischen Gemeinschaft und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Die auf der Veranstaltung vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der ReferentInnen wieder und stellen weder die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft noch des BMZ dar.